

**WIFO**

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT  
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

 **MONATSBERICHTE**

**PROGNOSE FÜR 2003 UND 2004: ANHALTEND  
GERINGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM**

**WIRTSCHAFTSCHRONIK**

**ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 2002**

**DIE ENTWICKLUNG DER BETRIEBLICHEN  
ALTERSVORSORGE IN ÖSTERREICH**

**4/2003**

## ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

### Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

### Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozsenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

### Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

### Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Karner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Nettig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Rutenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Gertrude Tumpel-Gugerell, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

**Leiter:** Helmut Kramer

**Stellvertretende Leiter:** Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffli, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

### Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

### Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

### Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer  
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •  
Redaktion: Ilse Schulz •  
Technische Redaktion:  
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und  
Redaktion: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,  
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •  
Telefon +43 1 798 26 01-0 •  
Fax +43 1 798 93 86 •  
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia  
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,  
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und  
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro  
Heft: € 20,40 • Downloadpreis  
pro Artikel: € 11,00

# Inhalt

## 231 ■ **Prognose für 2003 und 2004: Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum**

*Markus Marterbauer*

Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich im Jahr 2003 nur 1,1% betragen. Damit erreicht die Rate das dritte Jahr in Folge nur etwa 1% pro Jahr. Die Aussichten für 2004 sind derzeit von großen Unsicherheiten über die Entwicklung der geopolitischen Lage und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik geprägt. Gegenwärtig wird ein Wachstum von 1,7% angenommen. Sowohl 2003 als auch 2004 dürfte die heimische Wirtschaft damit etwa im gleichen Ausmaß expandieren wie im Durchschnitt des Euro-Raumes. Ein Konjunkturaufschwung scheint in Europa nur möglich, sofern die weltweiten Unsicherheiten wegfallen und die Rohstoffpreise merklich zurückgehen.

## 246 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

## 253 **Wirtschaftschronik**

## 257 **Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum**

*Marcus Scheiblecker et al.*

Nach der weltweiten Konjunkturschwäche im Jahr 2001 kam 2002 die Wirtschaftsentwicklung in den OECD-Ländern kaum in Schwung. In den USA beschleunigte sich zwar das Wachstum auf 2,4%, es war jedoch von erheblicher Labilität geprägt. In der EU gewann die Konjunktur in der ersten Jahreshälfte 2002 wieder an Dynamik, verstärkte sich im weiteren Jahresverlauf aber nicht mehr. Auch in Österreich war Anfang 2002 eine beginnende Erholung festzustellen, die jedoch zunehmend an Kraft verlor. Im IV. Quartal 2002 war ein geringfügiger Rückgang zu beobachten, sodass sich für das Jahr 2002 insgesamt nur ein Anstieg des realen BIP von 1% ergab.

## 325 **Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich**

*Thomas Url*

Im Jahr 2000 waren 430.000 Personen als Anwartschaftsberechtigte in ein betriebliches Altersvorsorgesystem einbezogen. Das entsprach etwa einem Sechstel der unselbständig Beschäftigten und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der EU. Die größte Verbreitung haben Betriebspensionen unter den Großbetrieben, dort sind auch durchwegs alle Mitarbeiter erfasst. In den kleinen und mittleren Betrieben sind betriebliche Altersvorsorgesysteme seltener. Betriebspensionen sind auch nach Wirtschaftsbereichen ungleich verteilt. Der höchste Versorgungsgrad besteht in der Energie- und Wasserversorgung sowie in der Finanzwirtschaft. Im Gaststätten- und Beherbergungswesen und im Bildungsbereich bieten besonders wenige Betriebe ihren Mitarbeitern diese freiwillige Sozialleistung an.

## Summaries

- 243 Economic Outlook for 2003 and 2004: Economic Growth Remaining Subdued  
323 Austria's Economy in 2002: Another Year of Slow Growth  
331 Firm Pension Schemes in Austria

### Online-Zugriff

■ Auf der WIFO-Website sind die Artikel der WIFO-Monatsberichte ab dem Heft 1/1998 in elektronischer Form im Volltext verfügbar (PDF). Seit dem Heft 1/2003 liegen die Artikel überdies in einer HTML-Version vor. Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnenten haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel.

Sie können die Berechtigung für den Online-Zugriff auf einzelne Artikel oder im Abonnement auch elektronisch anfordern. Login-Namen und Passwort erhalten Sie in diesem Fall innerhalb weniger Minuten per E-Mail, die Verrechnung erfolgt per Zahlschein oder Kreditkarte (die Preise entsprechen jenen der gedruckten Ausgabe).

<http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Markus Marterbauer

# Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum

## Prognose für 2003 und 2004

**Die österreichische Wirtschaft wird im Jahr 2003 zum dritten Mal in Folge um nur etwa 1% wachsen. Zur anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage kommen die wirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Instabilitäten. Für 2004 sind die Unsicherheiten besonders groß, derzeit wird neuerlich ein unterdurchschnittliches Wachstum angenommen (+1,7%). Die schlechte Wirtschaftslage hat einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit zur Folge.**

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 26. März 2003. E-Mail-Adresse: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2002 real um 1%. Das entspricht etwa dem Wert, den das WIFO schon im Dezember 2001 prognostiziert hatte (+1,2%). Im III. und IV. Quartal expandierte das BIP saisonbereinigt allerdings nicht mehr. Die Stagnation dürfte sich heuer fortsetzen. Die Auswirkungen der geopolitischen Instabilitäten auf die Gesamtwirtschaft tragen dazu ebenso bei wie die nicht überwundene Schwäche der Binnennachfrage. Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich im Jahr 2003 nur 1,1% betragen. Damit erreicht die Rate das dritte Jahr in Folge nur etwa 1% pro Jahr. Ein so geringes Wachstum über drei Jahre war bislang noch nicht zu beobachten.

Die Aussichten für 2004 sind derzeit von großen Unsicherheiten über die Entwicklung der geopolitischen Lage und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik geprägt und deshalb noch sehr vage. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig ein Wachstum von 1,7% angenommen – neuerlich weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Sowohl 2003 als auch 2004 dürfte die heimische Wirtschaft damit etwa im gleichen Ausmaß expandieren wie im Durchschnitt des Euro-Raumes. Ein Konjunkturaufschwung scheint in Europa nur möglich, sofern die weltweiten Unsicherheiten wegfallen und die Rohstoffpreise merklich zurückgehen. Die vorliegende Prognose nimmt als externe Rahmenbedingungen einen Erdölpreis von 29 \$ je Barrel im Jahr 2003 und 23 \$ im Jahr 2004 sowie einen Wechselkurs von 1,08 \$ je Euro an.

Die real-effektive Aufwertung der Währung dämpft die Steigerung des österreichischen Exports. Die Warenausfuhr wird sich heuer real um 4,3% und im kommenden Jahr um 7,5% erhöhen. Wie in den vergangenen zwei Jahren bleibt der Export aber – trotz der ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen – der wichtigste Wachstumsmotor der österreichischen Wirtschaft. Die mäßige Expansion der Auslandsnachfrage veranlasst die Exportunternehmen zu Zurückhaltung im Bereich der Investitionen. Die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software dürften heuer real um nur 3% ausgeweitet werden, nachdem sie seit 2000 kumuliert um 13% eingebrochen sind. Gegen Jahresende sind vor dem Auslaufen der befristeten Investitionsprämie Vorzieheffekte zu erwarten. Erst 2004 könnte eine konjunkturelle Erholung der Investitionstätigkeit eintreten (Ausrüstungen +5,5%). Auch das Wachstum der Sachgüterproduktion bleibt nachfragebedingt schwach, es erreicht real nur 1,8% (2003) bzw. 3% (2004). Das ist zu wenig, um einen neuerlichen umfangreichen Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie zu verhindern.

Die Entwicklung der Inlandsnachfrage liegt weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt. Nach dem Rückgang in den Jahren 2001 und 2002 ist heuer allerdings eine

leichte Zunahme zu erwarten. Die Ausgaben der privaten Haushalte werden durch die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die schwache Entwicklung der Nettomasseneinkommen gedämpft. Sie expandieren aber um knapp 1½%, während der öffentliche Konsum stagniert. Die Bauinvestitionen erholen sich im Bereich des Tiefbaus aufgrund verstärkter Infrastrukturausgaben für Schiene und Straße, dem Hochbau fehlen hingegen Impulse.

Der Preisauftrieb beschleunigt sich auf Verbraucherebene heuer leicht, die Inflationsrate wird 1,9% erreichen. Dies ist sowohl auf die Energieverfeuerung als auch auf den Anstieg der Dienstleistungspreise, vor allem im Bereich des Wohnungsaufwands, zurückzuführen. Dazu kommt eine Steigerung der Preise von Industrieerzeugnissen. Im kommenden Jahr verlangsamt sich die Inflationsrate wieder auf etwa 1½%. Der hohe Außenwert des Euro dämpft den Anstieg der Importpreise, von Seiten der Lohnstückkosten ist kein Preisdruck zu erwarten.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Nominell		+ 3,4	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,5
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real		+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,8	+ 2,0	+ 3,3
Ausrüstungen <sup>2)</sup>		+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 8,9	+ 3,0	+ 5,5
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 1,2	+ 1,2	+ 1,5
Warenexporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 7,7	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,5	+ 4,3	+ 7,5
Nominell		+ 7,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,1	+ 5,3	+ 7,7
Warenimporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 6,9	+ 10,9	+ 5,7	- 0,9	+ 4,6	+ 7,5
Nominell		+ 6,7	+ 14,7	+ 5,0	- 2,2	+ 6,5	+ 7,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 4,65	- 0,91	- 1,90	- 1,82
	in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 2,2	- 0,4	- 0,9	- 0,8
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,4
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>		3,9	3,7	3,6	4,1	4,2	4,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>7)</sup>		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	+ 0,3
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 1,2	- 1,0

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Austria. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Laut Eurostat. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsservice. – <sup>7)</sup> Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner.

Das geringe Wirtschaftswachstum hatte 2001 und 2002 einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um kumuliert 38.000 zur Folge. Eine Umkehrung dieses negativen Trends zeichnet sich für 2003 und 2004 nicht ab. Heuer wird die Zahl der aktiv Beschäftigten nochmals leicht zurückgehen. Neben der Sachgütererzeugung gehen auch im Bauwesen und im Handel viele Arbeitsplätze verloren. Der öffentliche Sektor plant eine Fortsetzung des Beschäftigungsabbaus. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter zu und erreicht im Jahresdurchschnitt 2003 240.000 (+8.000). Die Arbeitslosenquote beträgt 7,0% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,2% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Im Jahr 2004 könnte die Beschäftigung verhalten zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird allerdings nicht sinken, weil mit dem Inkrafttreten erster Schritte zur Abschaffung der Frühpension und dem zu erwartenden starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte das Arbeitskräfteangebot merklich zunimmt.

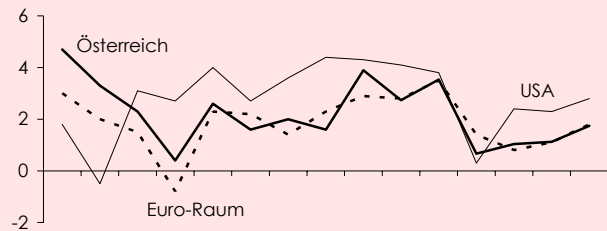
Der Staatshaushalt wies im vergangenen Jahr nach Angaben des Finanzministeriums und von Statistik Austria ein Defizit von 1,2 Mrd. € (0,6% des BIP) auf. Für heuer liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Das WIFO erwartet aufgrund einer weiterhin konjunkturbedingt schwachen Entwicklung der Steuereinnahmen, der Verschiebungen von Hochwasserausgaben ins Jahr 2003 und zusätzlicher Ausgaben etwa für die

Familienförderung einen Anstieg des Abgangs im Staatshaushalt auf etwa 1,2% des BIP (2¾ Mrd. €). Die schlechte Konjunktur belastet das Budget durch die Dämpfung des Wachstums der Steuereinnahmen und durch hohe Ausgaben für Arbeitslosigkeit auch im kommenden Jahr. Das Defizit könnte dann 1% des BIP betragen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

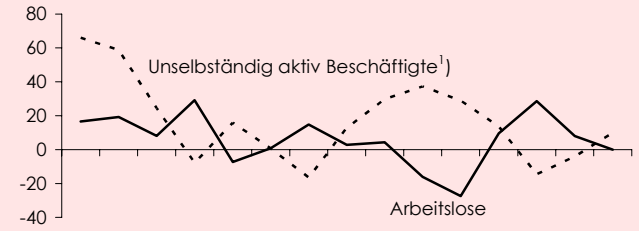
Wirtschaftswachstum

In %



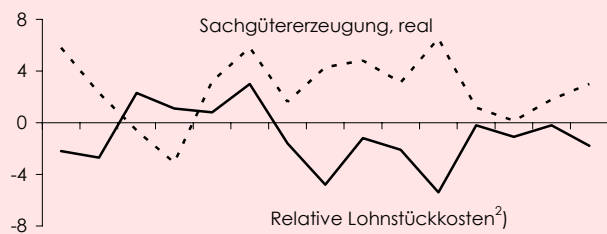
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



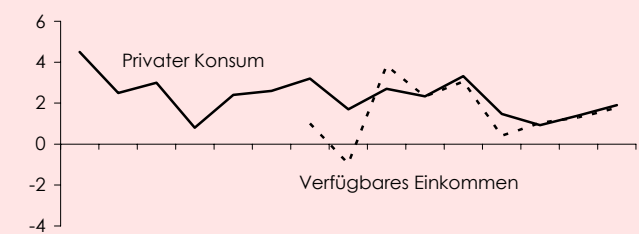
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %



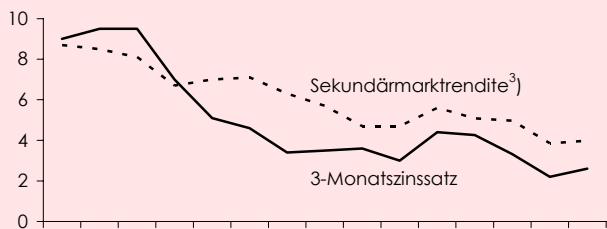
Konsum und Einkommen privater Haushalte

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



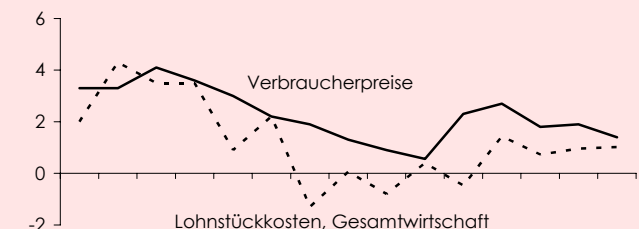
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



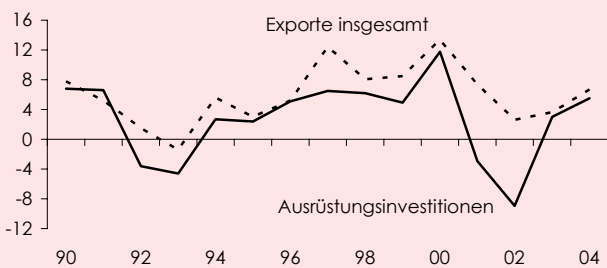
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



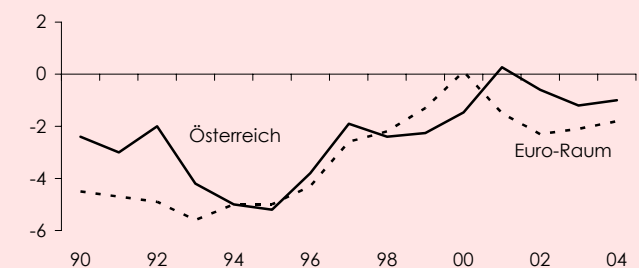
Export und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



1) Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienr. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

## Schwerwiegende Unsicherheiten in der Weltwirtschaft

Die Irak-Krise hat schon vor Ausbruch des Krieges die Weltwirtschaft belastet. Die Rohstoffpreise sind stark gestiegen, die Wechselkursrelationen haben sich merklich verschoben. Dazu kam die lang anhaltende Abschwächung der Aktienkurse.

Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose von einem ungewöhnlichen Ausmaß an Unsicherheiten geprägt. Die Quellen dieser Unsicherheiten liegen zum einen im Krieg im Mittleren Osten und der weiteren geopolitischen Entwicklung, zum anderen in der Talfahrt auf den internationalen Aktienmärkten seit dem Jahr 2000.

Die Irak-Krise belastete schon in den letzten Wochen und Monaten die Weltwirtschaft:

- Die Verunsicherung von Anlegern auf den Aktienmärkten, von Konsumenten und Unternehmen schlug sich in einer Verschiebung von Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter und von Investitionsprojekten nieder.
- Zugleich stiegen die Erdölpreise markant, sie hatten Mitte März ein Niveau von 34 \$ je Barrel erreicht, bevor sie nach Beginn des Krieges im Irak merklich nachließen. Die Verschlechterung der Terms-of-Trade bedeutet Realeinkommensverluste in den Industrieländern und dämpft die Nachfrage.
- Ein weiterer ungünstiger Effekt ging von der Aufwertung des Euro aus. Anfang März kostete 1 € 1,10 \$, um 16½% mehr als im Jahresdurchschnitt 2002. Die Euro-Aufwertung ist durch zwei grundlegende Faktoren bestimmt, die Zinsdifferenz zwischen den USA und Europa im kurzfristigen Bereich und das wachsende Leistungsbilanzdefizit der USA, das im vergangenen Jahr 5% des BIP erreichte. Dagegen wirken der anhaltende Wachstumsvorsprung und das hohe Budgetdefizit in den USA, die einen Kapitalzustrom auslösen können. Der Wechselkurs wird aber auch durch die geopolitische Entwicklung beeinflusst. Die Aufwertung des Euro dämpft zwar den Anstieg der Rohstoffpreise in Europa, andererseits beeinträchtigt sie aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure auf den Weltmärkten.

Die Dauer des Irak-Krieges, die Frage, ob mit einem Ende des Irak-Krieges auch die geopolitische Instabilität beendet sein wird, und das Ausmaß der damit verbundenen Wachstumshemmnisse für die Weltwirtschaft sind heute ungewiss. Als Grundlage für die Prognose trifft das WIFO deshalb für zentrale Parameter der Entwicklung der Weltwirtschaft technische Annahmen. Diese gehen vom Szenario eines "kurzen Irak-Krieges" aus: Die vorliegende Prognose unterstellt, dass der Erdölpreis auf den Weltmärkten im Jahresdurchschnitt 2003 bei 29 \$ je Barrel liegt und im kommenden Jahr wieder auf 23 \$, d. h. in das von der OPEC angestrebte Preisband, zurückkehrt. Für den Wechselkurs des Euro wird ein Wert von 1,08 \$ angenommen.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real							
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,8	
Japan	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,3	
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	
Euro-Raum	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,8	
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,5	
Ost-Mitteuropa <sup>1)</sup>	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	
Welthandel, real	+ 6,0	+12,7	± 0,0	+ 2,5	+ 5,5	+ 6,3	
OECD-Exporte	+ 5,7	+12,0	- 0,4	+ 1,0	+ 4,8	+ 6,0	
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,4	- 0,9	± 0,0	+ 3,5	+ 5,5	
Marktwachstum <sup>2)</sup> Österreichs	+ 7,4	+12,8	+ 2,2	+ 1,0	+ 4,3	+ 6,5	
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>							
Insgesamt	+12,0	+32,0	-11,0	+ 1,0	+13,0	-15,0	
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 7,0	± 0,0	+ 5,0	- 3,0	
Erdölpreis <sup>4)</sup>	\$ je Barrel	17,3	28,0	23,5	24,5	29,0	23,0
Wechselkurs	\$ je Euro	1,067	0,924	0,896	0,945	1,08	1,08

<sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Dollarbasis, 1990 = 100. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Neben der Irak-Krise beeinträchtigen vor allem die Kursverluste der letzten Jahre auf den internationalen Aktienmärkten die Entwicklung der Weltwirtschaft. Nach dem Beginn des Irak-Krieges ergab sich eine vorläufige Stabilisierung. Der "S&P Composite 500" ist seit September 2000 auf die Hälfte seines Wertes gesunken. In Großbritannien hatte der Einbruch auf den Aktienmärkten später begonnen, die Abwärtsdynamik war aber besonders markant. Der deutsche DAX ist gegenüber dem Höchststand um zwei Drittel zurückgegangen. Bemerkenswert an der Entwicklung der internationalen Aktienmärkte ist nicht nur das Ausmaß der Kursverluste, sondern auch die lange Dauer der Abwärtsbewegung. Die Auswirkungen sind vielfältig: Banken und Versicherungen halten viele Wertpapiere und sind deshalb besonders betroffen; in der Folge sanken die Kurse vieler Finanzwerte selbst überproportional. Pensionsfonds und -kassen müssen ihre Rentenleistungen verringern; das hat in den angelsächsischen Ländern größere Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als in Kontinentaleuropa. Unternehmen und private Haushalte halten selbst Aktien, die Vermögensverluste können zu Zurückhaltung bei Investitions- und Konsumentscheidungen veranlassen.

In den USA und in Großbritannien war eine Verlagerung von Mitteln aus den Aktienbörsen auf die Immobilienmärkte zu beobachten, Immobilien wurden spekulativ überbewertet. Jüngste Daten lassen darauf schließen, dass der Boom auf dem Immobilienmarkt der USA seinen Höhepunkt überschritten hat. Erhebliche Sorgen bestehen bezüglich der Unterkapitalisierung der beiden großen Hypotheken-Refinanzierungsinstitute in den USA. Ein Platzen der Immobilienblase könnte gefährliche Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft mit sich bringen. Besonders betroffen wäre die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte. Auch Rückwirkungen auf die Wertpapiermärkte müssten erwartet werden.

In den USA hat der Konjunkturaufschwung, der im IV. Quartal 2001 eingesetzt hatte, im Herbst 2002 an Dynamik verloren. Auslöser war das schwache Wachstum der Auslandsnachfrage, zunehmend aber auch die Verunsicherung, die vom markanten Kursrückgang auf den Aktienmärkten und den Vorbereitungen auf einen Krieg mit dem Irak ausging. Die Industrieproduktion war im Herbst deutlich rückläufig, auch weil die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wie Pkw nicht mehr so stark expandierte wie zuvor. Die Zahl der Beschäftigten sinkt, und die Arbeitslosenquote erreichte im Februar saisonbereinigt bereits 5,8% der Erwerbspersonen. Auch die Energieverteuerung dämpft die verfügbaren Einkommen immer mehr. In den letzten Monaten brach das Verbrauchervertrauen ein, der Beitrag des privaten Konsums zum Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zu den Vorjahren merklich verringert.

Allerdings sind auch positive Signale und Impulse zu verzeichnen: Im Bereich der Investitionen in Maschinen, Elektrogeräte und Software trat seit dem II. Quartal 2002 eine Trendwende ein, sie waren im IV. Quartal um 3½% höher als im Vorjahr. Das niedrige Niveau der kurzfristigen Zinsen – sie sind in realer Rechnung deutlich negativ – entlastet die privaten Haushalte bezüglich der Bedienung von Hypothekarkrediten. Die Fiskalpolitik ist außerordentlich expansiv, der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte drehte von einem Überschuss von 1½% des BIP im Jahr 2000 auf ein Defizit von 4% bis 5% im Jahr 2003. Dazu tragen umfangreiche Steuersenkungen ebenso bei wie die Ausweitung öffentlicher Ausgaben. Allein die bereits zusätzlich budgetierten Militärausgaben bedeuten eine Steigerung um 100 Mrd. \$ (1% des BIP) gegenüber 2001, dazu kommen die Kosten des Irak-Krieges, die noch höher geschätzt werden. Das Wirtschaftswachstum erreichte im vergangenen Jahr 2,4%. Es war damit markant höher als in der EU, in Relation zum Ausmaß der expansiven Orientierung von Geld- und Fiskalpolitik aber dennoch mäßig. Für heuer wird eine BIP-Steigerung in ähnlicher Größenordnung angenommen.

### **Erhebliche Verunsicherung, aber expansive Politikimpulse in den USA**

*Das Verbrauchervertrauen wurde in den USA durch Kursverluste auf den Aktienmärkten schon vor dem Irak-Krieg belastet. Die Geld- und Fiskalpolitik wirkt außerordentlich expansiv. Die Wirtschaft dürfte 2003 und 2004 neuerlich rascher wachsen als in der EU. Ein Platzen der spekulativen Blase auf den Immobilienmärkten bildet ein erhebliches Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.*

## Kein Wirtschaftsaufschwung in Europa abzusehen

*In Europa prägt die Schwäche der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Unternehmensinvestitionen die Konjunktur. Die Expansion der Ausfuhr war 2002 noch kräftig, sie wird aber zunehmend durch die Stärke des Euro gedämpft. Als Folge der schlechten Konjunktur steigen Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite merklich. Die Wirtschaftspolitik versucht kaum, das Wachstum aktiv zu stimulieren.*

Im Euro-Raum fehlt jeglicher Impuls für einen Konjunkturaufschwung. Die Wirtschaft wuchs 2002 um nur 0,8%, das war die niedrigste Rate seit 1993. Im IV. Quartal expandierte das BIP gegenüber dem Vorjahr um 1,3%, gegenüber dem Vorquartal allerdings um nur noch 0,2% (saisonbereinigt). Die Quartalsprognosen der EU-Kommission und der Eurogrowth-Indikator lassen für das 1. Halbjahr eine Steigerung von nur etwa 1% gegenüber dem Vorjahr erwarten. Saisonbereinigt dürfte das BIP gegenüber dem jeweiligen Vorquartal weiterhin stagnieren. Das Wirtschaftswachstum wird auch im Durchschnitt des Jahres 2003 bei nur etwa 1% liegen. Die Stagnation hat einen merklichen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefiziten zur Folge. Die Arbeitslosenquote erreichte im Jänner saisonbereinigt bereits 8,6% der Erwerbspersonen und war damit um ½ Prozentpunkt höher als im Vorjahr. Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal dürften heuer aufgrund der konjunkturbedingt schwachen Entwicklung des Steueraufkommens und der steigenden Aufwendungen für Arbeitslosigkeit ein Haushaltsdefizit über der Grenze von 3% des BIP aufweisen. Würde die Budgetpolitik versuchen, diese Defizite durch Einnahmenerhöhung oder Ausgabenkürzungen zu verringern, drohten zusätzliche Belastungen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Abrutschen in eine Rezession. Deshalb ist die Absicht der EU-Kommission zu begrüßen, das Eintreten "außergewöhnlicher Umstände" in Form des Irak-Krieges bei der Beurteilung der Budgetdefizite einzelner Mitgliedsländer zu berücksichtigen. Die Europäische Zentralbank zögert mit merklichen Zinssenkungen. Das kurzfristige nominelle und reale Zinsniveau bleibt deshalb deutlich höher als in den USA.

Die Umfragen der Kommission zeigen auch in Europa eine Verschlechterung des Geschäftsklimas. Das Unternehmensvertrauen ist bislang nur leicht zurückgegangen, bei schwacher Kapazitätsauslastung sanken die Investitionen im IV. Quartal 2002 neuerlich. Das Verbrauchervertrauen hat sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert. Ungünstige Beschäftigungsperspektiven, weitere Sparabsichten der öffentlichen Hand, der Einbruch der Aktienurse und die geopolitische Lage verunsichern die Konsumenten. Einzig vom Außenhandel kam in Europa im vergangenen Jahr noch ein nennenswerter positiver Wachstumsbeitrag. Im IV. Quartal stagnierte der Export allerdings gegenüber der Vorperiode. Die starke Aufwertung des Euro wird zunehmend die einzig verbliebene Wachstumsquelle hemmen.

Zur Zeit sind keine Impulse für die europäische Wirtschaft wirksam. Erst nach Überwindung der Irak-Krise könnte ausgehend vom Wegfall der Unsicherheiten und niedrigeren Rohstoffpreisen eine Belebung einsetzen. Zeitpunkt und Dynamik des Aufschwungs bleiben damit aber sehr vage. Gebremst wird ein allfälliger Aufschwung in Europa vor allem durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Als Hemmnis wirkt auch eine auf absehbare Zeit restriktive Fiskalpolitik in Europa. Die Länder der Währungsunion haben vereinbart, im Jahr 2006 ausgeglichene Staatshaushalte vorzulegen. Die gegenwärtige Stagnation belastet die öffentlichen Haushalte merklich und hat zur Folge, dass die Defizite höher als geplant ausfallen. Die Stabilitätsprogramme der Euro-Länder vom Herbst 2002 lassen die Absicht erkennen, die konjunkturbedingt höheren Defizite rasch durch umfangreiche Konsolidierungsbemühungen auszugleichen. Sparmaßnahmen, die schon zu Beginn einer möglichen Konjunkturerholung im Jahr 2004 greifen, dürften das Tempo des Aufschwungs merklich dämpfen.

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiterhin der Nachzügler der EU. 2003 dürfte das dritte Jahr in Folge sein, in dem die deutsche Wirtschaft nicht wächst. Die Nachfrageschwäche betrifft besonders drei Aggregate: Erstens schrumpfen die Bauinvestitionen stark – von 2000 bis 2003 dürften sie um 14% zurückgehen. Zweitens sind die privaten Haushalte in ihren Ausgaben äußerst zurückhaltend, der Konsum war 2002 erstmals seit 1982 real rückläufig. Der gleichzeitige Anstieg der Sparquote ist ein in einer Wirtschaftskrise besonders bedenkliches Signal. Drittens werden auch die öffentlichen Investitionen gedrosselt, vor allem von den mit erheblichen Finanzproblemen kämpfenden Gemeinden. Die Wachstumsschwäche in Deutschland ist auf das Fehlen einer Expansion der Binnennachfrage zurückzuführen. Einzig die Zugkraft des Exports hat die deutsche Wirtschaft in diesen drei Jahren vor einer Rezession bewahrt. Da weiterhin Impulse für öffentliche Investitionen und verfügbare Einkommen

der privaten Haushalte fehlen, bleiben die Konjunkturaussichten für Deutschland ge-  
trübt. Eine relativ günstige Entwicklung der Lohnstückkosten und damit der preisli-  
chen Wettbewerbsfähigkeit kann die andauernde Schwäche der Inlandsnachfrage  
nicht ausgleichen.

Das reale BIP nahm in Österreich 2002 um 1% zu. War die Dynamik im 1. Halbjahr (sai-  
sonbereinigt gegenüber der Vorperiode) noch relativ gut gewesen, so schwächte  
sie sich im 2. Halbjahr markant ab. Die Steigerung der Warenausfuhr verlangsamte  
sich, die Sachgüterproduktion nahm kaum noch zu, und die Ausrüstungsinvestitionen  
zeigten selbst nach dem tiefen Einbruch zuvor keine Tendenz zur Erholung. Der Ein-  
zelhandel stagnierte gegenüber der Vorperiode. Nur die leichte Erholung der Bautä-  
tigkeit wirkte den negativen Faktoren entgegen. Das Wirtschaftswachstum wurde  
durch den markanten Rückgang der Importe – ein Ergebnis schwacher Inlands-  
nachfrage – gestützt. Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels wä-  
re die heimische Wirtschaft 2002 wie auch im Jahr zuvor geschrumpft.

Die Konjunkturumfragen des WIFO unter den heimischen Unternehmen deuten nicht  
auf einen Aufschwung hin. Die Unternehmen bewerten die aktuelle Produktionsent-  
wicklung als verhalten, haben ihre positiven Zukunftserwartungen korrigiert und ver-  
schieben aufgrund der unsicheren Stimmung die Umsetzung von Investitionsprojek-  
ten. Ein Konjunkturaufschwung müsste von zusätzlichen Impulsen für den Export aus-  
gehen und die Ausrüstungsinvestitionen erfassen. Dies dürfte heuer nicht mehr ein-  
treten. Das Wirtschaftswachstum bleibt deshalb im dritten Jahr in Folge bei etwa 1%  
und weicht damit markant vom Muster eines "normalen" Konjunkturzyklus ab.

### Stagnation des BIP, hohe Konjunkturrisiken

Heuer wird Österreichs Wirt-  
schaft um nur 1,1% expan-  
dieren. Bezüglich der Ent-  
wicklung im Jahr 2004 sind  
die Unsicherheiten derzeit  
groß. Die vorliegende  
Wachstumsprognose (+1,7%)  
nimmt ein vorsichtig optimis-  
tisches Szenario an.

#### Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,62	4,61	4,61	4,61	- 0,7	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	40,61	40,68	41,41	42,65	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,0
Energie- und Wasserversorgung	5,41	5,91	5,94	6,00	+ 1,7	+ 9,2	+ 0,5	+ 1,0
Bauwesen	13,36	13,38	13,54	13,74	- 4,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,5
Handel <sup>2)</sup>	24,41	24,79	25,24	25,79	- 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,57	7,67	7,86	+ 5,9	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,98	14,04	14,11	14,25	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,53	12,82	12,82	13,02	- 0,5	- 5,2	± 0,0	+ 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	28,87	29,38	29,82	30,41	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	11,70	11,66	11,61	11,55	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	24,79	25,03	25,15	25,35	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	188,69	189,88	191,93	195,25	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,74	203,00	206,54	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7

<sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Bezüglich der mittelfristigen Entwicklung bestehen besonders große Unsicherheiten. Wenn die Krise im Mittleren Osten rasch überwunden wird, die Rohstoffpreise sinken, sich die internationalen Aktienmärkte stabilisieren und die Wirtschaftspolitik einen restriktiven Kurs vermeidet, dann könnte ein Konjunkturaufschwung einsetzen. Andererseits kann bei einer Verschärfung der internationalen Konflikte eine Rezession in Europa nicht ausgeschlossen werden. Die vorliegende Prognose unterstellt kein Krisenszenario und erwartet ein Wirtschaftswachstum von 1,7% im kommenden Jahr. Diese Rate liegt aber deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (+2¼%).

## Export bleibt Wachstumsmotor

Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels wäre die österreichische Wirtschaft 2001 und 2002 geschrumpft. Die ungünstigeren Annahmen bezüglich der Weltwirtschaft und der hohe Außenwert des Euro dämpfen nun den Anstieg der Ausfuhr. Die heimischen Exportunternehmen profitieren aber weiterhin von reger Nachfrage aus Ost- und Südosteuropa und der vorteilhaften Entwicklung der Lohnstückkosten.

Vom Export kamen im vergangenen Jahr die wichtigsten Impulse für das Wirtschaftswachstum: Die Warenausfuhr war real um 5½% höher als 2001. Während der Export in den EU-Binnenmarkt nur wenig ausgeweitet wurde, konnten die österreichischen Unternehmen die Ausfuhr nach Südost- und Osteuropa sowie Asien beträchtlich steigern und teils kräftig Marktanteile gewinnen. Die anhaltend schwache Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern und besonders die real-effektive Aufwertung des Euro dämpfen das Wachstum der Warenexporte. Es wird heuer gut 4% betragen. Die Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern, deren Wirtschaft weiterhin doppelt so rasch wächst wie jene der EU, liefert dabei wesentliche Impulse. Der Export in den Binnenmarkt entwickelt sich weiterhin mäßig, weil die Nachfrage in Deutschland und Italien, den beiden wichtigsten Handelspartnern, unterdurchschnittlich zunimmt. Die real-effektive Aufwertung (heuer 1¼%) belastet die Ausfuhr direkt über eine Beeinträchtigung der preislichen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten und indirekt über eine Abschwächung des Exportwachstums jener Betriebe, die der deutschen Exportindustrie zuliefern.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	148,90	150,42	152,00	154,36	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6
Private Haushalte <sup>1)</sup>	111,88	112,91	114,49	116,67	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Staat	37,02	37,50	37,50	37,69	- 0,5	+ 1,3	± 0,0	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	46,02	43,88	45,04	46,38	- 4,0	- 4,6	+ 2,6	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen	45,97	43,78	44,66	46,12	- 2,2	- 4,8	+ 2,0	+ 3,3
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	21,21	19,32	19,90	20,99	- 2,9	- 8,9	+ 3,0	+ 5,5
Bauten	24,76	24,47	24,76	25,13	- 1,5	- 1,2	+ 1,2	+ 1,5
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	0,05	0,10	0,39	0,26				
Statistische Differenz	0,48	0,39	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	195,40	194,69	197,04	200,74	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,9
Exporte	107,04	109,84	113,82	121,43	+ 7,4	+ 2,6	+ 3,6	+ 6,7
Reiseverkehr	10,40	10,86	11,01	11,39	+ 5,4	+ 4,5	+ 1,4	+ 3,4
Minus Importe	103,76	103,79	107,86	115,63	+ 5,9	+ 0,0	+ 3,9	+ 7,2
Reiseverkehr	8,35	8,06	8,02	8,18	+ 5,1	- 3,4	- 0,5	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,74	203,00	206,54	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Nominell	211,86	216,83	222,07	229,77	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,5

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Warenimporte gingen 2002 real um knapp 1% zurück. Dies spiegelt die Schwäche der Binnennachfrage wider, insbesondere den Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen. Heuer dürfte die Einfuhr wieder steigen, vor allem weil die importintensiven Ausrüstungsinvestitionen nicht mehr weiter zurückgehen. Die Zunahme ist nominell (+6½%) deutlich größer als real (+4½%). Für den Anstieg der Importpreise sind die internationalen Rohstoffkosten maßgebend. Die Terms-of-Trade dürften sich heuer um etwa ¾ Prozentpunkte verschlechtern. 2004 werden sich die Außenhandelspreisrelationen aufgrund der Stärke des Euro und des erwarteten Rückgangs der Rohölpreise wieder zugunsten Österreichs verschieben (+¾ Prozentpunkte).

Der Saldo der Leistungsbilanz dürfte 2003 und 2004 knapp -2 Mrd. € erreichen. Leichte Verschlechterungen ergeben sich in der Einkommens- und Transferbilanz, hingegen steigt der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz. Die geopolitische Situation macht Überseereisen weniger attraktiv; deutsche Urlauber suchen mit dem Pkw oder der Bahn erreichbare Ziele auf, und die Österreicher verstärken den Trend zum Inlandsurlaub.

Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen in den vergangenen zwei Jahren markant ab (2000 bis 2002 -13%). Im WIFO-Investitionstest spiegeln sich die wirtschaftlichen Unsicherheiten und die niedrige Kapazitätsauslastung: Die Industrieunternehmen planen auch für heuer eine zurückhaltende Investitionstätigkeit, einzig in der Kfz-Industrie werden größere Projekte verwirklicht. Für Erweiterungsinvestitionen besteht angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage kaum Notwendigkeit, Ersatzinvestitionen könnten allerdings an Bedeutung gewinnen. Für das IV. Quartal 2003 sind Vorziehef-

## Erholung von Investitionstätigkeit und Industrieproduktion weiter verzögert

effekte zu erwarten, weil die als Teil des Konjunkturpaketes von 2002 konzipierte Investitionsprämie von 10% Ende 2003 ausläuft. Unter Berücksichtigung dieser Effekte dürften die Ausrüstungsinvestitionen heuer um 3% ausgeweitet werden. Zinssenkungen und Steuererleichterungen setzen zwar positive Signale, mit einer Belebung der Investitionstätigkeit kann aber nur bei einer markanten Verbesserung der Nachfrage und einem Stimmungsumschwung in den Unternehmen gerechnet werden.

#### Übersicht 5: Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1	+ 0,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5
<b>Sachgütererzeugung</b>						
Produktion <sup>2)</sup>	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,8	+ 3,0
Beschäftigte <sup>3)</sup>	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,9	- 1,0
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,1
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 0,2	- 0,1

<sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>4)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung erwarten im WIFO-Konjunkturtest keine Beschleunigung des Produktionswachstums. Die Wertschöpfung dürfte heuer um 1,8% steigen. Wenn sich die internationale Konjunktur allmählich erholt, könnte der Zuwachs im kommenden Jahr etwa 3% erreichen. Gleichzeitig setzt sich der Beschäftigungsrückgang fort, die Zahl der Beschäftigten wird in der Sachgütererzeugung um 1,9% (2003) bzw. 1% (2004) sinken. Kurzarbeit wird wahrscheinlich weiterhin stark in Anspruch genommen werden.

#### Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Bruttoverdienste pro Kopf<sup>1)</sup></b>						
Vollzeitäquivalent	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,7
<b>Realeinkommen pro Kopf<sup>1)</sup></b>						
Brutto	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,0
Netto	+ 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,4
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 3,7	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Lohnstückkosten	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
<b>Sachgütererzeugung</b>						
Lohnstückkosten	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,2	- 1,2	- 1,1
<b>Relative Lohnstückkosten<sup>2)</sup></b>						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,1	- 5,4	- 0,2	- 1,1	- 0,2	- 1,8
Gegenüber Deutschland	- 0,8	- 1,8	+ 0,3	- 1,2	- 1,3	- 1,7
<b>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</b>						
Nominell	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,3
Real	- 1,3	- 3,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,2

<sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die unterschiedliche Entwicklung der Baunachfrage ist von erheblicher Bedeutung für die Erklärung von gesamtwirtschaftlichen Wachstumsdifferenzen zwischen den Industrieländern. So geht etwa in Deutschland ein erheblicher Teil des Wachstumsrückstands der letzten Jahre auf den tiefen Einbruch der Bauinvestitionen zurück.

**Leichte Besserung in der Bauwirtschaft**

In Österreich war die Baukrise viel weniger ausgeprägt. Die realen Bauinvestitionen wurden zwischen 1997 und 2002 kaum ausgeweitet (+0,8%), allerdings gingen mehr als 26.000 Arbeitsplätze verloren. Im vergangenen Jahr stagnierte die Bauproduktion. Jetzt zeichnet sich eine vorsichtige Erholung ab, vor allem aufgrund der regeren Aktivitäten im Tiefbau. Der dringend notwendige Infrastrukturausbau kommt besser in Gang. Hingegen bleibt der Hochbau schwach. Im Bürobau bestehen weiterhin Überkapazitäten, der Wohnbau verläuft noch sehr zurückhaltend. Die Stabilisierung der Immobilienpreise und andere Anzeichen einer Belebung der Nachfrage lassen für die kommenden Jahre eine Aufwärtstendenz möglich erscheinen. Die Bautätigkeit dürfte heuer um 1¼% und 2004 um 1½% wachsen – jeweils etwa gleich stark wie die Gesamtwirtschaft.

### Konsum und Handel leiden unter schwacher Einkommensentwicklung

Die Nettomasseneinkommen stagnieren heuer real auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2001. Dies erlaubt nur eine schwache Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Umsätze im Einzelhandel. Die Sparquote verharrt auf ihrem Tiefstand.

Die Einkommen je Arbeitnehmer werden heuer nach Berücksichtigung von Inflation und Abgaben zum dritten Mal in Folge merklich sinken (-½%). Umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte dürfte der Rückgang etwas geringer ausfallen. Maßgebend für die Realeinkommensverluste sind zurückhaltende Lohnabschlüsse, steigende Abgabenbelastung und Preissteigerungen, die höher als erwartet ausfielen. Im privaten Sektor werden die Löhne und Gehälter heuer langsamer wachsen als im Vorjahr, im öffentlichen Sektor auch aufgrund des derzeit verhandelten "Inflationsnachschlags" deutlich rascher. Die realen Nettomasseneinkommen stagnieren auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2001. Etwas günstiger entwickeln sich die verfügbaren realen Einkommen, in denen auch die Einkommen aus Gewerbebetrieb und die Besitzeinkommen erfasst werden.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	- 0,2	+ 1,8	+ 3,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,8
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>						
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	8,5	8,3	7,4	7,5	7,5	7,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	5,2	6,7	3,5	2,8	2,4	2,5
	In %					
Inflationsrate						
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,9	1,4
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,7	2,0	1,4
Kerninflation <sup>3)</sup>	0,7	0,9	2,3	2,0	2,2	1,7

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – <sup>3)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die schwache Zunahme der Einkommen erlaubt nur eine verhaltene Ausweitung der Konsumausgaben. Diese wuchsen 2002 real um 0,9%. Vor allem Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter wurden aufgrund der unsicheren Erwartungen aufgeschoben (-0,2%). Heuer dürfte die Nachfrage der privaten Haushalte um knapp 1½% höher sein als 2002. Die Sparquote verharrt bei 7½% des verfügbaren Einkommens. Die Handelsumsätze steigen weiterhin schwach, aber etwas rascher als im Vorjahr. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter dürften geringfügig überdurchschnittlich expandieren, auch weil sich der Kfz-Absatz erholt. Der Großhandel entwickelt sich wie schon im Vorjahr rege. Diese Tendenzen könnten sich 2004 verstärken. Bei etwas besserem Einkommensverlauf wird dann der private Konsum um knapp 2% wachsen.

Der Preisauftrieb auf Verbraucherebene bleibt weiterhin schwach. Allerdings muss die Inflationsprognose für 2003 leicht auf +1,9% angehoben werden. Das geht nur zum kleineren Teil auf die Erdölverteuerung zurück, die durch die Aufwertung des Euro gedämpft wird. Die Energiepreise dürften im Jahresdurchschnitt um gut 2% höher sein als 2002. Besonders stark steigen die Kosten im Zusammenhang mit dem Wohnen – Mieten liegen um 5% über dem Niveau des Vorjahres. Der Preisauftrieb industriell-gewerblicher Waren verstärkt sich (+1,5%). Nach der markanten Verteuerung im Vorjahr normalisieren sich die Preise von Saisonwaren. Die Nahrungsmittelpreise steigen insgesamt kaum. 2004 wird sich die Inflationsrate auf 1½% verringern. Die schwache Steigerung der Lohnstückkosten und der Rückgang der Importpreise bremsen den Preisauftrieb.

Die Konjunkturschwäche verschlechterte die Arbeitsmarktlage in den vergangenen zwei Jahren markant. 2002 waren um 15.000 Personen weniger beschäftigt als im Vorjahr. Da die Produktion in der Sachgütererzeugung und im Bauwesen nahezu stagnierte, nahm dort die Zahl der Arbeitsplätze besonders merklich ab (–15.000 bzw. –7.000 Arbeitsplätze). Auch im Handel schrumpfte die Beschäftigung erstmals seit 1996 (–3.000). Der Personalabbau im öffentlichen Sektor (–5.000) erfolgte primär durch Pensionierungen. Zusätzliche Arbeitsplätze entstanden neben dem Gesundheitswesen vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen, viele davon bei Leiharbeitsanbietern und auf Teilzeitbasis. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten (sie werden nicht in der Beschäftigungsstatistik des Hauptverbandes, aber in der VGR erfasst) expandierte neuerlich kräftig. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ging über den konjunkturbedingten Effekt hinaus, weil das Arbeitskräfteangebot – wie auch 2001 – ausgeweitet wurde. Dazu trug die Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte ebenso bei wie die Anhebung des Frühpensionsalters. Hingegen dämpfte die Verlängerung der Bezugsdauer von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld das Arbeitskräfteangebot von Frauen. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren um 28.500 Arbeitslose mehr vorgemerkt als 2001, die Arbeitslosenquote stieg auf 6,9% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,1% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

## Leichter Anstieg der Inflation

Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt unter 2%. Preisdruck kommt sowohl von den Energiepreisen als auch von den Dienstleistungspreisen. Im kommenden Jahr drücken stabile Lohnstückkosten und rückläufige Importpreise die Inflation.

## Keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit setzt sich aufgrund der anhaltenden Schwäche des Wirtschaftswachstums und einer ungewohnt hohen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes (Einschränkung von Frühpensionen, kräftiger Ausländerzustrom) fort. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich 2003 gegenüber 2000 um 46.000.

### Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 38,2	+ 30,8	+ 15,1	– 11,2	– 1,2	+ 11,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)2)</sup>	+ 37,2	+ 28,9	+ 13,6	– 14,6	– 4,0	+ 10,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 5,0	+ 6,0
Selbständige <sup>3)</sup>	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,5
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 19,8	+ 25,2	+ 28,1	+ 22,9	+ 19,1	+ 1,0
15- bis 59-Jährige	– 2,6	– 17,5	– 14,2	– 5,5	+ 3,1	+ 3,0
Erwerbspersonen im Inland <sup>1)</sup>	+ 22,2	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 6,8	+ 11,5
<b>Überschuss an Arbeitskräften</b>						
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>4)</sup>	– 16,1	– 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 8,0	± 0,0
Stand	in 1.000	221,7	194,3	203,9	232,4	240,4
<b>Arbeitslosenquote</b>						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,9	3,7	3,6	4,1	4,2	4,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,0	5,3	5,5	6,2	6,3	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,0
Erwerbsquote <sup>1)5)</sup>	66,3	66,1	66,2	66,2	66,1	66,3
Beschäftigungsquote <sup>1)6)</sup>	62,3	62,5	62,5	62,0	61,8	62,0

<sup>1)</sup> Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner. – <sup>2)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>3)</sup> Laut WIFO. – <sup>4)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>5)</sup> Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – <sup>6)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Diese Tendenz wird auch heuer vorherrschen. Die Zahl der aktiv Beschäftigten wird neuerlich unter dem Vorjahresniveau liegen (-4.000). Das Arbeitskräfteangebot entwickelt sich nicht mehr wie in vergangenen Phasen schlechter Konjunktur zyklisch, sondern wird durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich um 8.000 und erreicht einen Jahresdurchschnitt von 240.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,0% laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,2% laut Eurostat.

Im kommenden Jahr wird vom Wirtschaftswachstum noch wenig positive Beschäftigungsdynamik ausgehen. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt nur geringfügig (+0,3%). Allerdings ist eine weitere Anhebung des Frühpensionsalters vorgesehen, die im Jahresdurchschnitt das Arbeitskräfteangebot um 5.000 Personen erhöhen könnte. Unter dieser Bedingung wird die Arbeitslosenquote konstant bleiben. Sie ist aber sehr sensibel bezüglich einer noch stärkeren Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes und des Konjunkturverlaufs. Nicht berücksichtigt ist eine allfällige Umwandlung der Notstandshilfe in eine "Sozialhilfe neu" oder die Einführung eines "Übergangsgeldes". Dies würde das Leistungsniveau je Arbeitslosen mit langer Erwerbslosigkeit merklich verringern, die offiziell ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen aber möglicherweise senken.

### Budgetsaldo spiegelt Konjunkturschwäche wider

Die Stagnation der Wirtschaft belastet die öffentlichen Haushalte durch Steuerausfälle und hohe Kosten für Arbeitslosigkeit. Das Budgetdefizit erhöht sich auf gut 1% des BIP. Die Abgabenquote sinkt bis 2004 auf etwa 44% des BIP.

Der Staatshaushalt ist vor allem auf der Einnahmenseite und im Bereich der Arbeitslosenversicherung sehr konjunktursensibel. Die schlechte Wirtschaftslage belastet deshalb den Budgetsaldo. Für 2002 meldete das Finanzministerium einen Finanzierungssaldo des Staates von -0,6% des BIP an Eurostat. Dies ist weniger als in der Dezember-Prognose angenommen (-1,5%). Die Verbesserung erklärt sich zum Großteil aus deutlich niedrigeren Ausgaben für Hochwasserhilfe und Wiederaufbau (netto etwa 150 Mio. € statt 1 Mrd. €). Dazu kam ein etwas geringerer Steuerausfall als angenommen (1,8 Mrd. € statt 2,1 Mrd. €). Zudem schlugen sich statistische Effekte nieder wie die zeitliche Zuordnung von Zinszahlungen und Steuereinnahmen sowie ein besseres Ergebnis für Sozialversicherungen, Länder und Gemeinden, zu dem noch keine detaillierten Daten verfügbar sind.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP					
<b>Budgetpolitik</b>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 1,2	- 1,0
Laut VGR	- 2,4	- 1,6	+ 0,0	- 0,8	- 1,3	- 1,1
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,4	+ 2,2	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2
	In %					
<b>Geldpolitik</b>						
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,3	2,2	2,6
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Effektiver Wechselkursindex</b>						
Nominell	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,2	+ 0,4
Real	- 1,1	- 3,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. - <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Für heuer liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen lassen ein Defizit des Gesamtstaates von 2¾ Mrd. € (1,2% des BIP) erwarten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr geht auf die schwache Zunahme der Einnahmen an direkten Steuern und die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit zurück. Dazu kommen starke Steigerungen einzelner Ausgabenkategorien wie etwa der Familienförderung. Für 2004 wird ein erster Teil einer Abgabenreform angenommen, der Entlastungen im Bereich der Lohnsteuer, der Lohnnebenkosten und der Besteuerung nicht entnommener Gewinne umfasst. Dem stehen höhere Belastungen durch eine Anhebung von Energiesteuern und Krankenversicherungsbeiträgen gegenüber. Das Staatsdefizit dürfte 2004 bei 1% des BIP liegen. Die Abgabenquote ist aufgrund umfangreicher Steuerausfälle schon 2002 merklich zurückgegangen. 2003 und 2004 betrug sie etwa 44% des BIP.

Markus Marterbauer

## Economic Growth Remaining Subdued

### Economic Outlook for 2003 and 2004

**For the third year in a row, the Austrian economy will grow by only around 1 percent in 2003. Adding to the persistent weakness of domestic demand are the economic repercussions of geo-political instability. For 2004, uncertainties are particularly large, with growth projected to stay below average (1.7 percent). Weak overall economic conditions will lead to a further rise in unemployment and a widening budget deficit.**

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 26 March 2003. • E-Mail Address: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

The Austrian economy grew by 1 percent in real terms in 2002, a rate close to what WIFO had expected as early as December 2001 (1.2 percent). Yet, in the third and fourth quarter, GDP remained flat on a seasonally adjusted basis, with stagnation likely to continue this year. The main reasons are the consequences of geo-political instability for the economy as well as continued sluggishness of domestic demand. GDP growth in 2003 is currently expected at 1.1 percent, remaining close to a modest 1 percent for the third consecutive year. Such an extended period of weak activity has not been observed to date.

Prospects for 2004 are necessarily vague at this stage, given the great uncertainty surrounding geo-political developments and the reaction of economic policy. At present, growth is projected at 1.7 percent, remaining again clearly below the long-term trend. Both in 2003 and 2004, the pace of expansion would thereby correspond to the euro area average. A cyclical upswing in Europe appears unlikely, unless world-wide uncertainty subsides and commodity prices ease markedly. Underlying the present projection are the external assumptions of a reference price of 29 \$ per barrel for crude oil in 2003 and of 23 \$ per barrel in 2004, and an exchange rate of 1.08 \$ per euro.

The real-effective appreciation of the euro is holding back the rise in Austrian exports. Merchandise exports are seen rising by 4.3 percent in volume this year, and by 7.5 percent in 2004. As in the past two years, however, and despite the weak international environment, exports will stay the main driving force of Austrian economic growth. The weak momentum of foreign demand is dampening investment in the export-oriented business sector. Spending on machinery, vehicles, electronic equipment and software may pick up by an inflation-adjusted 3 percent this year, after having fallen by a cumulated 13 percent since 2000. Towards the end of the year, some positive effects may be expected from spending being carried forward in view of the temporary investment premium expiring. A genuine cyclical recovery of investment may set in by 2004, with expenditure on new equipment projected to gain 5.5 percent. Growth of manufacturing output, expected at 1.8 percent in volume in 2003 and 3 percent in 2004, will also be constrained by weak demand. This will not suffice as to prevent further substantial job losses in industry.

Domestic demand developments remain below the long-term average. After a decline in 2001 and 2002, a slight pick-up may be expected for the current year. Spending of private households is held back by the unsatisfactory labour market situation and the modest gains in net incomes. Nevertheless, private consumption is

set to increase by nearly 1½ percent, while public consumption will remain flat. Construction investment in civil engineering is benefiting from higher spending on road and railroad infrastructure, whereas the building sector lacks stimulus.

Consumer price increases are slightly gaining momentum, with the rate of inflation projected at 1.9 percent. Upward pressure is being exerted both by energy and services prices, notably related to housing, but also by industrial manufactures prices. Next year, inflation should moderate to a rate around 1½ percent. The appreciation of the euro is dampening the rise of import prices, and unit labour costs should be of stabilising influence.

Slow economic growth has pushed up the number of unemployed by a cumulated 38,000 in 2001 and 2002. The negative trend is unlikely to reverse during the forecast period. In 2003, the number of actively employed will fall again slightly, with job losses being concentrated in manufacturing, construction and trade. The public sector is planning further cuts in personnel. Unemployment is likely to increase by 8,000 people to a level of 240,000 on annual average 2003, yielding a jobless rate of 7 percent of the dependent labour force (national definition) or 4.2 percent of the total labour force (Eurostat concept). While in 2004 employment may pick up somewhat, unemployment is unlikely to decline, as both the initial steps towards the abolition of early retirement and the expected large inflow of foreign workers will add to labour supply.

		Percentage changes from previous year					
		1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Main results</b>							
GDP							
Volume		+ 2.7	+ 3.5	+ 0.7	+ 1.0	+ 1.1	+ 1.7
Value		+ 3.4	+ 5.0	+ 2.3	+ 2.3	+ 2.4	+ 3.5
Manufacturing <sup>1</sup> , volume		+ 3.0	+ 6.5	+ 1.3	+ 0.2	+ 1.8	+ 3.0
Private consumption expenditure, volume		+ 2.3	+ 3.3	+ 1.5	+ 0.9	+ 1.4	+ 1.9
Gross fixed investment, volume		+ 2.1	+ 5.9	- 2.2	- 4.8	+ 2.0	+ 3.3
Machinery and equipment <sup>2</sup>		+ 4.9	+11.8	- 2.9	- 8.9	+ 3.0	+ 5.5
Construction		+ 0.0	+ 1.2	- 1.5	- 1.2	+ 1.2	+ 1.5
Exports of goods <sup>3</sup>							
Volume		+ 7.7	+13.1	+ 7.5	+ 5.5	+ 4.3	+ 7.5
Value		+ 7.0	+15.6	+ 6.5	+ 4.1	+ 5.3	+ 7.7
Imports of goods <sup>3</sup>							
Volume		+ 6.9	+10.9	+ 5.7	- 0.9	+ 4.6	+ 7.5
Value		+ 6.7	+14.7	+ 5.0	- 2.2	+ 6.5	+ 7.0
Current balance	billion €	- 6.33	- 5.36	- 4.65	- 0.91	- 1.90	- 1.82
As a percentage of GDP	%	- 3.2	- 2.6	- 2.2	- 0.4	- 0.9	- 0.8
Long-term interest rate <sup>4</sup>	%	4.7	5.6	5.1	5.0	3.9	4.0
Consumer prices		+ 0.6	+ 2.3	+ 2.7	+ 1.8	+ 1.9	+ 1.4
Unemployment rate							
Percent of total labour force <sup>5</sup>	%	3.9	3.7	3.6	4.1	4.2	4.2
Percent of dependent labour force <sup>6</sup>	%	6.7	5.8	6.1	6.9	7.0	7.0
Dependent employment <sup>7</sup>		+ 1.2	+ 1.0	+ 0.4	- 0.5	- 0.1	+ 0.3
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	- 2.3	- 1.5	+ 0.3	- 0.6	- 1.2	- 1.0

<sup>1</sup> Value added, including mining and quarrying. – <sup>2</sup> Including other products. – <sup>3</sup> According to Statistics Austria. – <sup>4</sup> 10-year central government bonds (benchmark). – <sup>5</sup> According to Eurostat. – <sup>6</sup> According to Labour Market Service. – <sup>7</sup> Excluding parental leave and military service.

The general government account recorded a deficit of € 1.2 billion or 0.6 percent of GDP last year, according to the Ministry of Finance and Statistics Austria. For 2003, no draft Federal budget has yet been submitted. WIFO expects an increase in the overall deficit to some € 2¾ billion or 1.2 percent of GDP, due to the dampening effect of the cycle on tax revenues, the deferred payments for flood relief, and additional outlays such as for family subsidies. Also in 2004, adverse cyclical conditions will leave their mark on the budget in the form of revenue shortfalls and high outlays for unemployment benefits. The general government deficit may amount to 1 percent of GDP.

Franz Sinabell  
Erwin Schmid

## ■ Entkopplung der Direktzahlungen

### Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sehen insbesondere die Stärkung der Wettbewerbskraft und Umweltfreundlichkeit des Agrarsektors, die Verbesserung der Markt- und Qualitätsorientierung und neben der Sicherung der Agrareinkommen auch die Vereinfachung der Agrarverwaltung vor. Als Instrumente werden pauschale Flächenprämien anstelle flächen- und tierbezogener Produktsubventionen ("Entkopplung"), die Kürzung von Förderungen an größere Betriebe ("Modulation"), Produktionsauflagen ("Cross-Compliance") und ergänzende Maßnahmen im Programm der ländlichen Entwicklung vorgeschlagen.

Zur Untersuchung der Auswirkungen der "Entkopplung" auf den österreichischen Agrarsektor hat das WIFO ein regionales partielles Agrarsektormodell entwickelt. Die geplante "Entkopplung" verändert die Einkommen auf Sektorebene – je nach Preisszenario – um  $\pm 0\%$  bis  $-4\%$ , dämpft die Pflanzenerzeugung geringfügig und die Produktion von Rind- und Kalbfleisch deutlich. Damit ist eine erhebliche Freisetzung des Faktors Arbeit verbunden. Die Flächenprämie stützt den Wert von Flächen "in gutem landwirtschaftlichen Zustand", und das Agrarumweltprogramm wirkt als stabilisierendes Element in der pflanzlichen Erzeugung. Die Verteilungswirkungen der Reformvorschläge innerhalb des Sektors Landwirtschaft hängen von den Details der Übertragbarkeit von Prämienrechten ab.

- **Modellkonzept, Modellstruktur und Implementation**

*Methode – Quellen – Güter – Nachfrage und Preise – Räumliche Gliederung – Faktor Boden und Bewirtschaftungsverfahren – Faktor Arbeit – Andere Faktoren und Ressourcen*

- **Szenarien**

*Forschungsleitende Fragen – Die Szenarien im Detail*

- **Ergebnisse der quantitativen Modellanalyse**

*Hauptergebnisse – Erzeugung auf dem Ackerland – Nutzung des Ackerlandes – Tierproduktion – Kulturartenverteilung – Rentabilität von Produktionskapazitäten*

- **Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

*Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik – Effekte der Entkopplung der GAP-Direktzahlungen in Österreich*

Im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft • März 2003 • 70 Seiten • 40 € • Download 32 €

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23706](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706)

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)



## Konjunkturindikatoren für das Ausland (Fortsetzung)

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2002		2003	
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Dreimonatszinssatz	5,6	5,5	0,7	0,2	5,3	6,5	0,2	0,2	0,1	3,3	2,1	1,8	1,8	1,7	1,4	1,3
USA	0,6	0,7	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Japan	4,2	3,8	3,0	4,4	4,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,1	3,4	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8
Euro-Raum	6,8	7,3	5,4	6,1	5,0	4,0	4,1	4,0	4,0	3,9	4,0	3,9	3,9	3,9	4,0	3,7
Großbritannien	4,1	4,2	3,1	4,0	3,7	4,1	4,2	3,9	3,9	4,3	4,2	4,2	4,1	3,9	3,7	3,6
Schweden	1,6	1,4	1,3	3,0	2,8	1,0	2,8	1,6	1,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,5	0,5
Schweiz																
Sekundärmarktrendenz <sup>1)</sup>																
USA	6,6	5,6	1,5	1,7	6,2	6,1	1,7	1,3	1,3	5,5	5,4	5,7	5,0	4,9	5,1	4,7
Japan	2,4	4,6	4,5	5,3	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,9	4,6	4,4	4,6	4,5	4,5	4,3
Deutschland	5,7	4,8	4,9	5,9	5,4	5,3	5,2	5,5	5,5	5,1	4,9	4,6	5,0	4,8	4,8	4,4
Frankreich	6,9	4,9	4,7	5,6	5,2	5,0	5,3	4,9	4,7	5,1	4,9	4,7	4,8	4,7	4,6	4,4
Italien	5,6	4,6	4,6	5,4	4,9	4,6	4,7	5,1	5,2	4,7	4,5	4,7	4,5	4,6	4,4	4,2
Niederlande	7,1	5,5	5,1	5,3	4,9	4,9	5,0	4,8	4,8	5,0	4,6	4,7	4,6	4,6	4,4	4,2
Großbritannien	6,6	5,0	5,0	5,4	5,1	5,3	5,3	5,1	5,4	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Schweden	3,4	3,0	3,0	3,9	3,4	3,2	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4	2,8	2,9	2,8	2,4
Schweiz																

1) Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen.

## Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für Österreich

	1998		1999		2000		2001		2002		2002		2003			
	III. Qu.	IV. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.		
Konjunkturfest Sachgütererzeugung	-19,4	-20,1	-30,3	-40,2	-29,2	-18,7	-12,5	-11,2	-12,0	-14,1	-22,7	-29,8	-36,5	-37,3	-32,5	
Auftragsbestände	-22,2	-26,0	-33,4	-40,6	-33,9	-24,0	-16,8	-15,4	-15,9	-16,9	-26,6	-31,9	-39,3	-34,3	-30,4	
Exportauftragsbestände	+13,1	+16,1	+18,5	+17,3	+13,5	+11,0	+9,7	+11,1	+9,6	+13,1	+18,5	+20,0	+21,3	+18,0	+15,9	
Fertigwarenlager	+10,2	+7,9	+3,2	+1,5	+7,8	+9,6	+15,2	+14,3	+12,6	+11,2	+4,5	+2,8	+1,9	+8,2	+7,7	
Produktionserwartungen	-5,2	-8,0	-14,2	-10,0	-7,4	-1,0	+4,3	+5,5	+8,6	+10,3	-3,6	-4,2	-3,9	-2,1	+0,1	
Verkaufspreiserwartungen																

	2000		2001		2002		2002		2003					
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.				
Veränderung gegen die Vorperiode in %	+0,1	+0,2	+0,0	+0,1	-0,0	+0,1	+0,2	+0,1	+0,0	+0,1	+0,0	+0,1	+0,0	+0,1
Arbeitsmarkt	-3,3	-1,9	+0,5	+2,3	+4,4	+5,7	+1,7	-0,0	+0,3	+0,5	+0,4	+0,6	-0,4	+0,6
Unselbständig Beschäftigte	+8,3	+9,9	-1,0	+1,6	+0,9	-0,4	-8,0	-8,3	-3,2	-3,8	-1,0	-3,3	-2,1	-2,1
Arbeitslose														
Offene Stellen														
Arbeitslosenquote														
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	5,8	5,7	5,7	5,9	6,1	6,4	6,7	7,0	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	6,9
In % der Erwerbspersonen (lauf Eurostat)	3,5	3,4	3,4	3,5	3,6	3,8	4,0	4,1	4,2	4,3	4,2	4,3	4,3	4,4

**Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup>**

	1999				2000				2001				2002				2003				2004				1999				2000				2001				2002				2003				2004			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.												
Brutlowertschöpfung, zu Herstellungspreisen Land- und Forstwirtschaft Bergbau <sup>2)</sup>	+ 3,3	- 0,9	+ 7,2	+ 10,0	- 0,7	+ 2,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,1	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 4,1	+ 2,1	+ 2,1	- 2,1	- 2,1	+ 1,8	+ 1,8	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,8	- 1,0	- 0,8	- 1,0	- 0,8	- 1,0	- 0,8	- 1,0	+ 1,4	+ 1,4										
Sachgüterherzeugung <sup>3)</sup>	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 2,7	+ 3,5	+ 5,2	+ 7,9	+ 6,4	+ 5,0	+ 6,9	+ 6,9	+ 6,9	+ 6,9	+ 6,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 7,6	+ 7,6	+ 4,8	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,7	- 0,6	- 0,6											
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 4,2	+ 5,1	+ 5,0	+ 6,4	- 1,4	- 2,0	- 9,1	- 9,1	- 9,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 8,8	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,7										
Bauwesen	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,5	+ 4,1	+ 0,9	+ 7,8	- 0,3	- 2,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,8	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,1	- 3,4	- 3,4	- 1,5	- 1,4	- 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6										
Handel <sup>4)</sup>	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,3	+ 4,8	+ 4,7	+ 5,9	+ 4,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 4,8	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,1	- 1,5	- 1,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,7	+ 3,7	+ 1,9	+ 1,9										
Behälterungs- und Gasstättenwesen	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 5,0	+ 7,4	+ 6,0	+ 10,8	- 0,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 7,4	+ 7,4	+ 8,0	+ 8,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,1	+ 3,1	- 2,4	- 2,4										
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	- 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,9	- 0,9	- 0,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,9										
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 5,2	- 5,2	- 0,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,5	- 1,4	+ 2,3	- 5,3	+ 14,1	+ 9,3	+ 9,2	+ 8,2	+ 8,2	+ 8,2	+ 9,3	+ 9,3	- 2,3	- 2,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 3,8	+ 3,8	- 0,7	- 7,7	- 7,7	- 1,1	- 1,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9										
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>5)</sup>	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,3	+ 5,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 6,4	+ 6,4	+ 6,4	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,1	+ 5,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9										
Öffentliche Verwaltung <sup>6)</sup>	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,5	- 0,0	- 0,7	- 0,7	- 0,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8										
Sonstige Dienstleistungen	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	- 1,4	- 1,4	- 0,0	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4										
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 5,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4											
Minus unterstellte Bankgebühr	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	- 4,8	- 4,8	.	.	.	.	.	- 0,5	+ 0,1	- 2,0	+ 14,8	+ 9,4	+ 13,8	+ 11,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 7,4	+ 7,4	- 0,2	- 5,5	- 4,9	- 4,9	- 5,5	- 4,9	- 5,5	- 4,9	- 8,3	- 8,3											
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 6,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	.	.	.	.	.	+ 5,7	+ 10,7	+ 5,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,3	- 0,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9											
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,3	+ 5,1	+ 4,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1										
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4										
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,1	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6										
Private Haushalte	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 1,3	+ 1,3	- 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,5	- 0,6	- 1,1	- 1,3	- 1,3	+ 1,0	+ 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5										
Staat	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 4,6	- 4,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 5,9	+ 8,0	+ 2,5	+ 5,9	+ 1,3	- 0,2	+ 5,4	+ 1,2	+ 1,2	- 3,3	- 3,3	- 3,3	- 3,3	- 5,3	- 5,3	- 7,3	- 6,8	- 4,8	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7	- 3,7										
Bruttoinvestitionen <sup>7)</sup>	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,0	- 4,0	+ 4,6	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 5,0	+ 5,0	+ 2,5	+ 9,5	+ 6,5	+ 1,2	+ 7,1	+ 6,1	+ 6,1	+ 2,6	+ 2,6	- 1,6	- 1,6	- 5,3	- 5,3	- 4,5	- 7,0	- 5,3	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 4,4	- 4,4										
Bruttoinvestitionen <sup>8)</sup>	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 8,9	- 8,9	+ 3,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,5	+ 6,2	+ 10,0	+ 4,2	+ 12,6	+ 16,7	+ 4,2	+ 13,7	+ 7,7	+ 7,7	+ 2,5	+ 2,5	- 2,5	- 2,5	- 9,2	- 9,2	- 7,7	- 8,1	- 13,3	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0	- 6,0										
Bauten	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 1,2	- 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 6,3	+ 1,4	- 0,9	+ 2,6	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,7	+ 3,7	- 2,7	- 2,7	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 5,8	- 2,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2										
Ausrüstungen <sup>9)</sup>	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,7	+ 3,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 1,0	- 5,8	- 1,4	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8										
Inländische Verwendung <sup>1)</sup>	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 6,7	+ 6,7	+ 6,7	+ 8,9	+ 11,5	+ 11,6	+ 15,3	+ 14,8	+ 11,2	+ 12,5	+ 13,3	+ 13,3	+ 4,9	+ 4,9	+ 7,3	+ 7,3	+ 7,3	+ 7,3	+ 4,4	+ 3,3	+ 6,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,7										
Exporte	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 5,1	+ 12,9	+ 13,8	+ 14,9	+ 12,8	+ 10,0	+ 9,3	+ 10,1	+ 10,1	+ 5,6	+ 5,6	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8										
Minus Importe	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,6	- 0,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5										
Außenbeitrag <sup>10)</sup>																																																

ESVG 1995: 2003 und 2004 Prognose. – 1) Real (zu Preisen von 1995). – 2) Einschließlich Gewinn von Steinen und Erden. – 3) Prognosewerte einschließlich Bergbau. – 4) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 5) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 6) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 7) Einschließlich Vorratsveränderung. – 8) Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – 9) Einschließlich statistischer Differenz. – 10) In Prozentpunkten.

**Einkommen<sup>1)</sup>**

	1999				2000				2001				2002				2003				2004				1999				2000				2001				2002				2003				2004			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.												
Nominell	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,5	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 2,6	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,4										
Bruttonationaleinkommen	+ 3,6	+ 5,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5										
Arbeitsmehrerträge	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,7	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 11,1	+ 8,2	+ 5,6	+ 8,7	+ 7,9	+ 7,9	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	+ 2,0	+ 2,0	- 1,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,9											
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,2	+ 5,9	+ 5,6	+ 3,9	+																															

## Sachgüterzeugung

	2002																				
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)	+ 7,2	+ 9,0	+ 6,0	+ 9,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,3	- 3,8	- 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	- 0,7	+ 3,8	+ 2,0	- 3,6	+ 2,7	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6
Vorprodukte	+ 8,8	+ 10,1	+ 7,3	+ 10,5	+ 1,6	- 2,2	- 1,1	- 8,9	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,7	- 6,6	- 1,8	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Kfz	+ 18,0	+ 12,4	+ 17,2	+ 18,6	+ 6,7	- 2,1	+ 3,8	+ 2,8	- 11,6	+ 5,7	- 2,6	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 8,9	+ 9,3	- 8,6	+ 3,0	+ 1,0	+ 5,5	- 4,9
Investitionsgüter	+ 3,1	+ 11,1	+ 6,7	+ 10,6	+ 5,0	+ 7,5	+ 0,6	+ 8,6	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 11,3	+ 21,6	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6
Konsumgüter	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	+ 5,7	- 0,9	+ 0,3	- 1,1	- 3,1	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,8	- 0,5	+ 2,2	- 6,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	- 0,9
Dauerhafte	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,1	+ 16,9	- 4,8	- 8,2	- 3,9	- 10,7	- 6,4	+ 4,1	- 20,8	- 8,5	+ 7,6	+ 7,6	- 6,3	- 25,6	- 21,2	- 15,7	- 10,8	- 5,9	- 8,8
Nichtdauerhafte	+ 2,6	+ 9,0	- 0,0	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 0,9	- 3,5	- 5,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,2	- 2,2	- 2,2	+ 4,5	- 6,2	+ 4,0	+ 5,3	+ 2,3	- 4,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 8,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 4,7	+ 4,7	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4
Beschäftigte	- 2,1	+ 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	+ 1,3	+ 0,5	- 1,0	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 1,4	- 1,4	- 1,5	- 2,3	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,1	- 2,0
Geleistete Stunden	- 2,2	+ 0,2	- 2,0	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	+ 0,3	+ 0,0	- 4,1	- 2,1	- 1,9	- 1,5	- 9,2	- 9,2	+ 1,4	+ 0,1	- 4,8	- 1,2	- 0,8	- 3,1	- 0,4
Produktion je Beschäftigter	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,6	+ 9,8	- 0,8	+ 1,7	- 1,6	- 4,2	- 2,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 5,4	+ 4,4	+ 0,9	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,6
Produktion je geleistete Stunde	+ 9,6	+ 8,5	+ 8,1	+ 10,1	- 0,3	+ 2,4	- 0,5	- 3,6	+ 0,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 9,4	+ 9,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 3,9	- 0,0	+ 4,9	+ 1,0
Auftragseingänge	+ 9,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 1,8	+ 5,5	- 1,8	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 3,6	- 3,6	+ 5,7	- 4,7	- 10,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 3,6	- 22,8
Inland	+ 4,3	- 5,7	+ 2,0	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 14,3	+ 26,1	- 3,4	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 9,5	- 9,5	- 2,4	- 6,0	- 15,8	+ 1,0	- 12,8	- 16,4	- 39,4
Ausland	+ 12,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 4,9	- 3,6	- 1,2	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	- 0,9	- 0,9	+ 9,5	- 4,2	- 8,5	+ 7,8	+ 7,3	+ 13,9	- 11,1
Auftragsbestand	+ 14,4	+ 3,8	+ 1,1	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 9,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,9	+ 4,8	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0
Inland	+ 8,5	- 6,4	+ 7,8	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	+ 5,4	- 10,9	- 15,4	- 18,2	- 20,6	- 8,5	- 17,8	- 17,8	- 18,9	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7	- 9,5	- 5,1
Ausland	+ 17,5	+ 9,0	- 1,8	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 11,4	+ 12,2	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 17,1	+ 17,1	+ 15,9	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9	+ 11,8	+ 7,3

## Bauwirtschaft

	2002																				
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Produktionswert nominell	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	- 3,5	- 2,5	- 0,9	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	- 2,5	- 2,5	+ 3,8	+ 2,5	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 4,6	+ 5,1
Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup>	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 6,3	- 1,5	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	- 1,5	- 1,5	- 0,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,8	- 13,5	- 3,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	- 6,6	- 8,5	- 1,0	- 9,7	+ 1,8	- 12,4	- 7,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	- 8,9	- 8,9	- 6,6	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3	- 10,2	- 16,4
Tiefbau	+ 4,4	- 0,9	+ 3,1	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	- 0,4	- 4,1	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	- 3,0	- 3,0	+ 10,4	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5	+ 11,4	+ 22,0
Bauwesen insgesamt <sup>2)</sup>	+ 2,5	+ 7,9	+ 1,7	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	- 1,1	- 4,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	- 3,6	- 3,6	+ 3,9	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	- 1,6	+ 1,5	+ 1,1
Auftragsbestände	- 4,5	- 2,3	- 1,8	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	+ 3,4	+ 0,7	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 6,7	- 6,7	- 3,0	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3	- 1,3	+ 2,5
Preisindex Hochbau <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau <sup>3)</sup>	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Preisindex Tiefbau <sup>3)</sup>	+ 2,4	+ 0,2	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5

1) Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - 2) Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. - 3) Bis 1996: Basis 1986, ab 1997: Basis 1996.

## Binnenhandel

	2002																				
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Real	.	.	.	.	- 2,8	+ 1,1	- 3,3	- 4,6	- 0,3	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,7	- 4,5	- 4,5	+ 2,1	+ 4,7	- 1,9	+ 6,1	+ 4,2	- 1,5	+ 2,5
Handelsvermittlung und Großhandel	.	.	.	.	- 4,0	+ 2,6	- 4,7	- 6,6	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,2	+ 2,4	- 3,5	- 3,5	+ 4,2	+ 7,4	- 0,6	+ 9,0	+ 4,8	- 0,6	+ 2,9
ohne Kfz	.	.	.	.	- 0,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,8	+ 0,6	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,8	+ 0,6	+ 0,9
Einzelhandel	.	.	.	.	- 2,1	- 3,5	- 0,9	- 1,6	- 4,9	- 6,0	- 2,2	- 0,4	- 13,9	- 13,9	- 1,8	- 0,9	- 10,0	+ 4,2	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,9
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	- 2,0	+ 1,0	- 3,0	- 5,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,7	+ 2,4	- 4,7	- 4,7	+ 1,0	+ 4,1	- 2,1	+ 6,0	+ 4,6	- 0,8	+ 3,3
Nominell	.	.	.	.	- 3,4	+ 2,0	- 4,6	- 8,7	- 0,1	+ 0,9	+ 4,3	+ 2,9	- 4,3	- 4,3	+ 2,3	+ 6,1	- 1,7	+ 8,6	+ 5,0	- 0,1	+ 3,8
Handelsvermittlung und Großhandel	.	.	.	.	+ 0,4	+ 0,6	- 0,9	- 0,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	- 0,5	- 0,5	- 0,7	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 3,6	+ 0,7	+ 0,8
ohne Kfz	.	.	.	.	- 1,0	- 2,0	+ 0,1	- 1,0	- 4,0	- 4,6	- 0,5	+ 1,7	- 12,4	- 12,4	- 0,6	+ 0,7	- 8,4	+ 6,1	+ 4,8	- 6,3	+ 8,1
Einzelhandel	.	.	.	.	+ 1,2	- 0,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,2	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,0	- 1,1	- 1,3
ohne Kfz	.	.	.	.	+ 1,6	- 0,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,0	- 1,1	- 1,6
Einzelhandel	.	.	.	.	+ 1,1	- 0,7	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	- 0,6	- 1,1	- 1,2	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 1,2	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,7	- 0,8	- 1,3

Aufgrund der Umstellung von der Betriebsstatistik 1968 auf ÖNACE 1995 liegen Daten in der ÖNACE-Gliederung erst ab 1998 vor. - 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder.





**Geld- und Kreditmarkt**

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002				2003						
							III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
<i>Zinssätze</i>																					
Basissatz	2,5	2,5	2,2	3,4	3,9	2,7	4,0	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2
Taggeldsatz (EONIA) <sup>1)</sup>	3,3	3,4	2,7	4,1	4,4	3,3	4,3	3,4	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Dreimonatssatz (EURIBOR) <sup>2)</sup>	3,5	3,6	3,0	4,4	4,3	3,3	4,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	2,9	2,8	2,7	2,7	2,5	2,5
Sekundärmarktrendite (Benchmark)	5,7	4,7	4,7	5,6	5,1	5,0	5,2	4,8	5,3	4,8	4,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3	4,0	4,0	4,0
Sekundärmarktrendite insgesamt	4,8	4,4	4,1	5,4	4,7	4,4	4,7	4,2	4,7	4,8	4,3	3,9	4,3	4,1	4,0	3,8	3,6	3,6	3,3	3,3	3,4
<i>Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>																					
Kommerzkredite	7,7	6,4	5,6	6,5	6,4	5,8	6,4	6,0	5,7	5,8	5,9	5,7	5,9	5,8	5,8	5,6	5,5	5,5	.	.	.
Privatkredite	7,8	7,6	6,5	7,4	7,3	6,7	7,4	7,0	6,7	6,8	6,7	6,7	6,8	6,7	6,8	6,5	6,5	6,5	.	.	.
Hypothekarkredite	6,1	5,9	5,0	5,8	5,9	5,3	5,9	5,5	5,3	5,3	5,3	5,2	5,3	5,2	5,2	5,2	5,0	5,0	.	.	.
<i>Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>																					
Spareinlagen täglich fällig	1,5	1,4	0,8	0,7	0,6	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	.	.	.
Spareinlagen über 12 Monate	3,2	3,1	2,5	3,1	3,3	2,8	3,7	2,9	2,8	2,9	2,8	2,6	2,8	2,7	2,7	2,4	2,4	2,4	.	.	.
Kapitalparabriefe	3,2	3,3	2,7	3,6	3,7	3,2	3,7	3,1	3,1	3,5	3,3	3,0	3,3	3,2	3,1	2,9	2,7	2,7	.	.	.

<sup>1)</sup> Bis 1998 Taggeldsatz (auf OeNB, - <sup>2)</sup> Bis 1998 VIBOR.

Monetäre Aggregate  
Erlagen insgesamt  
Direktkredite an inländische  
Nichtbanken

**Zahlungsbilanz**

	2001				2002				2003												
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner							
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %	+ 1,8	+ 5,0	+ 3,1	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 3,3	+ 7,8	+ 5,5	+ 3,3	+ 4,4	+ 1,1	+ 5,3	+ 5,9	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3

	2001				2002				2003													
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner								
Mrd. Euro	3,99	4,12	4,05	5,54	4,12	4,81	2,03	2,03	0,27	0,47	0,33	1,57	1,58	0,16	1,04	0,16	0,37	0,49	0,94	1,13	1,10	0,93
Leistungsblanz	4,14	4,57	5,34	7,09	6,24	5,36	1,63	1,63	2,21	2,12	0,40	1,38	2,10	1,48	0,19	1,18	1,57	1,09	1,96	1,96	1,56	2,16
Warenzukunfts	2,06	3,11	4,00	4,01	4,70	5,59	0,55	0,55	0,82	0,46	0,69	0,41	0,86	1,02	0,91	0,53	0,11	0,09	0,38	0,38	0,56	2,16
Dienstleistungen	- 0,40	- 0,21	- 0,85	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,62	- 0,62	- 0,55	- 0,72	- 0,55	- 0,77	- 0,60	0,26	0,22	0,18	0,44	0,15	2,54	0,71	0,71	2,58
Einkommen	- 1,51	- 1,73	- 1,86	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,37	- 0,37	- 0,20	- 0,78	- 0,37	- 0,23	- 0,23	0,65	0,61	0,74	0,27	0,23	0,54	0,44	0,44	0,45
Laufende Transfers	+ 0,02	- 0,12	- 0,13	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,19	- 0,19	- 0,28	- 0,22	- 0,11	- 0,18	- 0,03	0,08	0,21	0,07	0,17	0,28	0,03	0,01	0,01	0,28
Vermögensübertragungen	+ 1,31	+ 5,13	+ 5,77	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	+ 1,16	+ 1,16	+ 2,61	+ 3,41	+ 2,25	+ 1,49	+ 1,16	2,10	1,20	1,11	0,08	0,01	0,06	0,22	0,22	0,01
Kapitalbilanz	+ 2,65	- 1,62	- 1,59	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	+ 1,06	+ 1,06	- 2,07	+ 3,16	- 0,19	+ 0,26	- 0,13	+ 1,90	- 0,16	+ 0,17	+ 0,26	- 0,44	- 0,79	+ 1,10	+ 1,10	- 0,93
Statistische Differenz	- 4,18	- 5,76	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 4,65	- 1,63	- 1,63	- 2,21	- 2,12	- 0,40	- 1,38	- 2,10	1,48	0,19	1,18	1,57	1,09	1,96	1,96	1,56	2,16
Accrual-Prinzip	- 5,40	- 3,78	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,47	- 0,63	- 0,63	- 1,09	- 0,46	- 0,46	- 0,69	- 0,41	0,86	0,91	0,53	0,11	0,09	0,38	0,38	0,56	2,16
Leistungsblanz	+ 3,50	+ 0,87	+ 1,78	+ 1,65	+ 1,74	+ 1,44	+ 0,25	+ 0,25	+ 0,16	- 0,75	+ 1,40	+ 0,24	0,16	0,26	0,22	0,18	0,44	0,15	2,54	0,71	0,71	2,58
Güter	- 0,71	- 1,35	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,34	- 0,75	- 0,75	- 0,72	- 0,55	- 0,72	- 0,60	- 0,65	0,65	0,91	0,91	0,74	0,27	0,54	0,44	0,44	0,45
Dienstleistungen	- 1,37	- 1,51	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,28	- 0,50	- 0,50	- 0,56	- 0,35	- 0,33	- 0,61	- 0,43	0,08	0,21	0,07	0,17	0,28	0,03	0,01	0,01	0,28
Einkommen	- 0,08	- 0,11	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,57	- 0,04	- 0,04	- 0,09	- 0,04	- 0,07	- 0,12	- 0,10	0,18	0,06	0,06	0,17	0,28	0,03	0,01	0,01	0,28
Vermögensübertragungen	+ 3,81	+ 5,45	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,19	+ 2,04	+ 2,04	+ 3,19	+ 0,83	+ 0,61	+ 1,60	+ 1,76	1,93	0,59	1,26	2,60	2,60	2,22	2,22	2,22	2,22
Kapitalbilanz	- 1,49	- 1,76	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,41	- 0,71	- 0,71	- 1,02	- 0,58	- 0,73	- 0,35	- 0,35	2,97	1,15	1,46	1,46	1,57	1,35	1,35	1,35	1,35
Direktinvestitionen im Ausland	+ 3,41	+ 2,35	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,59	+ 6,60	+ 1,03	+ 1,03	+ 0,07	+ 1,21	+ 1,38	+ 0,50	+ 2,87	3,40	3,40	3,43	3,43	3,43	3,11	3,11	3,11	3,11
Direktinvestitionen in Österreich	- 1,63	+ 1,37	+ 5,90	+ 2,55	+ 3,23	+ 5,16	+ 0,68	+ 0,68	+ 1,21	+ 0,69	+ 1,21	+ 2,55	+ 2,87	3,40	3,40	3,43	3,43	3,43	3,11	3,11	3,11	3,11
Portfoliointvestitionen	+ 4,02	+ 0,05	+ 0,74	+ 1,92	+ 2,49	+ 0,84	+ 2,07	+ 2,07	+ 0,09	+ 0,07	+ 0,10	+ 0,28	+ 0,99	1,46	1,46	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47
Sonstige Investitionen	- 0,81	+ 0,21	- 0,21	+ 0,74	+ 0,84	+ 2,07	+ 0,09	+ 0,09	+ 0,07	+ 0,10	+ 0,10	+ 0,28	+ 0,99	1,46	1,46	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47
Offizielle Währungsreserven	+ 0,84	+ 0,42	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 1,03	- 0,37	- 0,37	- 0,89	+ 1,32	+ 1,08	- 0,10	+ 0,43	- 0,26	+ 0,46	+ 0,39	- 0,86	+ 0,44	+ 2,29	+ 0,49	+ 0,49	+ 1,06

<sup>1)</sup> Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. - <sup>2)</sup> Warenverkehr + Adjustierungen + Transithandel + Lohnveredelung + nicht aufteilbare Leistungen.

**Wechselkurse**

	2001				2002				2003												
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner							
Fremdwährung je ECU bzw. Euro)	1,13	1,12	1,07	0,92	0,90	0,94	0,90	0,88	0,92	1,16,49	1,17,27	1,22,47	1,27,63	1,16,31	0,98	0,98	1,00	1,02	1,06	1,08	1,08
Dollar	137,21	146,62	121,43	99,53	108,73	118,07	110,64	116,03	116,49	116,49	117,27	122,47	127,63	116,31	121,57	124,20	126,12	126,12	126,12	126,12	128,60
Yen	1,65	1,62	1,60	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47
Schweizer Franken	- 1,7	+ 2,8	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,2	- 0,3	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	.	.	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,5	4,5
Effektiver Wechselkurs	- 1,8	+ 0,5	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,9	- 0,4	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	.	.	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,2	4,2
Nominell	- 4,6	+ 2,3	- 1,1	- 3,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,4	- 1,3	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,5	.	.	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,1	+ 3,1	3,1
Industriewaren	- 4,3	+ 0,5	- 1,3	- 3,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,5	- 1,0	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,7	.	.	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,1	3,1

<sup>1)</sup> Bis 1998 ECU, ab 1999 Euro.

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## I. Quartal 2003

Abgeschlossen am 7. April 2003 • E-Mail Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Die USA bereiten einen Militärschlag gegen den Irak vor, obwohl der UNO Sicherheitsrat dieser Maßnahme nicht zustimmt. Frankreich und Deutschland lehnen einen Krieg im Irak ab, England, Spanien, Portugal, Italien, Ungarn, Polen und Dänemark unterstützen die Absicht der USA. Am 20. März beginnen die alliierten Streitkräfte den Krieg im Irak. Zur Deckung der Kriegskosten sehen die USA über 60 Mrd. \$ und Großbritannien über 1 Mrd. £ an zusätzlichen Budgetausgaben vor.

**1. Februar:** Die OPEC erhöht die bereits mit Jahresbeginn von 21,7 Mio. auf 23 Mio. Barrel pro Tag gesteigerte Rohölfördermenge auf 24,5 Mio. Barrel, um die durch die Streiks in Venezuela bedingten Ausfälle zu kompensieren.

**17. Februar:** Für die Einfahrt in die Londoner Innenstadt müssen Autofahrer an Werktagen eine "Congestion Charge" von 5 £ entrichten.

**7. März:** Die EZB senkt die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte. Der Satz der Einlagefazilität beträgt nun 1,5%, der Satz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 3,5%. Mit Wirkung vom 12. März wird der Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit 2,5% festgelegt.

**11. März:** Die Verhandlungen der UNO über eine Wiedervereinigung des griechischen und des türkischen Teils von Zypern scheitern. Somit wird nur der griechische Teil der Insel der EU beitreten.

**14. März:** Mit einer Regierungserklärung "Agenda 2010" vor dem Bundestag kündigt der deutsche Bundeskanzler Schröder eine wirtschaftspolitische Wende in Deutschland an. Im Rahmen eines Investitionsprogramms sollen in den kommenden zwei Jahren 15 Mrd. € für die private Wohnhaussanierung (7 Mrd. €) und für Infrastrukturprojekte der Gemeinden (8 Mrd. €) verwendet werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird diese Mittel über begünstigte Kredite verteilen. Die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialhilfe sollen zusammengelegt werden, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld soll für jüngere Arbeitslose auf 12 Monate und für über 55-Jährige auf 18 Monate beschränkt werden. Der Kündigungsschutz, der für Unternehmen mit mindestens 5 Beschäftigten gilt, wird möglicherweise gelockert: Kleinunternehmen könnten befristete Arbeitsverhältnisse außerhalb dieser Regelung abschließen.

**16.-23. März:** In Japan findet das 3. Kyoto-Welt-Wasser-Forum statt. Derzeit haben 1,4 Mrd. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Diskutiert wird, ob der Zugang zur knappen Ressource Trinkwasser völkerrechtlich bindend als Menschenrecht deklariert werden soll oder ob sich die Privatisierung der Versorgung als effizienter erweist (<http://www.world.water-forum3.com/>).

**20. März:** Die USA unternehmen Luftangriffe gegen den Irak.

**23. März:** Bei einem Referendum entscheidet sich in Slowenien 89% der Bevölkerung für den Beitritt zur EU und 66% für eine Teilnahme an der NATO.

### Ausland

OPEC

"Congestion Charge"

Leitzinsen

Wiedervereinigung Zypern

Regierungserklärung  
Deutschland

Kyoto-Welt-Wasser-Forum

Krieg gegen den Irak

EU-Erweiterung Slowenien

Kosten Irak-Krieg: USA

**25. März:** Zur Deckung der Kosten des Irak-Krieges beantragt der Präsident der USA, Bush, die Freigabe von 74,7 Mrd. \$ durch den Kongress. 62,6 Mrd. \$ werden für die Kriegsführung verwendet, 7,8 Mrd. \$ für das State Department; davon sollen 3,5 Mrd. \$ als humanitäre und Wiederaufbauhilfe in das Kriegsgebiet und der Rest als Beihilfe an verbündete Nationen im Nahen Osten sowie an Polen und Kolumbien gehen. 4,2 Mrd. \$ werden in den USA zur Sicherung gegen Terroraktionen verwendet. Ein Steuersenkungsprogramm, das bis 2013 726 Mrd. \$ umfassen sollte, wird vom Senat nur im halben Umfang (350 Mrd. \$) verabschiedet.

Kosten Irak-Krieg: Großbritannien

**27. März:** Der britische Schatzkanzler stellt für die Finanzierung des Krieges im Irak zusätzlich 1,25 Mrd. £ bereit. Der Spezialfonds des britischen Verteidigungsministeriums erhöht sich somit auf 3 Mrd. £. Für humanitäre Hilfe werden 120 Mrd. £ vorgesehen.

Defizitverfahren Frankreich

**2. April:** Mit einem Bericht wird der erste Schritt des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag gegen Frankreich gesetzt. Darin wird darauf hingewiesen, dass Frankreichs Budgetdefizit 2002 3,1% des BIP betrug und 2003 mit 3,4% des BIP den Referenzwert von 3% des EU-Vertrags überschreiten wird. Der öffentliche Schuldenstand wird aufgrund der schlechten Konjunkturlage 60% des BIP überschreiten.

## Österreich

Bundeskanzler Schüssel bildet eine weitere Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ. Dieser Entscheidung gingen lange Verhandlungen mit allen im Parlament vertretenen Parteien voraus. Das Regierungsprogramm sieht eine Pensionsreform, eine Steuerreform in zwei Etappen sowie Reformen der Arbeitsmarktverwaltung und der Krankenversicherung vor.

Betriebliches Mitarbeiter-vorsorgegesetz

**1. Jänner:** Das Betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz ("Abfertigung Neu") tritt für neu abgeschlossene Arbeitsverhältnisse in Kraft: Der Arbeitgeber ist verpflichtet, einen monatlichen Beitragssatz von 1,53% an die ausgewählte Mitarbeitervorsorgekasse zu leisten. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses besteht für den Arbeitnehmer ein Anspruch in der Höhe des angesparten Kapitals<sup>1)</sup>.

Das EU-Nachtarbeits-Anpassungsgesetz tritt in Kraft ([BGBl. I Nr. 122/2002](#)). Die Neuregelung lässt – nun EU-konform – längere Nachtarbeitszeiten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu.

Ausländerbeschäftigungs-Fremdengesetz

**1. Jänner:** Die Novelle des Fremden-Gesetzes 1997 (FrG-Novelle 2002), des Asylgesetzes 1997 (AsylG-Novelle 2002) und des Ausländerbeschäftigungsgesetzes – das "Ausländerbeschäftigungs-Fremdengesetz" – tritt in Kraft ([BGBl. I Nr. 126/2002](#)). Demnach ist die Erteilung der Erstniederlassungsbewilligung zu versagen, wenn der oder die Fremde nicht bereit ist, die Integrationsvereinbarung einzugehen. Diese sieht den Erwerb von Grundkenntnissen der deutschen Sprache vor, um am "gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Österreich" teilnehmen zu können.

Regierungsprogramm

**28. Februar:** Die Bundesregierung der 22. Gesetzgebungsperiode unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Herbert Haupt wird vom Bundespräsidenten angelobt. Zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten des Regierungsprogramms zählt eine Reform des Pensionssystems, des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung. Im Bereich des AMS sowie der Arbeitslosenversicherung sind die Überführung der Notstandshilfe in eine "Sozialhilfe Neu", arbeitsrechtliche Veränderungen wie der Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern, die weitere Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bezüglich der Entgeltfortzahlung sowie die Festlegung eines Mindestlohnes von 1.000 € pro Monat Vollzeitarbeit vorgesehen.

Die Sicherung des auf dem Umlageverfahren beruhenden Pensionssystems sowie die Schaffung eines einheitlichen Pensionssystems für alle Erwerbstätigen auf den Grundlagen des ASVG werden angestrebt. Das Regelpensionsalter soll auf 65 Jahre angehoben werden. Die betriebliche und die individuelle Altersversorgung ("zweite und dritte Säule") werden forciert.

<sup>1)</sup> Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23407](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23407), "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22924](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22924).

Im Bereich "Gesundheit und Pflege" strebt die Regierung eine Zusammenführung der Unfallversicherung und Krankenversicherung sowie eine Strukturreform der Gebietskrankenkassen an. Krankenscheingebühr und Ambulanzgebühr sollen durch Selbstbehalte ersetzt werden.

Die Forschungsquote soll bis 2006 auf 2,5% des BIP und bis 2010 auf 3% des BIP (EU-Ziel) angehoben werden. Zwei Tranchen von 600 Mio. € werden in dieser Gesetzgebungsperiode an Sondermitteln für Forschung, Technologie und Innovation bereitgestellt.

Die Regierung strebt über den Konjunkturzyklus unter folgender Wachstumsannahme einen ausgeglichenen Staatshaushalt an: 2003 +1,4%, 2004 +2,0%, 2005 und 2006 +2,5%. Vorgesehen sind Einsparungen von 1 Mrd. € im Bereich der Pensionen durch Dämpfung der Zuwächse, die Vermeidung der prognostizierten Defizite in der Krankenversicherung (1 Mrd. €) und die Fortführung der Verwaltungsreform (bis 2006 bis zu 1,3 Mrd. €). Kernstück dieses Programms ist eine grundlegende Steuerreform im Umfang von 3 Mrd. € (1,3% des BIP); sie soll eine Ökologisierung des Steuersystems bringen, indem der Ressourcenverbrauch belastet und der Faktor Arbeit entlastet wird. Die erste Etappe soll mit 1. Jänner 2004 in Kraft treten und mit einem Volumen von 1 Mrd. € Nettoentlastungen von über 500 Mio. € bewirken. In einer zweiten Etappe ab 2005 sind Nettoentlastungen von 2,5 Mrd. € geplant. Insgesamt soll die Abgabenquote auf 43% reduziert werden. Weitere Privatisierungen von Unternehmen der ÖIAG sowie eine Neuordnung der ÖBB sind vorgesehen.

Die Regierung bekennt sich zur Erweiterung der Europäischen Union und verpflichtet sich zur termingerechten Unterzeichnung und raschen Ratifikation des EU-Beitrittsvertrags.

**25. März:** Aufgrund von Kapitalknappheit wird die Hypo-Vereinsbank 25% der Anteile an der 2001 eingegliederten Bank Austria Creditanstalt an die Börse bringen.

Bank Austria Creditanstalt

**31. März:** Im Rahmen der Budgetbegleitgesetze legt die Bundesregierung Gesetzesentwürfe für die Reform von ASVG, GSVG, BSVG, der Beamtenpensionen sowie der Kranken- und Unfallversicherung zur Begutachtung vor. Die Pensionsreform sieht folgende Änderungen vor:

Pensionsreform

- Der Durchrechnungszeitraum für die Pensionsbemessungsgrundlage (derzeit 15 Jahre) wird ab 2004 um 12 Monate pro Jahr verlängert und soll 2028 40 Jahre erreichen.
- Beitragsjahre und Ersatzzeiten, die bisher mit einem Steigerungsbeitrag von 2% pro Jahr berücksichtigt wurden, werden ab 2004 nur noch mit 1,78% bewertet. Die Höchstpension kann somit erst nach 45 Jahren und nicht wie bisher nach 40 Jahren erreicht werden<sup>2)</sup>. Im Gesetzesentwurf für die öffentlich Bediensteten werden für Arbeitskräfte, die vor dem 1. Mai 1995 eingetreten sind, die bis 2003 erworbenen Zeiten mit 2% pro Jahr bewertet, die weiteren Jahre mit 1,429%. Auch Personen, die bis dahin weniger als 35 Versicherungsjahre (Gesamtdienstzeit) erworben haben oder später in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, benötigen künftig 45 Versicherungsjahre, um die bisher geltende Einkommensersatzrate von 80% zu erzielen.
- Der "Malus" bei vorzeitigem Pensionsantritt (bisher 3% pro Jahr) wird auf 4,2% pro Jahr (höchstens 14,7%) erhöht und ist von der Bruttopension abzuziehen. Gleichzeitig wird der "Bonus" auf 4,2% angehoben, um einen Anreiz für längere Erwerbstätigkeit zu schaffen.
- Die pensionsbegründenden Ersatzzeiten für Kindererziehung werden von 18 Monate auf 24 Monate pro Kind erhöht. Insgesamt werden jedoch höchstens 60 Monate an Erziehungszeiten angerechnet. Dadurch werden erziehungsbedingte Versicherungslücken geschlossen und der Erwerb eines eigenen Pensionsanspruchs für Frauen erleichtert.
- Die vorzeitige Alterspension wird ab 1. Juli 2004 schrittweise bis 2009 abgeschafft. Das effektive Pensionsantrittsalter soll 2004 um 4 Monate, 2005 um 6 Monate und

<sup>2)</sup> Davon ausgenommen ist die "Hacklerregelung" (siehe dazu weiter unten).

in den Jahren 2006 bis 2009 um jeweils 8 Monate steigen. Es soll dadurch beschleunigt an das Regelpensionsalter (60 Jahre für Frauen, 65 Jahre für Männer) herangeführt werden. Für öffentlich Bedienstete wird dann für Männer und Frauen das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 65 Jahren liegen.

- Die "Hacklerregelung" – nach der Männer mit 45 Beitragsjahren bzw. Frauen mit 40 Beitragsjahren mit 60 bzw. 55 Jahren in den Ruhestand treten können – wird bis 2005 beibehalten. Die Neuregelung sieht vor, dass die Summe der Steigerungsbeträge über die Beitragsjahre mit 80% trotz 45 (bzw. 40) Beitragsjahren begrenzt ist. Davon werden die jetzt höheren Abschläge abgezogen (höchstens 15%). Mit 2006 wird das Antrittsalter auch für diese Personengruppe auf 61,5 bzw. 56,5 Jahre angehoben; der Sozialminister wird ermächtigt, die Steigerungsbeträge in Etappen auf 1,78% zu senken.
- Die Inanspruchnahme der Altersteilzeit wird weiterhin geblockt möglich sein.
- Der Aufwand für den Nachkauf von Versicherungsjahren, die durch die Anhebung des Pensionsantrittsalters nicht ausgenützt werden können, wird zurückerstattet.
- Pensionsversicherungsbeiträge erwerbstätiger Pensionsbezieher wirken künftig pensionserhöhend.
- Ab 2004 erfolgt die erste Valorisierung der Neupension um 1 Jahr verzögert.

Die Ambulanzgebühr wird mit 1. April 2003 aufgehoben. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger wird aufgefordert, einheitliche Selbstbehalte in der Krankenversicherung vorzuschlagen.

Marcus Scheiblecker et al.

## Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum

**Nachdem in Österreich die Rezession des Jahres 2001 gegen Jahresende überwunden worden war, nahm die Dynamik der Wirtschaft im 1. Halbjahr 2002 deutlich zu. In der Folge verlor die Erholung jedoch an Kraft, und im IV. Quartal war das um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigte reale BIP bereits rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen wuchs die Wirtschaft 2002 in Österreich mit +1% nur wenig kräftiger als im Vorjahr (+0,7%).**

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

In den OECD-Ländern erholte sich die Wirtschaft 2002 nur sehr langsam von der schlechten Entwicklung im Jahr 2001. Für diese Ländergruppe ergeben die vorläufigen Berechnungen für 2002 eine BIP-Steigerung von 1,3% nach 0,8% im Jahr davor. Angesichts der geopolitischen Unsicherheiten im 2. Halbjahr 2002 kam die Investitionsnachfrage nicht in Gang, die üblicherweise die Basis einer Wachstumsbeschleunigung bildet. Vor dem Hintergrund der weiteren Kursverluste an den Weltbörsen trübte sich das Vertrauen der ökonomischen Akteure in die Weltwirtschaft ein.

In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum 2002 nach der Rezession des Jahres 2001 wieder auf 2,4%. Allerdings erwies sich dieser Aufschwung als nicht sehr robust, im Jahresverlauf bestätigten immer wieder wichtige ökonomische Indikatoren die Labilität der Entwicklung. Aus diesem Grund sah sich die Notenbank der USA mehrmals gezwungen, den Leitzins kräftig zu senken, um die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu stützen. Der Konsum der privaten Haushalte bildete auch 2002 die wichtigste Stütze der Konjunktur. Die von der Notenbank ermöglichte Verbilligung von Krediten gestattete den Herstellern langlebiger Konsumgüter, den Kunden nahezu zinsenlose Kredite einzuräumen. Zusätzlich erleichterte die nach dem abrupten Ende der Börsenhausse einsetzende Immobilienverteuerung, welche das Vermögen der Eigenheimbesitzer deutlich erhöhte, den privaten Haushalten die Konsumententscheidungen. Die Nachfrage nach Anlageinvestitionsgütern war hingegen im gesamten Jahresverlauf rückläufig, wenngleich schwächer als im vorangegangenen Rezessionsjahr. Die Dynamik der Investitionen reichte 2002 nicht aus, um einen nachhaltigen Aufschwung der Wirtschaft herbeizuführen. Die Unsicherheit über einen Krieg im Irak dürfte die Investitionsaktivitäten gedämpft haben.

Die Arbeitslosenquote stieg in den USA aufgrund des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und den unsicheren Aussichten kräftig. Gegen Jahresende erhöhte sie sich auf 6%, den höchsten Stand seit über sieben Jahren. Das bereits seit Jahren besorgniserregend hohe Leistungsbilanzdefizit vergrößerte sich auch im Jahr 2002. Neben dem durch die rege Konsumnachfrage ausgelösten Importsog trug der Dollarkursverfall seit Mitte 2002 deutlich zur Passivierung der Leistungsbilanz bei. Trotz des labilen Wachstums erwiesen sich die USA 2002 als einer der dynamischsten Wirtschaftsräume.

Der nun schon seit über zwei Jahrzehnten in einer Krise verharrenden japanischen Wirtschaft gelang auch 2002 keine Trendwende; das reale Bruttoinlandsprodukt er-

### Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

höhe sich im Jahresdurchschnitt um nur 0,3%. Zwar trug das Anziehen der Exportnachfrage gegen Jahresende zur Überwindung der Rezession bei, doch belasteten die schwache Konsumnachfrage und die Investitionskürzungen nach wie vor die Konjunktur. Diese Nachfragekomponenten wurden durch die auch 2002 anhaltende Deflation merklich gedämpft. Vor dem Hintergrund der schlechten Wirtschaftslage hielt der Beschäftigungsrückgang an, die Arbeitslosenquote stieg kontinuierlich und erreichte mit 5,4% eine für Japan ungewöhnlich hohe Marke.

*Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)*

*Zu Preisen von 1995*

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 0,1
Bergbau <sup>1)</sup>	- 0,9	+ 7,2	+ 10,0	+ 2,4
Sachgütererzeugung	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,2
Bauwesen	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,2
Handel <sup>2)</sup>	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 0,5
Kreditinstitute und Versicherungen	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 5,2
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3
Sonstige Dienstleistungen	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9
<b>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche<sup>5)</sup></b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 4,2</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>+ 0,6</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>+ 1,0</b>
Primärsektor	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 0,1
Sekundärsektor	+ 2,7	+ 4,5	- 0,1	+ 1,0
Tertiärsektor	+ 1,7	+ 4,3	+ 1,1	+ 0,5

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen sowie vor Zurechnung der Gütersteuern.

Im übrigen asiatischen Raum entwickelte sich die Wirtschaft 2002 trotz der Turbulenzen auf den internationalen Aktienmärkten, der Schwäche in den USA und Japan sowie der Turbulenzen in Lateinamerika relativ erfolgreich. Das starke Wirtschaftswachstum in China (fast +8%) und die lebhaftere Expansion in Südkorea und Malaysia machten diesen Wirtschaftsraum zum dynamischsten im abgelaufenen Jahr. Hingegen griff in Südamerika die in Argentinien durch Währungsturbulenzen ausgelöste Krise auf andere Staaten über. Brasilien geriet aufgrund einer Finanzkrise und politischer Turbulenzen in eine Rezession. Auch Uruguay und Paraguay konnten sich der Abwärtstendenz nicht entziehen. In Venezuela belasteten 2002 primär politische Unruhen die Konjunktur.

Die Wirtschaft der EU schien in der ersten Jahreshälfte 2002 nach der Konjunkturfalke wieder an Dynamik zu gewinnen. In der Folge beschleunigte sich die Expansion jedoch nicht weiter. Im Euro-Raum betrug das Wirtschaftswachstum 2002 nach vorläufigen Berechnungen 0,8%. Die Konjunkturschwäche ging weniger auf die geringe Auslandsnachfrage als vielmehr auf die ungünstige Entwicklung der Binnennachfrage zurück. Die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand war angesichts der durch den Wachstums- und Stabilitätspakt auferlegten Sparzwänge eher restriktiv, und die privaten Haushalte waren in ihren Konsumausgaben wegen der hohen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und der nahezu europaweiten Pensionsdiskussion äußerst zurückhaltend. Auch die Unternehmen sahen aufgrund der Verzögerung des internationalen Konjunkturaufschwungs und der anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten kaum Anreize zu einer deutlichen Ausweitung ihrer Investitionen.

Im Gegensatz zu den USA reagierte die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum nur sehr halbherzig und mit großer Verzögerung auf das Erlahmen des Aufschwungs. Die EZB

senkte ihren Leitzinssatz viel weniger als die Federal Reserve in den USA, obwohl die Wirtschaft im Euro-Raum viel langsamer wuchs. Während in den USA die Steuerbelastung gesenkt und die Staatsausgaben ausgeweitet wurden, veranlasste der Ausfall an Steuereinnahmen in der Folge der Konjunkturschwäche die europäischen Regierungen, ihre diskretionären Sparbemühungen zu verstärken, um das Defizit des Gesamtstaates nicht über die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Grenze von 3% steigen zu lassen. Die anhaltende Konjunkturflaute stoppte auch den in den letzten Jahren beobachteten Rückgang der Arbeitslosenquote in der Euro-Zone: Sie stieg 2002 auf über 8%, und die Beschäftigung wuchs kaum mehr. Aufgrund der gedämpften Wachstumsdynamik fiel die Inflation mit knapp über 2% im Jahresdurchschnitt sehr gering aus.

### Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,0
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9
Staat	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 1,3
Bruttoinvestitionen	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 4,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,8
Ausrüstungen	+ 4,7	+ 11,5	- 4,1	- 9,2
Bauten	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 1,2
Vorratsveränderung <sup>2)</sup>	Prozentpunkte + 0,5	- 0,7	- 0,5	+ 0,0
	Mrd. € 2,20	0,93	0,05	0,10
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,7	- 0,1	- 0,4
Exporte	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 2,6
Importe	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 0,0
Außenbeitrag	Prozentpunkte - 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die ungünstige Wirtschaftslage in der EU war primär auf die enttäuschende Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2%, die geringste Rate unter allen EU-Staaten. Hauptursachen hierfür waren die hohen Belastungen durch die Wiedervereinigung, die ausgeprägte Krise im Bausektor und der wirtschaftspolitische Reformstau. Auch der Bankenbereich litt erheblich unter den unsicher gewordenen Krediten und dem Mangel an Nachfrage nach dem früher lukrativen Geschäft mit Aktien und Investmentfonds. Italiens Wirtschaft dürfte mit einem Anstieg des realen BIP von 0,5% nur wenig stärker gewachsen sein als die Deutschlands. Auch hier verloren alle Binnenfragekomponenten an Dynamik. Wie die Nachbarländer erlitt auch die französische Wirtschaft Rückschläge, nachdem sich die Konjunktur 2001 als recht robust erwiesen hatte. Die expansive Wirkung des öffentlichen Konsums machte die Stagnation der Investitionen wett, die Wirtschaft wuchs um 0,8%.

Die schlechte Konjunkturlage in Westeuropa beeinträchtigte auch die Entwicklung in Ost-Mitteuropa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Slowakei). Das Wachstum dürfte sich gegenüber dem Vorjahr auf etwas unter 2% verringert haben. Am geringsten war es mit knapp 1% in Polen. Die Geldpolitik verfolgte dort einen restriktiven Kurs zur Eindämmung des Leistungsbilanzdefizits, durch den auch die Inflation deutlich gebremst werden konnte. Trotz der Verlangsamung der Steigerung der Auslands- und Inlandsnachfrage expandierte die ungarische Volkswirtschaft um über 3%. Als Konjunkturstütze erwiesen sich hier die Investitionen aus dem Ausland, aber auch das Bauprogramm der Regierung. In der tschechischen Wirtschaft waren ebenfalls Schwächetendenzen zu beobachten. Zwar entwickelte sich hier die private und öffentliche Konsumnachfrage lebhaft, doch wuchsen die Investitionen kaum mehr; das reale BIP dürfte 2002 gegenüber dem Vorjahr um nur gut 2% gestiegen sein.

## Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahresverlauf abermals verlangsamt

In Österreich lag das Wirtschaftswachstum 2002 mit rund 1% nur unwesentlich über dem Vorjahreswert. Das 1. Halbjahr verlief relativ günstig, und ein Aufschwung schien in Gang zu kommen; im weiteren Jahresverlauf ließen aber die Auftriebskräfte merklich nach. Zur Jahresmitte trübte sich die Stimmung der Unternehmen wieder ein – vor allem eine Reaktion auf die internationale Börsenkrise und die anhaltend unsichere internationale Konjunktur. Die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 beeinträchtigte ebenfalls die heimische Produktion.

Am deutlichsten zeigten sich die Konjunkturschwäche und die anhaltend pessimistische Zukunftseinschätzung der österreichischen Unternehmen im kräftigen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen real um knapp 5%. Sowohl die Investitionen in Maschinen und Elektrogeräte (–9,5%) als auch jene in Fahrzeuge (–8,2%) wurden erheblich reduziert. Auch die Bauinvestitionen waren rückläufig (–1,2%), allerdings wesentlich weniger als andere Investitionskategorien.

### Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2002 Mrd. €	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	216,83	+ 2,3
Minus Exporte	113,04	+ 1,7
Plus Importe	110,44	– 0,7
Inländische Verwendung	214,24	+ 1,1
Konsumausgaben insgesamt	166,41	+ 2,6
Private Haushalte <sup>1)</sup>	124,96	+ 2,8
Staat	41,45	+ 2,2
Bruttoinvestitionen	47,24	– 3,8
Bruttoanlageinvestitionen	47,14	– 4,1
Ausrüstungen	17,67	– 9,6
Bauten	27,49	± 0,0
Vorratsveränderung <sup>2)</sup>	0,10	
Statistische Differenz	0,59	

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

### Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens 2002

	2002 Mrd. €	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	111,79	+ 1,9
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	77,90	+ 2,4
Produktionsabgaben minus Subventionen	27,14	+ 4,3
Bruttoinlandsprodukt	216,83	+ 2,3
Primäreinkommen an die übrige Welt	17,62	– 7,8
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	15,34	+ 2,0
Bruttonationaleinkommen	214,55	+ 3,3
Minus Abschreibungen	32,29	+ 3,7
Nettonationaleinkommen	182,26	+ 3,2
Laufende Transfers an die übrige Welt	3,99	+ 20,6
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,76	+ 3,1
Verfügbares Nettonationaleinkommen	181,02	+ 2,8

Q: WIFO-Berechnungen.

Mit einer realen Ausweitung um rund 1% lieferten sowohl die öffentliche als auch die private Konsumnachfrage keinen Beitrag zu einem Aufleben der heimischen Konjunktur. Die Konsumenten waren angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage und der Unsicherheiten über ihre künftige finanzielle Situation (auch infolge der Pensionsdebatte) bezüglich Neuanschaffungen sehr zurückhaltend. Der Konsum der privaten

Haushalte stieg 2002 real um 0,9%, nach +1,5% im Jahr zuvor. Der öffentliche Konsum wuchs hingegen mit real +1,3% stärker als 2002 (-0,5%).

Der Außenbeitrag erwies sich im Jahr 2002 als Konjunkturstütze. Zwar fiel das Exportwachstum mit real +2,6% mäßig aus; wegen der Schwäche der heimischen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stagnierte aber der Import ( $\pm 0,0\%$ ). Als Konsequenz verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit, und erstmals seit über einem Jahrzehnt war der Saldo ausgeglichen. In geringem Maß war auch der höhere Dollarkurs des Euro maßgebend, welcher einen Großteil der Importe aus Drittländern verbilligte.

Der Warenexport wurde real um 5,5% gesteigert. Die Dienstleistungsausfuhr fiel hingegen trotz der deutlichen Ausweitung der Tourismusexporte um real 4,5% um 3,6% geringer aus als im Vorjahr. Die Wareneinfuhr lag real um 1,1% unter dem Niveau des Jahres 2001, die Dienstleistungsimporte übertrafen das Vorjahresergebnis hingegen um 2,7% (Reiseverkehrsimport -3,4%).

Wertschöpfungseinbußen verzeichnete im Jahr 2002 nur der Bereich der Banken und Versicherungen (-5,2%). Der Ertragsrückgang der Banken resultierte vor allem aus dem Wertpapierbereich; die Versicherungen verzeichneten, u. a. wegen des Hochwassers im Sommer, eine Zunahme der Schadenszahlungen.

Die Verbraucherpreise stiegen 2002, gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex, um 1,8% – dank der Beruhigung der Energiepreise in der ersten Jahreshälfte um fast 1 Prozentpunkt langsamer als 2001. Die Bargeldeinführung des Euro machte sich nur teilweise in Form von Preiserhöhungen bemerkbar, etwa im Bereich der persönlichen Dienstleistungen und einiger Güter des täglichen Bedarfs. Ausgabenpositionen mit großem Gewicht im Warenkorb wie z. B. Mieten und Energie verteuerten sich erwartungsgemäß anlässlich der Einführung des neuen Bargeldes nicht überproportional. Der harmonisierte europäische Verbraucherpreisindex wies im Jahresdurchschnitt 2002 einen Anstieg um 1,7% aus. Damit lag Österreich unter den Euro-Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate an dritter Stelle nach Deutschland (+1,3%) und Belgien (+1,6%).

Die Konjunkturschwäche verschlechterte die Arbeitsmarktlage 2002 abermals. Die Zahl der Arbeitsplätze war im Jahresdurchschnitt 2002 um fast 15.000 (-0,5%) niedriger als im Vorjahr. Besonders betroffen waren neben der Sachgüterproduktion (-2,5%) das Bauwesen (-2,8%) und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen (-1,8%). In der öffentlichen Verwaltung hält der Beschäftigungsrückgang seit 2000 an (2002 -1%). Da sich das Arbeitskräfteangebot trotz der Konjunkturschwäche erhöhte, nahm die Zahl der Arbeitslosen mit fast +29.000 ungewöhnlich kräftig zu. Diese Entwicklung ging auf die Zunahme des Angebotes von ausländischen Arbeitskräften und die Anhebung des Antrittsalters für die Frühpension zurück. Nach österreichischer Berechnung stieg die Arbeitslosenquote von 6,1% im Vorjahr auf 6,9% im Jahresdurchschnitt 2002. Nach Eurostat-Definition erhöhte sie sich von 3,6% auf 4,3%. Österreich wies damit nach wie vor eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU auf.

Nach einem Überschuss von 0,3% des nominellen BIP im Jahr 2001 wies der Staatshaushalt 2002 wieder ein Defizit von 0,6% auf; laut ESVG 1995 (ohne Berücksichtigung von Swap-Transaktionen) betrug das Defizit 0,8% des nominellen BIP. Dennoch fiel der Fehlbetrag deutlich niedriger aus als erwartet, weil sich die Steuereinnahmen trotz schwacher Konjunktur günstig entwickelten und Unterstützungen für Hochwasseropfer geringer ausfielen als vorgesehen. Begünstigt wurde das Ergebnis allerdings auch durch die periodengerechte Aufteilung des Zinsaufwands und der Eigenmittelaufzahlungen an die EU, durch die diese Ausgaben geringer ausfielen als auf Cash-Basis.

---

### **Inflationsdämpfung trotz Euro-Bargeldeinführung**

---

### **Anspannung auf dem Arbeitsmarkt**

---

### **Gesamtstaatliches Defizit von 0,6% des nominellen BIP**

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Arbeitsmarktangebot</b>				
Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	+ 0,4	± 0,0	+ 0,7	+ 1,0
Angebot an Unselbständigen <sup>2)</sup>	+ 0,5	- 0,0	+ 0,7	+ 1,1
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	+ 6,7	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,9
<b>Arbeitsmarktnachfrage</b>				
Aktiv Erwerbstätige <sup>4)</sup>	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5
Sachgütererzeugung <sup>5)</sup>	- 0,7	± 0,0	+ 0,2	- 2,5
Ausländische Arbeitskräfte	+ 2,6	+ 4,4	+ 3,0	+ 1,6
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	- 2,0	± 0,0	+ 1,0	- 2,4
Erwerbsquote (brutto) <sup>6)</sup>	+ 45,7	+ 45,6	+ 45,8	+ 46,2
Erwerbsquote <sup>7)</sup>	+ 67,6	+ 67,3	+ 67,5	+ 67,9
<b>Arbeitsstückkosten<sup>8)</sup></b>				
Gesamtwirtschaft	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,7
Sachgütererzeugung	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,2
<b>Arbeitsproduktivität</b>				
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 1,3	+ 2,8	± 0,0	+ 1,4
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten <sup>9)</sup>	+ 3,9	+ 6,5	+ 0,9	+ 2,7
Je geleistete Stunde	+ 5,2	+ 6,6	+ 0,2	+ 2,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – <sup>1)</sup> Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose. – <sup>2)</sup> Unselbständige + Arbeitslose. – <sup>3)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>4)</sup> Angebot ohne Arbeitslose, ohne Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler. – <sup>5)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>6)</sup> Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – <sup>7)</sup> Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – <sup>8)</sup> Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3
Exportpreise Waren	- 0,6	+ 2,2	- 0,9	- 1,4
Importpreise Waren	- 0,1	+ 3,5	- 0,7	- 1,4
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 17,0	+ 51,8	- 8,5	- 4,2
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	± 0,0	- 0,9	- 0,2	- 0,2
Waren	- 0,4	- 1,2	- 0,2	- 0,1
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup> in der Gesamtwirtschaft	+ 3,7	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9
Je Beschäftigten	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Exporte, Waren</b>				
Nominell	+ 7,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,1
Real	+ 7,7	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,5
<b>Importe, Waren</b>				
Nominell	+ 6,7	+ 14,7	+ 5,0	- 2,2
Real	+ 6,9	+ 10,9	+ 5,7	- 0,9
Terms-of-Trade	- 0,4	- 1,2	- 0,2	- 0,1
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 5,05	- 5,24	- 4,44	+ 0,32
in % des BIP	- 2,6	- 2,5	- 2,1	+ 0,1
Leistungsbilanz Accrual <sup>1)</sup>				
Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 4,65	- 0,91
in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 2,2	- 0,4

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> 2002: Schätzung des WIFO.

Marcus Scheiblecker ([Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at))  
Statistik: Martha Steiner ([stein@wifo.ac.at](mailto:stein@wifo.ac.at))

Im Jänner und Februar 2002 wurde der Österreichische Schilling gegen den Euro ausgetauscht. Die Umstellung wurde von den Kreditinstituten und der Oesterreichischen Nationalbank reibungslos vorgenommen. Bereits nach wenigen Wochen erfolgten die meisten Bargeld-Transaktionen in Euro. Im europäischen Vergleich nahm Österreich damit eine Spitzenposition ein. Die OeNB bot in ihren Niederlassungen bis zum 31. März 2002 einen kostenlosen Umtausch von Banknoten aus der übrigen Euro-Zone an. Seit dem 1. April 2002 ist der Umtausch nur mehr in der jeweiligen Nationalbank möglich. Trotz mehrerer zum Teil auch in den Medien stark beworbener Spendenaktionen und mobiler Umtauschbusse der OeNB waren am Jahresende 2002 noch immer 8,7 Mrd. S an Banknoten im Umlauf. Die Banknoten der letzten Serie sind bei der OeNB zeitlich unbegrenzt in Euro umtauschbar. Für ältere Serien gelten die bereits vorher fixierten Beschränkungen des Umtauschzeitraums.

Die Zinspolitik des Eurosystems war 2002 durch eine abwartende Haltung geprägt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren in der Euro-Zone durch unerwartet niedriges Wirtschaftswachstum und in der zweiten Jahreshälfte zunehmende Inflationsraten gekennzeichnet. Im Jahresverlauf wurden die Wachstumsprognosen internationaler Institutionen für die Euro-Zone schrittweise um bis zu 1,3 Prozentpunkte gesenkt. Gleichzeitig blieb die Inflation im Euro-Währungsgebiet gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex mit Ausnahme des Juni-Wertes über dem angestrebten Höchstwert von 2%.

Die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank weist der Entwicklung der Geldmenge ("erste Säule der Geldpolitik") einen herausragenden Stellenwert zu. Das Wachstum der Geldmenge M3 schwankte im Jahr 2002 zwischen 6,8% und 8% und lag damit deutlich über dem Referenzwert von +4,5%. In ihrer jährlichen Überprüfung des Referenzwertes für die Geldmengenentwicklung behielt die EZB auch für 2003 diesen Wert bei. Als Grundlage dieser Entscheidung wurde angeführt, dass die Geldnachfragefunktion für M3 in der Euro-Zone stabil sei, die Wachstumsrate für das Potential-BIP bei 2% bis 2,5% liege und sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Euro-Zone gleichmäßig um etwa 0,5% bis 1% pro Jahr verringere. Unter diesen Bedingungen ist die Wachstumsrate des Geldmengenaggregates M3 von 4,5% im Jahresdurchschnitt nach Ansicht der EZB mittelfristig mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar.

Die reichliche Ausstattung der Wirtschaft mit Liquidität beeinflusste 2002 die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rates kaum. In allen Veröffentlichungen wies die EZB darauf hin, dass die hohe Unsicherheit auf den Finanzmärkten laufende Umschichtungen in den Portfolios privater Haushalte und Unternehmen zugunsten monetärer Anlageformen bewirke. Zusätzlich verursachte der anhaltende Wertverfall von Anteilswerten und Unternehmensanleihen im Ausland eine gleichgerichtete Umschichtung im Portfolio institutioneller Anleger.

Im Spannungsverhältnis zwischen Wachstumsabschwächung und Verfehlung der monetären Zielgrößen ließ der EZB-Rat 2002 eine Straffung der Geldpolitik in Form der Euro-Aufwertung gegenüber dem Dollar zu. Ab Februar wertete der Euro bis zum Jahresende um etwa 17% auf. Simulationen mit dem Interlink-Modell der OECD zeigen, dass dies einer Anhebung der kurz- und langfristigen Zinsen in der Euro-Zone um etwa ¾ Prozentpunkte gleichkommt<sup>1)</sup>. Erst Anfang Dezember 2002 wirkte der EZB-Rat der impliziten Straffung der Geldpolitik durch eine Zinssenkung um ½ Prozentpunkt entgegen. Damit wurde die wachstumsdämpfende Wirkung der Euro-Aufwertung nicht vollständig ausgeglichen.

Die abwartende Haltung des EZB-Rates angesichts der Verschlechterung der Wachstumsaussichten bei gleichzeitig niedriger Inflationsgefahr wurde wiederholt kritisiert<sup>2)</sup>. Zugleich wurde eine Neudefinition der Ziele des Eurosystems vorgeschlagen. Besonders die erste Säule der geldpolitischen Strategie in Form des Referenz-

## Stabile Leitzinsen trotz verschlechterter Konjunkturaussichten

*Im ersten Jahr der Verwendung von Euro-Münzen und -Banknoten konzentrierte sich die europäische Geldpolitik vor allem auf den reibungslosen Umstieg auf die neue Währung. Das Spannungsfeld zwischen im Jahresverlauf sinkenden Wachstumserwartungen, gleichbleibend hohen Inflationserwartungen und einem Geldmengenwachstum über dem Referenzwert sowie die anhaltende Baisse auf den internationalen Aktienmärkten bewirkten eine abwartende Haltung im EZB-Rat. Die Finanzkrisen des Jahres 2001 wurden durch eine Vertrauenskrise bezüglich der Glaubwürdigkeit der Rechnungslegung von Unternehmen in den USA abgelöst.*

## Erste Senkung der Leitzinssätze im Dezember 2002

<sup>1)</sup> Dalsgaard, T., André, C., Richardson, P., "Standard Shocks in the OECD Interlink Model", OECD Economic Department Working Paper, 2001, (306).

<sup>2)</sup> Etwa von Begg, D., Canova, F., Fatás, A., DeGrauwe, P., Lane, P. R., Monitoring the European Central Bank 4, Update, Centre for Economic Policy Research, London, 2002.

wertes für das Geldmengenwachstum gibt Anlass zur Kritik. Die Verletzung des Referenzwertes hält nun schon seit Inkrafttreten des Eurosystems an und muss von der EZB laufend begründet werden. Die Annahme einer stabilen Geldnachfragefunktion ist angesichts der hohen Liquiditätsnachfrage der letzten Jahre zunehmend fragwürdig. Dies mindert die Glaubwürdigkeit des EZB-Rates und engt dessen Handlungsspielraum ein. Deshalb fordern *Begg et al.* (2002) die vollständige Aufgabe der ersten Säule und eine Konzentration auf das Inflationsziel.

Übersicht 8: Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlage- fazilität	Spitzen- refinanzie- rungsfazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäft		Basiszinssatz <sup>1)</sup>	Referenz- zinssatz <sup>1)</sup>
			Mengen- tender	Zinstender In %		
9. Februar 2000	2,25	4,25	3,25	–	2,50	4,25
17. März 2000	2,50	4,50	3,50	–	3,00	4,75
28. April 2000	2,75	4,75	3,75	–	3,00	4,75
9. Juni 2000	3,25	5,25	4,25	–	3,75	5,50
28. Juni 2000	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
1. September 2000	3,50	5,50	–	4,50	3,75	5,50
6. Oktober 2000	3,75	5,75	–	4,75	4,25	6,00
11. Mai 2001	3,50	5,50	–	4,50	4,25	6,00
31. August 2001	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
18. September 2001	2,75	4,75	–	3,75	3,25	5,00
9. November 2001	2,25	4,25	–	3,25	2,75	4,50
6. Dezember 2002	1,75	3,75	–	2,75	2,75	4,00
11. Dezember 2002	1,75	3,75	–	2,75	2,20	4,00

Q: OeNB. – <sup>1)</sup> Früher Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB.

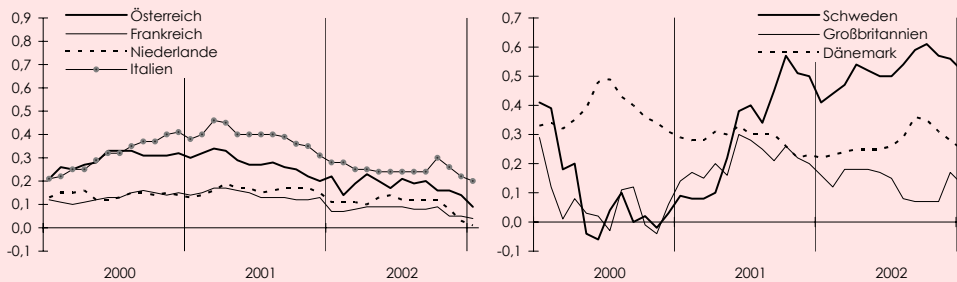
## EZB überprüft geld- politische Strategie

Alternative Vorschläge betreffen die quantitative Festlegung von Preisstabilität in der geldpolitischen Strategie. Die derzeitige Formulierung einer Obergrenze für die Veränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex in der Euro-Zone von +2% im Vorjahresvergleich zieht eine niedrige Schranke zur ausreichenden Anpassung der relativen Preise zwischen Gütern, Dienstleistungen und Löhnen und erschwert die rasche Reaktion der Leitzinsen auf Änderungen der Wachstumserwartungen, solange das Inflationsziel verletzt ist. Anstelle des oberen Grenzwertes könnte ein Durchschnittswert angestrebt werden. Der Präsident der EZB, Wim Duisenberg, bemerkte Mitte Februar in seiner Stellungnahme vor dem Europäischen Parlament, dass der EZB-Rat derzeit eine Bewertung der geldpolitischen Strategie vornehme.

Die langfristigen Renditen blieben im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Sekundärmarktrendite für deutsche Bundesanleihen (Benchmark, Laufzeit von 10 Jahren) betrug im Jahresdurchschnitt 4,78% (2001: 4,8%). Im Frühsommer stieg der Satz auf Spitzenwerte und ging danach wieder zurück. Gegen Jahresende schrumpften die Zinsdifferenziale anderer Euro-Länder zu Deutschland (ohne Luxemburg) auf 0,03 bis 0,25 Prozentpunkte. In Österreich lag die Sekundärmarktrendite im Dezember 2002 mit einem Zinsabstand von +0,14 Prozentpunkten knapp über dem Durchschnitt der Währungsunion. Die EU-Länder außerhalb der Euro-Zone weisen hingegen einen Aufschlag von bis zu ½ Prozentpunkt auf. Der sinkende Zinsabstand gegenüber deutschen Bundesanleihen ist weniger der zunehmenden Liquidität von Anleihen kleinerer Euro-Länder zuzuschreiben als vielmehr durch die Wachstumskrise in Deutschland und den vermehrten Kapitalbedarf des öffentlichen Sektors begründet.

Abbildung 1: Renditedifferenzen zu Deutschland für Staatspapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Prozentpunkte

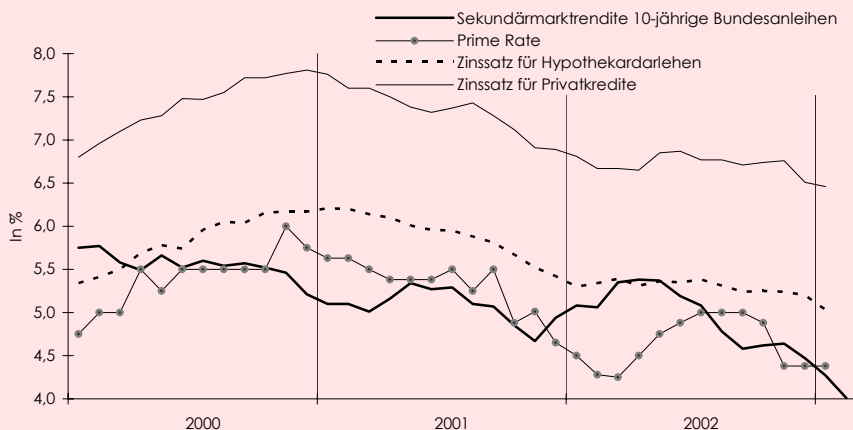


Q: OeNB.

Im Gegensatz zu den Anleihezinsen sank der Zinssatz für Kredite an Geschäftskunden erster Bonität (Prime Rate) gegenüber dem Vorjahr, und zwar um etwas mehr als  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt auf 4,65%. Mit Ausnahme der Überziehungen von Gehalts- und Pensionskonten vollzogen die Zinssätze der meisten Ausleihungsformen der Kreditinstitute diese Entwicklung im gleichen Ausmaß mit. Damit verringerten sich die Finanzierungskosten der privaten Haushalte und Unternehmen.

**Finanzierungskosten der privaten Haushalte und Unternehmen sinken 2002 um etwa  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt**

Abbildung 2: Zinssatzentwicklung in Österreich



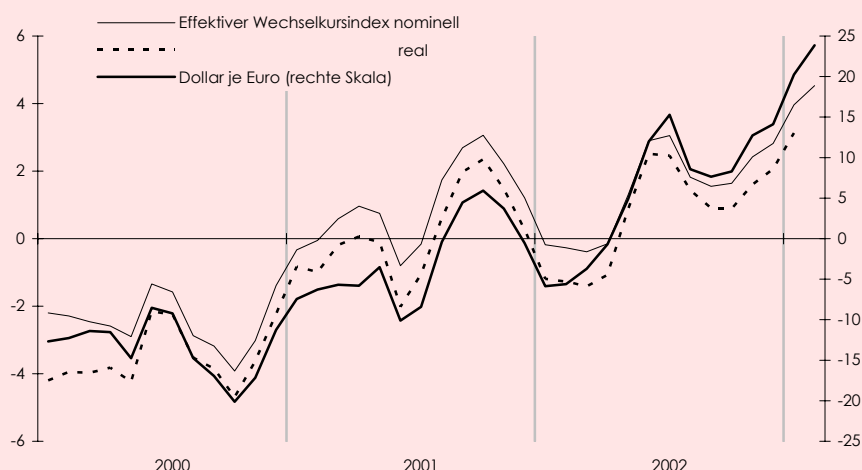
Q: OeNB.

Die Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkurses ist durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar geprägt. Mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer nahm der Außenwert des Euro ab Februar 2002 durchgehend zu. Insgesamt entstand dadurch eine durchschnittliche nominell-effektive Aufwertung um 1,4%. Die Steigerung des nominell-effektiven Wechselkurses war im Vergleich zum Dollarkurs relativ schwach, weil sie auf Jahresdurchschnittswerten beruht, das Gewicht des Dollars im Wechselkursindex vergleichsweise klein ist und der Euro gegenüber den Währungen anderer wichtiger Handelspartner wie etwa Tschechien, Ungarn und der Schweiz abwertete. Besonders groß war 2002 mit  $-30,3\%$  wieder der Wertverlust der türkischen Lira. Da die Inflationsrate in Österreich etwas niedriger war als im Ausland, fiel die real-effektive Aufwertung geringer aus (2002:  $+0,6\%$ ). Damit verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Vorjahresvergleich kaum.

*Die nominell-effektive Aufwertung des Euro um 1,4% hatte nur eine geringfügige Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produzenten zur Folge.*

Abbildung 3: Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

### Leistungsbilanz 2002 nahezu ausgeglichen

2002 war die österreichische Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen. Auf Grundlage der Zahlungsströme (Cash-Basis) lag für das Jahr 2002 insgesamt ein geringfügiger Überschuss von 0,8 Mrd. € vor. Die auf dem Accrual-Prinzip beruhenden Werte sind erst bis zum III. Quartal 2002 verfügbar. Sie zeigen ein Defizit von 0,8 Mrd. €. Erste Schätzungen des WIFO lassen für das Jahr 2002 insgesamt ein Defizit von 0,4% des Bruttoinlandsproduktes erwarten<sup>3)</sup>. Das ausgeglichene Bild im Außenhandel entstand vor allem durch die Zunahme der Güterexporte bei rückläufigen Güterimporten.

Übersicht 9: Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1998	1999	2000	2001	2001 I. bis III. Quartal	2002 I. bis III. Quartal
	Mrd. €					
Leistungsbilanz	- 4,7	- 6,3	- 5,4	- 4,7	- 3,6	- 0,8
Güter	- 3,3	- 3,4	- 3,0	- 1,5	- 1,6	2,7
Dienstleistungen	2,1	1,6	1,7	1,4	1,6	- 0,8
Einkommen	- 1,8	- 2,7	- 2,7	- 3,3	- 2,6	- 1,4
Laufende Transfers	- 1,7	- 1,9	- 1,4	- 1,3	- 1,0	- 1,3
Vermögensübertragungen	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Kapitalbilanz	5,5	6,6	4,7	4,2	3,3	- 2,8
Direktinvestitionen	1,6	- 0,3	3,4	3,2	2,2	- 3,6
Im Ausland	- 2,5	- 3,1	- 6,2	- 3,4	- 2,8	- 4,8
In Österreich	4,1	2,8	9,6	6,6	5,0	1,2
Portfolioinvestitionen	5,9	- 2,6	3,2	5,2	0,0	- 3,6
Ausländische Wertpapiere	- 10,1	- 27,2	- 29,2	- 13,3	- 11,9	- 22,4
Inländische Wertpapiere	16,0	24,7	32,4	18,4	11,9	18,8
Sonstige Investitionen	0,7	7,9	- 2,5	- 5,9	- 1,5	3,9
Finanzderivate	0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	0,6	- 1,1
Offizielle Währungsreserven	- 2,9	2,0	0,8	2,1	2,0	1,7
Statistische Differenz	- 0,5	- 0,0	1,2	1,0	0,6	3,8

Q: OeNB.

<sup>3)</sup> Die Zahlungsbilanzstatistik für das gesamte Jahr 2002 wird von der OeNB Ende April 2003 bekannt gegeben. Die auf Zahlungsströmen beruhenden Daten werden bis dahin um die Außenhandelsdaten von Statistik Austria, Veränderungen der Handelskredite, periodengerechte Abgrenzung der Einkommen aus Direkt- und Portfolioinvestitionen usw. ergänzt. Die Ergebnisse können deshalb beträchtlich von den derzeit vorliegenden abweichen.

Die Verringerung des Abgangs in der Einkommensbilanz ist ebenfalls auf eine Abnahme der Ausgänge zurückzuführen. In der Einkommensbilanz werden die grenzüberschreitenden Ströme an Erwerbs- und Vermögenseinkommen zusammengefasst. Die Verminderung der Ausgänge resultiert insbesondere aus einem Abbau der Kapitalerträge von Ausländern in Österreich. Dadurch halbierte sich der Saldo der Vermögenseinkommen nahezu.

Im Bereich der Dienstleistungen war 2002 eine weitere Passivierung der Außenhandelsbilanz zu beobachten. Während das Jahr für den Reiseverkehr durchaus erfolgreich verlief, war in anderen Komponenten ein Anstieg des Abgangs zu verzeichnen. 2002 ergab sich in der Position "Nicht aufteilbare Leistungen" auf der Exportseite ein Einbruch. Gleichzeitig nahmen die Ausgänge nicht im selben Ausmaß ab, sodass der kumulierte Abgang in dieser Position von -3 Mrd. € (I. bis III. Quartal 2001) auf -5,7 Mrd. € (I. bis III. Quartal 2002) stieg. Diese Entwicklung könnte durch eine unschärfere Abgrenzung zwischen Güter- und Dienstleistungshandel verursacht worden sein. Wie in der Vergangenheit zeigt die Zusammenfassung der Güterströme mit den nicht aufteilbaren Leistungen ein wesentlich ruhigeres Bild.

Die laufenden Transfers umfassen in erster Linie die internationalen Transaktionen des öffentlichen Sektors. Der größte Teil davon wird seit dem EU-Beitritt durch die Überweisungen zwischen der EU und Österreich bestimmt. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres nahm der Abgang in dieser Position um ein Viertel zu. Nach vorläufigen Informationen des Finanzministeriums nahm der Saldo der öffentlichen EU-Transfers 2002 um 120 Mio. € ab – vor allem wegen steigender Rückflüsse. Andere Sektoren waren demnach für diese Entwicklung maßgebend.

Die Kapitalbilanz drehte sich 2002. Nach einem Kapitalimport von etwa 3 Mrd. € im Jahr 2001 wurde ein Kapitalexport in ungefähr derselben Höhe ausgewiesen. Steigende Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland und die Rückkehr der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich zum gewohnten Niveau waren dafür bestimmend. Die ausländischen Bruttoinvestitionen in Österreich übertrafen kaum die Desinvestitionen. Vom Umfang her wesentlich bedeutender sind die Portfolioinvestitionen. Die kumulierten Portfolioinvestitionen Österreichs im Ausland verdoppelten sich in den ersten drei Quartalen 2002, während die Importe um etwas mehr als die Hälfte zunahmen. Die Direktinvestitionen und die Portfolioinvestitionen werden traditionell durch die Entwicklung im IV. Quartal dominiert; die Werte der Cash-Bilanz liegen für das gesamte Jahr 2002 bereits vor und deuten eine Verstärkung des beschriebenen Musters an.

Die in den letzten Jahren gleichförmige Entwicklung der offiziellen Währungsreserven setzte sich fort. Der Abgang an Reserven dürfte 2002 insgesamt etwa dieselbe Größenordnung erreichen wie 2001. Im Gegensatz zu den Vorjahren leistet die Statistische Differenz 2002 wieder einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Leistungsbilanz.

In der Kreditwirtschaft wirken sich nunmehr die Konsolidierungsschritte der letzten Jahre auf das Vertriebsnetz aus. Die Zahl der Hauptanstalten (897) und jene der Zweiganstalten (4.471) nahm gegenüber dem Vorjahr ab; zum 31. Dezember 2002 waren mit 75.779 um 594 Personen weniger beschäftigt.

Die Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute war durch das schwache Wirtschaftswachstum, sinkende Aktienkurse, die weiterhin niedrige Sparquote, die geringe Investitionstätigkeit sowie den leichten Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geprägt. Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute schrumpfte durch die Konsolidierung zweier Großbanken 2002 zum ersten Mal, seitdem elektronische Daten verfügbar sind (1960). Wie im Vorjahr war die Geschäftsdynamik vor allem durch das Inlandsgeschäft bestimmt. Das Auslandsgeschäft auf der Aktivseite der Bilanz blieb etwa konstant. Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich vom Ausland zum Inland. Die Auslandspassiva nahmen um 10,1 Mrd. € ab und trugen damit auf der Passivseite den Großteil des Rückgangs der Bilanzsumme. Der Bestand an inländischen Bankenemissionen in Händen ausländischer Anleger sank trotz positiver Bewertungseffekte.

*Trotz des Rückgangs der Nettoüberweisungen an den EU-Haushalt nahm der Abgang in der Transferbilanz um ein Viertel zu.*

**Drehung der Kapitalbilanz: Österreich wird Kapitalexporteur**

**Konsolidierung im Kreditwesen bewirkt Ausdünnung des Filialnetzes**

Übersicht 10: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2000	2001 Mrd. €	2002	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001	2002
<b>Aktiva</b>						
Inländische Wertpapiere	53,0	50,7	50,5	- 0,4	- 4,4	- 0,4
Anteilswerte	16,0	15,8	16,6	+ 6,3	- 1,2	+ 5,4
Festverzinsliche Wertpapiere	37,0	34,9	33,8	- 3,1	- 5,9	- 3,0
Direktkredite	224,9	232,8	235,5	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2
An den öffentlichen Sektor	29,7	28,3	28,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,2
An Unternehmen	127,1	131,6	129,3	+ 9,2	+ 3,5	- 1,8
An private Haushalte	59,2	62,8	66,9	+10,0	+ 6,0	+ 6,6
Euro-Kredite	185,4	190,5	191,2	+ 4,3	+ 2,7	+ 0,3
Fremdwährungskredite	39,5	42,3	44,3	+19,4	+ 7,2	+ 4,9
Auslandsaktiva	157,8	156,3	155,3	+20,2	- 0,9	- 0,7
<b>Passiva</b>						
Sichteinlagen	34,5	37,3	40,8	+14,4	+ 8,2	+ 9,3
Termineinlagen	18,3	24,1	20,8	+12,5	+31,8	-13,8
Spareinlagen	119,7	125,4	127,6	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8
Bauspareinlagen	15,1	15,3	15,2	+ 3,6	+ 1,6	- 0,6
Fremdwährungseinlagen	3,3	2,7	2,4	+ 7,3	-19,1	- 9,3
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	52,2	54,4	54,0	+11,0	+ 4,2	- 0,6
Auslandspassiva	174,7	174,2	164,1	+18,7	- 0,3	- 5,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>562,7</b>	<b>587,7</b>	<b>573,3</b>	<b>+ 7,3</b>	<b>+ 4,5</b>	<b>- 2,5</b>

Q: OeNB.

Abbildung 4: Internationale Börsenindizes

Jänner 2000 = 100



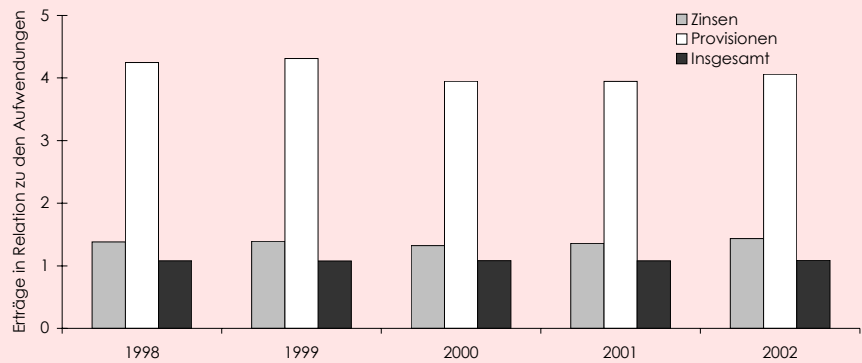
Q: IFS.

**Kredite an private Haushalte stützen Entwicklung der Direktkredite**

Auf der Aktivseite der Bankbilanz war entgegen dem internationalen Trend innerhalb der inländischen Wertpapiere eine Verlagerung von festverzinslichen Anleihen zu Anteilswerten zu verzeichnen. Für das Auslandsgeschäft liegt noch keine entsprechende Unterteilung vor. Die Direktkredite entwickelten sich 2002 trotz des rückläufigen Zinsniveaus für Kredite unterdurchschnittlich. Dies ging vor allem auf eine leichte Abnahme der Kreditgewährung an Unternehmen und das konstant niedrige Ausleihvolumen des öffentlichen Sektors zurück. Im Geschäft mit privaten Haushalten steigerten die Kreditinstitute ihr Volumen an Ausleihungen deutlich, die sehr niedrigen Zinssätze von Fremdwährungskrediten bewirkten eine rege Verschuldungsbereitschaft.



Abbildung 5: Ertrags- und Aufwandsrelationen im Kredit- und Provisionsgeschäft



Q: OeNB.

**Eigenkapitalrendite im Kreditwesen nahezu halbiert**

Der Kreditschutzverband von 1870 verzeichnete für das Jahr 2002 5.281 Insolvenzfälle, um 103 Fälle bzw. 2% mehr als 2001. Das Insolvenzvolumen ging geringfügig auf 3,4 Mrd. € zurück. Da bereits im Vorjahr Rückstellungen in ausreichendem Umfang gebildet worden waren, verursachte das nach wie vor hohe Insolvenzvolumen keinen zusätzlichen Aufwand durch Wertberichtigungen. Insgesamt sank das Betriebsergebnis der Gesamtbranche auf 4,2 Mrd. €; die Eigenkapitalrentabilität verringerte sich auf 5,4% (2001: 9,8%).

Thomas Url ([Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at))

Statistik: Ursula Glauninger ([Ursula.Glauninger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauninger@wifo.ac.at))

**Weitere Verlangsamung des Exportwachstums, aber anhaltende Marktanteilsgewinne**

Die internationalen Rahmenbedingungen waren für die österreichischen Exporteure 2001 schwierig und haben sich im Laufe des Jahres 2002 kaum gebessert. Bei wichtigen Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam die Konjunktur nicht in Gang. Damit flachte das Wachstum der österreichischen Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt von +6,1% im Vorjahr weiter auf +3,1% im Jahr 2002 ab. Auch der Extra-EU-Handel verlor neuerlich an Schwung, entwickelte sich aber in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Die größten Nachfrageimpulse für den Export kamen aus Südosteuropa (+14,3%) und Südostasien ("Vier Tiger" +10,2%, China +37,8%). Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahresdurchschnitt 2002 nominell um 4,1%. Bei rückläufigen Preisen (-1,4%) entspricht dies einer realen Steigerung um 5,5%.

Übersicht 11: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export	2001 Import	Saldo	Export	2002 Import	Saldo
Waren <sup>1)</sup>						
Mrd. €	74,3	78,7	- 4,4	77,3	76,9	0,3
In % des BIP	35,0	37,1	- 2,1	35,6	35,5	0,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nominell	+ 6,5	+ 5,0	.	+ 4,1	- 2,2	.
Real	+ 7,5	+ 5,8	.	+ 5,5	- 0,8	.
Preise	- 0,9	- 0,7	.	- 1,4	- 1,4	.
Warenzahlungen <sup>2)</sup>						
Mrd. €	84,2	90,4	- 6,2	87,5	89,9	- 2,4
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 9,0	+ 7,2	.	+ 3,9	- 0,6	.

<sup>1)</sup> Laut Statistik Austria, Preise laut WIFO. – <sup>2)</sup> Laut OeNB.

Die Quartalsentwicklung der österreichischen Exporte zeigt eine Schwächephase zu Jahresbeginn, der eine kurzfristige Erholung folgte; ab der Jahresmitte wurde die Entwicklung wieder etwas gedämpft. Im I. Quartal betrug der Zuwachs gegenüber

dem Vorjahr nur 0,5%, erreichte im II. Quartal 7,3% und verlangsamte sich im III. und IV. Quartal auf 4,7% bzw. 3,8%. Der Kurssturz an den internationalen Aktienbörsen sowie die in der zweiten Jahreshälfte zunehmende Unsicherheit über die politische Entwicklung im Mittleren Osten wirkten ersten Auftriebenden bei den Handelspartnern entgegen und dürften mit bestimmend für diese unterjährige Entwicklung der Exporte gewesen sein.

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche ist das ausgewiesene Wachstum der österreichischen Exporte jedoch ein sehr zufrieden stellendes Ergebnis und ein Hinweis auf die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Anbieter. Die preisliche oder kostenbestimmte Wettbewerbsposition, gemessen an den relativen Lohnstückkosten, entwickelte sich 2002 günstig. Sie verbesserte sich in der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern um 1,1%. Gemäß den vorläufigen Daten sanken die Export- und die Importpreise jeweils um -1,4%, so dass sich das Austauschverhältnis gemessen an den Terms-of-Trade nicht verändert hat.

### Statistische Probleme erschweren Außenhandelsanalyse

Mit dem EU-Beitritt Österreichs und dem damit verbundenen Entfall der Grenzkontrollen wurde das österreichische System der Außenhandelsstatistik für den Intra-EU-Handel durch Intrastat, das System für die Erhebung des innergemeinschaftlichen Handels, ersetzt. Diese Statistik beruht auf Daten aus Betriebserhebungen. Seither ist die Außenhandelsstatistik von Statistik Austria mit großen Problemen behaftet, die die Analyse der Außenhandelsentwicklung erheblich erschweren. Dies gilt vor allem für die Betrachtung innerhalb eines Kalenderjahres und für die laufende Außenhandelsprognose, da die von Statistik Austria veröffentlichten Monatsdaten in der Folge wiederholt und in beträchtlichem Ausmaß revidiert werden.

Die gute Wettbewerbsposition schlug sich in deutlichen Marktanteilsgewinnen der österreichischen Anbieter nieder: Die reale Steigerungsrate der Exporte lag um 4,5 Prozentpunkte über dem errechneten Wachstum der österreichischen Auslandsmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner, gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) von 1% (vorläufig) und auch über der Veränderungsrate des Welthandels von +2,5%.

### Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

#### Anteile am Export der OECD

	2001 In %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Jänner bis November Veränderung gegen das Vorjahr in %
Extra-OECD-Handel	1,558	+ 13,0	+ 8,5
Entwicklungsländer	0,595	+ 20,6	+ 10,6
Oststaaten	6,640	- 3,5	+ 0,0
Ost-Mitteuropa	7,479	- 4,4	- 1,2
Südosteuropa	10,226	+ 4,6	+ 6,0
Frühere UdSSR	2,803	+ 5,0	- 4,2
OECD	1,760	+ 5,1	+ 7,0
Europa	2,376	+ 2,7	+ 6,3
Deutschland	6,068	+ 0,9	+ 8,9
Übersee	0,540	+ 13,2	+ 7,7
USA	0,601	+ 16,6	+ 6,3
Insgesamt	1,704	+ 6,9	+ 7,3

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. – OECD: 24 Länder (ohne Ungarn, Tschechien, Polen, Slowakei, Mexiko, Südkorea).

Die internationalen Rahmenbedingungen waren für die österreichischen Exporteure 2001 schwierig und haben sich im Laufe des Jahres 2002 kaum gebessert. Bei wichtigen Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam die Konjunktur nicht in Gang. Auch der österreichische Extra-EU-Handel verlor neuerlich an Schwung. Die größten Nachfrageimpulse für den Export kamen aus Südosteuropa und Südostasien. Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahresdurchschnitt 2002 nominell um 4,1%. Die Schwäche der Binnennachfrage zog einen Einbruch der Importe nach sich (-2,2%). Die üblicherweise stark positive Handelsbilanz drehte sich zum Teil aufgrund der Importentwicklung, großteils aber wegen der Exporterfolge ins Plus.

**Schwäche der Binnennachfrage bewirkt Einbruch der Importe**

Die nominelle Rechnung mit Daten bis einschließlich November 2002 weist ebenfalls auf eine Ausweitung des Marktanteils österreichischer Exporteure am Export aller OECD-Länder hin<sup>4)</sup>. Im Intra-OECD-Export und mehr noch im Extra-OECD-Export verbesserten die österreichischen Anbieter ihre Position gegenüber den Konkurrenten. Im Extra-OECD-Export gilt dies vor allem für Entwicklungsländer und für Südosteuropa, während Österreich seine Stellung in Ost-Mitteleuropa und in der früheren UdSSR nicht behaupten konnte. Deutlich verbesserte sich 2002 auch der Marktanteil in Deutschland, dem wichtigsten Exportmarkt Österreichs.

Die Schwäche der Inlandskonjunktur, vor allem der Binnennachfrage, zog zu Jahresbeginn einen Einbruch der Importe nach sich – sie schrumpften im I. Quartal 2002 um nominell –5,3%. Dieser Rückgang setzte sich etwas gebremst in den folgenden Quartalen fort und resultierte im Jahresdurchschnitt in einem Vorjahresabstand der nominellen Importe von –2,2%. Der Hauptgrund liegt in der merklichen Verringerung der Nachfrage nach Gütern mit hoher Importintensität: Ausrüstungsinvestitionen, dauerhafte Konsumgüter, aber auch Exporte. Die Importe von Maschinen und Fahrzeugen blieben um 4,0% unter dem Vorjahresniveau, jene von bearbeiteten Waren um 6,6%, und an konsumnahen Fertigwaren wurde um 3,2% weniger importiert als 2001.

**Erstmals Überschuss in der Handelsbilanz**

Die jahrelang durch hohe Defizite geprägte Handelsbilanz war 2002 erstmals mit 0,3 Mrd. € bzw. 0,1% des BIP aktiv. Zu 63,4% war dies dem Anstieg der Exporte zuzuschreiben und hier insbesondere Erfolge in den Oststaaten (18,2% der Gesamtveränderung des Saldos). Ein Anteil von 36,6% der Veränderung der Handelsbilanz resultierte aus dem Rückgang der Importe. Dabei fällt vor allem die Verringerung der Importe aus Deutschland ins Gewicht (18,6%; insbesondere Maschinen und Fahrzeuge, Pkw).

Die Veränderung der Handelsbilanz lässt sich auch in Mengen- und Preiseffekte aufspalten. Preiseffekte spiegeln dabei vor allem signifikante Veränderungen der Preise von Rohstoffen und Erdöl sowie Wechselkursverschiebungen wider. Eine Abwertung entlastet die Handelsbilanz über sinkende Importpreise. Die entsprechende Aufgliederung zeigt, dass die positive Veränderung der Handelsbilanz im Jahr 2002 von insgesamt 4,8 Mrd. € ausschließlich auf positive Mengeneffekte in den realen Außenwirtschaftsbeziehungen (4,8 Mrd. €) zurückzuführen ist. Diese gehen wiederum überwiegend von den Exporten aus. Die Aktivierung der Handelsbilanz ist demnach nicht nur Ausdruck der Nachfrageschwäche im Inland, sondern vor allem des Exporterfolgs und der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Übersicht 13: Anteile an der Veränderung der Außenhandelsbilanz

	2001	Saldo	2002	Anteile an der Veränderung des Saldos		
	Mrd. €	2002		2002	Export	Import
		Mrd. €	Veränderung in Mrd. €	In %	In %	In %
EU (Intra-Handel)	- 6,3	- 4,1	+ 2,2	29,2	17,2	46,4
Deutschland	- 7,7	- 6,3	+ 1,4	11,2	18,6	29,8
Andere EU-Länder	1,4	2,2	+ 0,8	18,0	- 1,4	16,6
Extra-EU-Handel	1,9	4,4	+ 2,6	34,2	19,5	53,6
Oststaaten	2,4	3,0	+ 0,7	18,2	- 4,5	13,7
Entwicklungsländer	- 1,5	- 0,7	+ 0,8	2,5	13,7	16,2
OECD Übersee	- 0,8	- 0,1	+ 0,7	3,3	11,7	15,0
Andere Länder	1,7	2,1	+ 0,4	10,2	- 1,4	8,8
Welt	- 4,4	0,3	+ 4,8	63,4	36,6	100,0

Q: Statistik Austria.

Einen Handelsbilanzüberschuss erzielte Österreich gegenüber den Oststaaten und seit 2002 auch gegenüber der NAFTA, ein Defizit ergab sich im Handel mit der EU und den Entwicklungsländern. Abgesehen von der deutlichen Verbesserung der

<sup>4)</sup> Kurzfristig können infolge von Wechselkursschwankungen die nominelle und die reale Rechnung divergieren.

Handelsbilanz 2002 ist schon seit einigen Jahren eine Tendenz zur Nivellierung der Handelsungleichgewichte gegenüber der EU und der NAFTA zu beobachten: Das Defizit im Handel mit der EU hat sich seit 1995 von –7,3 Mrd. € auf –4,1 Mrd. € 2002 verringert und ist insbesondere in Relation zu den Exporten merklich gesunken (von –26,2% 1995 auf –8,8% 2002). Auch das Defizit im Handel mit der NAFTA schrumpft seit 1995 (–0,7 Mrd. €) und drehte sich 2002 in ein Aktivum (0,5 Mrd. €). Das Bilanzpassivum gegenüber den Entwicklungsländern stieg im selben Zeitraum hingegen kräftig, verringerte sich 2002 aber erheblich.

Übersicht 14: Komponentenzersetzung der Veränderung der Handelsbilanz

	Mengeneffekt			Preiseffekt			Mischeffekt			Mrd. €	Handelsbilanz Veränderung in Mrd. €	In % des BIP
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €			Reale Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €			Reale Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €					
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo			
1999	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,2	– 0,3	– 0,1	– 0,3	– 0,0	– 0,0	– 0,0	– 5,1	– 0,2	– 2,6
2000	+ 7,9	+ 7,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,3	– 1,0	+ 0,2	+ 0,3	– 0,1	– 5,2	– 0,2	– 2,5
2001	+ 5,2	+ 4,3	+ 0,9	– 0,6	– 0,5	– 0,1	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 4,4	+ 0,8	– 2,1
2002	+ 4,1	– 0,7	+ 4,8	– 1,0	– 1,1	+ 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	0,3	+ 4,8	0,1

Q: Statistik Austria.

Die Entwicklung der Exporte wird zum Großteil durch die Nachfrage aus Deutschland, dem wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs, bestimmt. Die Lieferungen dorthin waren im I. Quartal 2002 mit –5,1% stark rückläufig, erholten sich aber in der Folge, sodass sich im Jahresdurchschnitt ein Wachstum von 2,2% ergab. Auch die Ausfuhr nach Italien – das zweitwichtigste Bestimmungsland österreichischer Exporte – nahmen mit +3,7% nur schwach zu. War die Nachfrage nach österreichischen Produkten 2001 in Großbritannien lebhaft gewesen (+14,1%), so flachte sie 2002 merklich ab (+4,7%); die Exporte nach Frankreich brachen ein (2001 +10,2%, 2002 –0,4%).

Wie in den Vorjahren war die Nachfrage aus den Oststaaten eine wichtige Stütze des österreichischen Exports. Die größte Dynamik zeigten wieder die Lieferungen nach Südosteuropa (Kroatien +11,6%, Slowenien +8,7%, Rumänien +18,8%), während die Exporte nach Ost-Mitteuropa mit +4,0% mäßig stiegen. Dies ist wohl auf die Schwäche der Exportkonjunktur dieser Länder zurückzuführen, die wieder aus der Stagnation wichtiger Absatzmärkte in der EU resultiert. Besonders ungünstig entwickelten sich dabei die Exporte nach Ungarn (+0,9%) und Tschechien (+3,6%) – die zwei wichtigsten Märkte österreichischer Anbieter in der Region. Die Exporte nach Polen (+6,4%) und in die Slowakei (+12,3%) wuchsen kräftiger, wenn auch langsamer als in den Vorjahren. Auch das Wachstum der Ausfuhr in die frühere UdSSR verringerte sich deutlich (2001 +36,4%, 2002 +3,1%); dabei stagnierten die Lieferungen nach Russland beinahe (+1,3%), während in die baltischen Staaten um fast ein Viertel mehr exportiert wurde als 2001 (+24,8%).

Die seit Mitte der neunziger Jahre lebhafteste Dynamik der Exporte nach Nordamerika kam im Jahr 2002 zum Erliegen. Die Ausfuhr in die USA erhöhte sich um nur 1,6%, die Exporte nach Kanada brachen ein (–7,1%). In den USA war der Absatz von Gütern aus Österreich vor allem im IV. Quartal sehr schwach. Die zunehmende Stärke des Euro gegenüber dem Dollar und die daraus resultierenden Preisnachteile für europäische Anbieter sowie die Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs in den USA könnten hier mit bestimmend gewesen sein.

Die Gliederung nach Warengruppen zeigt im Vorjahresvergleich eine weitere deutliche Abschwächung der Exportdynamik im Bereich der konsumnahen Fertigwaren (2002 +1,2%) und der bearbeiteten Waren (+0,8%), während die Lieferungen von Rohstoffen – im Jahr davor noch rückläufig – 2002 um 3,4% gesteigert wurden. Die ungünstige Entwicklung der Nachfrage nach bearbeiteten Waren konzentrierte sich auf Textilien (–4,2%) sowie Eisen- und Stahlwaren (+0,4%), während sich die Exporte von Papier mit +4,8% relativ gut entwickelten. Die Nahrungsmittelausfuhr wurde mit etwa +6% deutlich schwächer gesteigert als 2001 (+15,6%), hauptsächlich aufgrund

**Nachfrage auf den wichtigsten Märkten der EU gedämpft**

**Ostexporte bleiben wichtige Stütze – Exporte nach Nordamerika verlieren beträchtlich an Dynamik**

**Exporte von chemischen Erzeugnissen und Brennstoffen kräftig gesteigert**

des Einbruchs der Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa (-1,0%) sowie nach Großbritannien (-42,5%) und in die Niederlande (-5,4%).

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche flachte die Dynamik der Maschinen- und Fahrzeuglieferungen schon im Jahr 2001 merklich ab (+5,0%) und ließ 2002 neuerlich nach (+2,8%). Diese Verlangsamung ergab sich hauptsächlich durch den Nachfrageeinbruch in den USA (-10,9%). Die USA sind mit 5,7% der Gesamtexporte von Maschinen und Fahrzeugen nach Deutschland (34,1%) der zweitwichtigste Markt für Exporteure österreichischer Anbieter.

Die höchsten Zuwachsraten ergaben sich im Export von Brennstoffen (+26,4%) und den energieintensiven chemischen Erzeugnissen (+11,5%). Besonders lebhaft war die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen österreichischer Exporteure in den USA. Die Statistik weist hier eine Zuwachsrate von 59,9% aus.

Höherwertige Produkte gewinnen im österreichischen Export immer mehr an Bedeutung. Der Exportanteil von Maschinen und Fahrzeugen nimmt laufend zu und lag 2002 bei rund 43%, während sich der Anteil bearbeiteter Waren (in der Regel einfache Industrieprodukte) von fast 30% Mitte der neunziger Jahre auf rund 22% im Jahr 2002 verringerte. Stark ausgeweitet wurde vor allem der Export von Fahrzeugen. Auch die Handelsbilanz entwickelte sich im Bereich der Maschinen und Fahrzeuge günstig: Anfang der neunziger Jahre war noch ein Passivum von -2,6 Mrd. € zu verbuchen, das sich bis 1995 etwa halbierte. 2001 war der Saldo bereits mit 0,5 Mrd. € positiv und verbesserte sich 2002 weiter auf 2,7 Mrd. €.

### Warenstruktur der Ausfuhr verschiebt sich zu höherwertigen Produkten

Übersicht 15: Warenstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2002 Anteile in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Anteile in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Mrd. €	2002 Mrd. €
Nahrungsmittel	5,2	+ 15,6	5,9	+ 11,0	- 0,7	- 0,5
Rohstoffe	3,2	- 0,4	3,8	- 2,8	- 0,5	- 0,4
Holz	1,7	- 3,7	1,0	- 7,7	0,5	0,5
Brennstoffe	2,4	+ 59,3	7,4	+ 12,3	- 4,0	- 3,8
Chemische Erzeugnisse	10,2	+ 10,1	11,2	+ 8,7	- 1,2	- 0,7
Bearbeitete Waren	22,4	+ 5,0	16,1	+ 6,1	3,9	4,9
Papier	4,6	+ 4,4	2,1	+ 7,8	- 6,0	1,7
Textilien	2,4	+ 1,7	2,0	+ 1,1	- 6,2	0,2
Eisen, Stahl	4,1	+ 7,5	2,2	+ 1,8	1,4	1,5
Maschinen, Fahrzeuge	42,8	+ 5,0	39,4	+ 2,6	0,5	2,7
Pkw	4,4	+ 7,2	5,2	+ 3,6	- 0,9	- 0,6
Konsumnahe Fertigwaren	13,0	+ 9,0	15,6	+ 5,2	- 2,5	- 2,0
Insgesamt	100,0	+ 6,5	100,0	+ 5,0	- 4,4	0,3

Q: Statistik Austria.

### Deutliche Verschiebung der Regionalstruktur des Außenhandels

War die regionale Außenhandelsstruktur Österreichs lange Zeit durch eine zunehmende Konzentration auf die EU und hier insbesondere auf den deutschen Markt geprägt, so hatte vor allem die Reintegration Ost-Mitteuropas in die europäische Wirtschaft im Laufe der neunziger Jahre eine merkliche Schwerpunktverlagerung zur Folge: Der Anteil der EU am österreichischen Export sank von 68,1% 1992 auf 60,2% 2002, der Anteil am Import von 70,4% auf 65,8%. Österreichs Anbieter profitierten vom Boom im Osthandel besonders. Die Ostexporte stiegen seit 1992 auf das 3,3-fache, der Anteil der Oststaaten an der gesamten Ausfuhr erhöhte sich von 11,6% 1992 auf 17,7% 2002. Diese Region ist damit – nach der EU – der wichtigste Exportmarkt für Österreich. Der Gruppe der 20 wichtigsten Exportdestinationen gehören acht Oststaaten an, und zwar Ungarn (7. Rang), Tschechien (9. Rang), Slowenien (11. Rang), Polen (12. Rang), Slowakei (15. Rang), Kroatien (16. Rang), Russland (17. Rang) und Rumänien (20. Rang). Eine ähnlich dynamische Entwicklung und Struktur weisen die Importe auf.

Außergewöhnlich stark expandiert auch der Außenhandel mit den Ländern der NAFTA. Die Exporte stiegen seit 1992 auf das 3,8-Fache, der Marktanteil erhöhte sich von 3,4% auf 6,0%. Ausschlaggebend war hier die Ausfuhr in die USA. Die günstige

Konjunkturlage, die Abwertung der heimischen Währung gegenüber dem Dollar und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit trugen zu diesem Erfolg bei. Mit einem Anteil von 5,2% wurden die USA damit zum viertwichtigsten Exportmarkt für österreichische Produkte.

Übersicht 16: Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	2002 Anteile in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Anteile in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Mrd. €	2002
OECD aktuell <sup>1)</sup>	85,4	+ 4,5	87,6	+ 4,1	- 4,8	- 1,4
OECD	74,6	+ 4,5	77,8	+ 3,5	- 5,5	- 2,2
EU (Intra-Handel)	60,2	+ 6,1	65,8	+ 3,8	- 6,3	- 4,1
Euro-Raum	53,7	+ 5,5	61,3	+ 4,3	- 7,6	- 5,6
Deutschland	32,0	+ 3,9	40,3	+ 4,5	- 2,8	- 6,3
Italien	8,5	+ 4,6	7,1	+ 5,4	- 3,5	0,7
Extra-EU-Handel	39,8	+ 7,3	34,2	+ 7,4	1,9	4,4
Sonstiges Westeuropa	6,7	- 11,0	4,5	+ 15,7	1,5	1,8
EFTA	6,0	- 10,8	3,7	+ 15,5	1,6	1,8
Schweiz	5,6	- 11,9	3,4	+ 11,0	1,5	1,7
Andere	0,7	- 12,6	0,8	+ 17,1	- 0,1	- 0,1
Industriestaaten in Übersee	7,6	+ 8,5	7,5	- 3,8	- 0,7	0,1
NAFTA	6,0	+ 12,0	5,4	+ 0,8	- 0,1	0,5
USA	5,2	+ 12,4	4,8	+ 2,5	- 0,3	0,3
Japan	1,2	- 0,6	2,1	- 12,8	- 0,8	- 0,7
Oststaaten	17,7	+ 10,9	13,8	+ 5,7	2,4	3,0
Ost-Mittleuropa <sup>2)</sup>	10,3	+ 3,9	9,0	+ 8,4	0,8	1,0
Südosteuropa <sup>3)</sup>	5,3	+ 18,3	2,5	+ 15,6	1,9	2,2
Frühere UdSSR	2,1	+ 36,4	2,3	- 10,3	- 0,3	- 0,2
Entwicklungsländer	7,8	+ 18,3	8,4	+ 18,8	- 1,3	- 0,5
OPEC	1,4	+ 40,2	1,4	- 1,1	0,0	0,1
NOPEC	6,4	+ 13,2	7,1	+ 24,1	- 1,3	- 0,5
China	1,5	+ 72,2	1,8	+ 9,4	- 0,5	- 0,2
Südamerika	0,9	+ 15,9	0,7	+ 10,8	0,3	0,1
"Vier Tiger" <sup>4)</sup>	1,7	- 8,5	1,7	+ 22,1	- 0,4	- 0,1
6 dynamische Länder Asiens <sup>5)</sup>	1,9	- 5,9	2,6	+ 36,3	- 1,0	- 0,6
Insgesamt	100,0	+ 6,5	100,0	+ 5,0	- 4,4	0,3

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Polens. – <sup>2)</sup> Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – <sup>3)</sup> Albanien, Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – <sup>4)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – <sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Auf einigen wichtigen Wachstumsmärkten in den Entwicklungsländern (etwa Fernost) bleibt das Gewicht österreichischer Produzenten nach wie vor signifikant hinter dem vergleichbarer Länder zurück. Der Exportanteil der Entwicklungsländer entsprach 2002 mit 7,8% etwa dem von 1992 (7,9%). Österreichs Exporte nach Fernost entwickelten sich in den neunziger Jahren sehr unterschiedlich und zum Teil abhängig vom Auslieferungszyklus im Anlagenexport, insbesondere nach China. 2001 brachen die Lieferungen in die "6 dynamischen Länder"<sup>5)</sup> wegen der Wirtschaftskrise in der Region ein. Im 1. Halbjahr 2002 zeichnete sich jedoch eine deutliche Verbesserung ab, die Exporte wuchsen mit +12,7% sehr kräftig (Jahresdurchschnitt 2002 +7,2%). Österreichs wichtigster Markt in Fernost ist China mit einem Exportanteil von 1,5% vor Hongkong, Südkorea und Singapur.

Yvonne Wolfmayr-Schnitzer ([Yvonne.Wolfmayr@wifo.ac.at](mailto:Yvonne.Wolfmayr@wifo.ac.at))

Statistik: Gabriele Wellan ([Gabriele.Wellan@wifo.ac.at](mailto:Gabriele.Wellan@wifo.ac.at))

<sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

## Tourismus erreicht knapp 10% des BIP

Seit dem Jahr 2001 verfügt Österreich über ein Tourismus-Satellitenkonto (TSA)<sup>6)</sup>. Die Einrichtung eines Tourismus-Satellitenkontos ermöglicht eine genaue Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors. Die Implementierung des TSA bedeutete die Einleitung einer tiefgreifenden Veränderung in der Berichterstattung. Die Veränderungen betreffen insbesondere die touristischen Zahlungsströme der Inländer<sup>7)</sup>; die Erfassung der Zahlungsströme von ausländischen Gästen bleibt in ihrem Umfang unverändert.

Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Basisdaten des TSA beziehen sich auf das Jahr 2001<sup>8)</sup>. Für das Jahr 2002 musste auf vorläufige Berechnungen zurückgegriffen werden.

Demnach entfielen im Jahr 2002 53,8% der 26,09 Mrd. € an Gesamtausgaben für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten und Bekanntenbesuche (2001: 25,21 Mrd. €) auf ausländische Besucher, 42,8% auf inländische Reisende und 3,4% auf die Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern bzw. Zweitwohnungen (Übersicht 17). Nach der alten Berechnungsmethode würden die Gesamtausgaben nur 17,3 Mrd. € betragen, also deutlich niedriger ausfallen.

Übersicht 17: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) für Österreich

	2000	2001	2002
	Endgültig	Mio. €	Vorläufig
<i>Aggregate</i>			
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen <sup>1)</sup>	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093
<i>Gesamtwirtschaftliches Angebot</i>			
Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (BIP)	204.842	211.857	216.730
<i>Touristische Wertschöpfung</i>			
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA (Urlaubs- und Geschäftsreisen)	12.848	13.566	14.090
Anteil am BIP laut TSA in %	6,3	6,4	6,5

Q: Statistik Austria, WIFO. – 1) Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten.

Die Ausgaben der inländischen Reisenden für in Österreich gelegene Ziele sind zu 56,5% den übernachtenden Touristen und zu 43,5% den Tagesbesuchern zuzurechnen, während für die ausländischen Besucher 88,8% der Aufwendungen auf den Übernachtungstourismus entfallen.

Von den Ausgaben der Österreicher für Inlandsreisen dienen 78,8% dem Reisezweck "Urlaub" und 21,2% Geschäftsreisen. Die Geschäftsreisenden wenden einen über-

<sup>6)</sup> Franz, A., Laimer, P., Smeral, E., A Tourism Satellite Account for Austria. The Economics, Methodology and Results, Studie von Statistik Austria und WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2001.

<sup>7)</sup> Vgl. Smeral, E., "Tourismus gewinnt Marktanteile", in Scheiblecker, M., et al., "Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(4), S. 226-229, [http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=21738](http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21738).

<sup>8)</sup> Dies hängt insbesondere von der Verfügbarkeit der Daten aus der VGR ab.

wiegenden Teil ihres Reisebudgets für Tagesausflüge auf, die Urlaubsreisenden hingegen für Übernachtungsreisen.

Die Ermittlung der *direkten Wertschöpfungseffekte* des Tourismus ergab laut TSA-Konzept für das Jahr 2002 ein Volumen von 14,09 Mrd. € (2001: 13,57 Mrd. €). Setzt man diesen Wert in Beziehung zum BIP, so ergibt sich rein rechnerisch ein Anteil von 6,5% (2001: 6,4%).

Zur *Verteilung* der Gesamtaufwendungen für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten und Bekanntenbesuche auf die verschiedenen Güter und Dienstleistungen stehen aktuelle Daten nur für das Jahr 2001 zur Verfügung (Übersicht 18): So entfiel der Großteil der gesamten touristischen Aufwendungen – nämlich 32,5% – auf die Dienstleistungen des Restaurant- und Gaststättenwesens. 22,6% der Gesamtaufwendungen machten die Dienstleistungen des Beherbergungswesens aus.

#### Übersicht 18: Touristischer Konsum nach Produkten im Jahr 2001

	Anteile in %
<i>Aggregate</i>	
Tourismus-charakteristische Dienstleistungen	82,2
Beherbergung <sup>1)</sup>	21,6
Restaurant- und Gaststätdienste	32,5
Transport	17,0
Reisebüros (netto) <sup>2)</sup>	1,0
Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstige Dienstleistungen	10,2
Tourismus-verwandte bzw. nicht Tourismus-spezifische Waren und Dienstleistungen	16,8
Waren	10,0
Dienstleistungen	6,8
Handelsspanne	1,0
Insgesamt	100,00

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Einschließlich Zweitwohnungen und Wochenendhäuser. – <sup>2)</sup> Nur Spannen; Package-Teile in den jeweiligen Produkten enthalten.

Für die Dienstleistungen des Transportwesens wurde im Jahr 2001 mit rund 17% der Gesamtausgaben ein höherer Betrag als für die Leistungen des Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstigen Dienstleistungssektors (insgesamt 11,2%) aufgewandt.

Insgesamt entfielen auf die Tourismus-charakteristischen Aufwendungen 82,2% der Gesamtausgaben; für Tourismus-verwandte und nicht Tourismus-spezifische Produktionsbereiche und die Handelsspanne wurden 17,8% des gesamten touristischen Konsums ausgegeben, der Großteil davon im Handel.

Die *volkswirtschaftliche Bedeutung* des Tourismus bzw. sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennziffer für die Wirtschaftspolitik. Zur Ermittlung dieses Indikators sind die TSA-Ergebnisse mit Berücksichtigung aller durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte, aber aufgrund ihres intermediären Charakters unter *Ausschluss der Dienst- und Geschäftsreisen* darzustellen. Obwohl die Anwendung der *Input-Output-Analyse* durch ihre restriktiven Annahmen (z. B. keine Substitutionsmöglichkeit zwischen Gütern, keine Skalenerträge, Fehlen von Auslastungsüberlegungen) in Bezug auf die Ergebnisse Unschärfen entstehen lässt, ist sie die einzige Methode, die eine systematische Erfassung aller direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte des Tourismus erlaubt. Die Anwendung der Input-Output-Multiplikatoren auf die korrigierten TSA-Ergebnisse ergab für das Jahr 2002 *direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte* von 20,88 Mrd. € (Übersicht 19). Damit erreichte der Beitrag des Tourismus zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) 9,6%.

Übersicht 19: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeit in Österreich

	2000 Endgültig	2001 Mio. €	2002 Schätzung	2000 Endgültig Anteile am BIP laut Tourismus- Satellitenkontos in %	2001	2002 Schätzung
<i>Aggregate</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut Tourismus-Satellitenkontos						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,8	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,3	6,4	6,5
		Mio. €		Beitrag zum BIP in %		
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,4	8,4	8,4
Direkte und indirekte Wertschöpfung von Tourismus und Freizeit in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,5	17,9	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO.

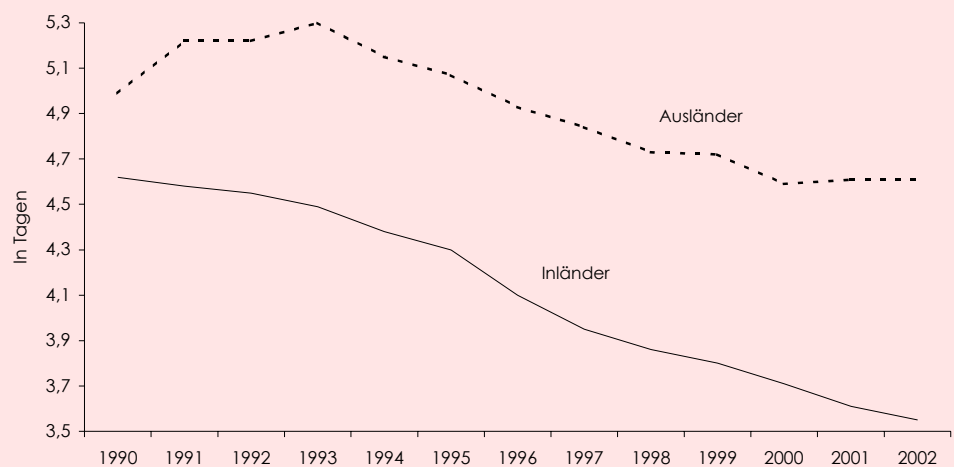
Zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von *Tourismus und Freizeit* muss zusätzlich der nichttouristische Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort berücksichtigt werden. Laut neuesten Berechnungen wurden dafür im Jahr 2002 20,12 Mrd. € aufgewandt. Aufgrund der Input-Output-Multiplikatoren ergaben sich direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 18,24 Mrd. €. Der Beitrag des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung betrug damit 8,4%.

Eine *Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen* für den nichttouristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum macht die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft deutlich: 2002 sind die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte mit 39,12 Mrd. € anzusetzen. Der Beitrag der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum BIP erreicht damit 18,1%.

Im Jahr 2002 stieg die Zahl der Gästeankünfte in Österreich auf 27,3 Mio. und damit auf einen neuen Höchstwert. Obwohl sich der langfristige Rückgang der Aufenthaltsdauer seit 2000 bei etwa 4,3 Nächten stabilisiert hat, lag das Nächtigungsvolumen mit 116,8 Mio. noch immer um 10,5% unter dem Höchstwert von 1992 (Abbildung 6, Übersicht 20). Die preisbereinigten Umsätze blieben aufgrund des Anstiegs des realen Aufwands je Nächtigung nur knapp unter den Rekordwerten von Anfang der neunziger Jahre (Abbildung 7).

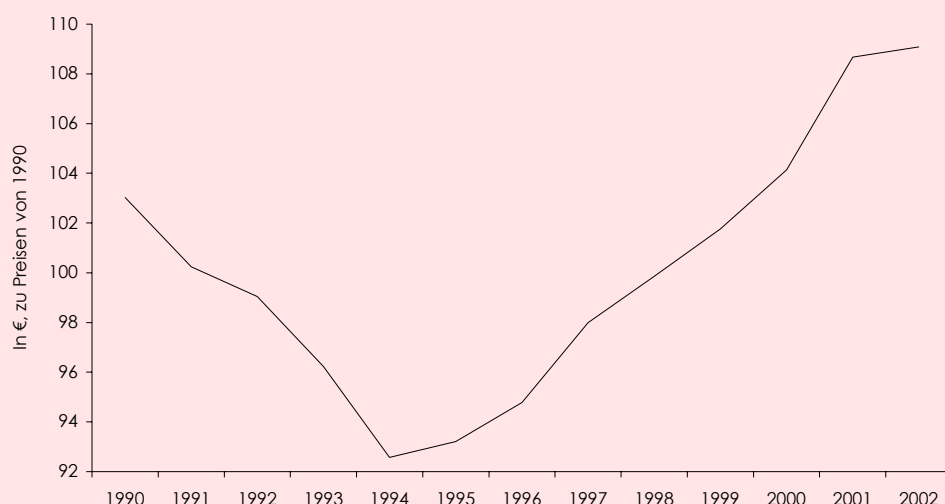
**Anhaltende  
Verbesserung der  
Wettbewerbsposition**

Abbildung 6: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



Q: Statistik Austria.

Abbildung 7: Entwicklung des realen Aufwands je Nächtigung



Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne Kleines Walsertal.

Das Wachstum der Einnahmen im internationalen Reiseverkehr verlangsamte sich 2002: Nach +8,3% im Jahr 2001 wurde nur eine Rate von durchschnittlich +4,9% realisiert. Diese Entwicklung geht in erster Linie auf den Einbruch in der Wintersaison zurück, denn in der Sommersaison belebte sich die Auslandsnachfrage trotz internationaler Konjunkturschwäche und der Hochwasserkatastrophe.

Übersicht 20: Entwicklung von Ankünften und Übernachtungen nach der Herkunft

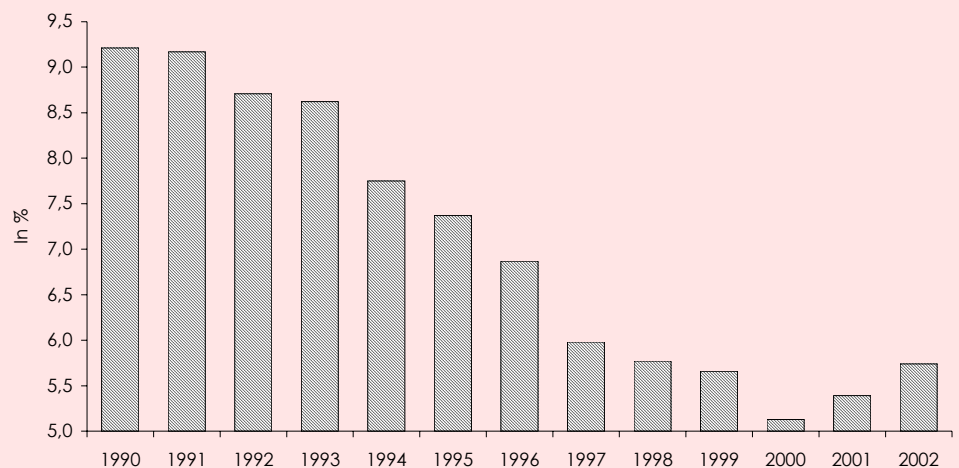
	Ankünfte					Übernachtungen				
	1997	1999	2000	2001	2002	1997	1999	2000	2001	2002
	In 1.000									
<i>Insgesamt</i>	23.860	25.446	26.372	26.883	27.350	109.066	112.698	113.646	115.073	116.757
<i>Inländer insgesamt</i>	7.217	7.988	8.395	8.711	8.746	28.504	30.301	31.147	31.433	31.003
Wien	1.467	1.574	1.653	1.634	1.638	7.644	7.758	7.871	7.638	7.455
Andere Bundesländer	5.750	6.414	6.742	7.077	7.108	20.860	22.543	23.276	23.795	23.548
<i>Ausländer insgesamt</i>	16.642	17.459	17.977	18.172	18.604	80.562	82.396	82.499	83.640	85.754
Belgien, Luxemburg	391	379	380	392	409	2.427	2.270	2.216	2.264	2.388
Dänemark	163	185	186	201	207	781	872	879	952	980
Deutschland	9.390	9.841	9.985	10.140	10.345	52.822	53.074	52.302	52.769	53.499
Finnland	38	52	50	55	53	140	179	174	187	180
Frankreich	487	455	387	385	406	1.851	1.723	1.461	1.443	1.562
Griechenland	52	49	55	60	62	157	149	169	171	178
Großbritannien	532	596	667	645	684	2.478	2.782	3.066	3.037	3.238
Italien	896	956	911	964	996	2.378	2.676	2.534	2.684	2.813
Niederlande	1.032	1.110	1.186	1.238	1.350	6.728	7.010	7.374	7.678	8.221
Norwegen	51	49	47	48	53	170	162	159	159	171
Schweden	156	162	172	163	161	613	636	678	650	649
Schweiz	700	697	737	778	817	2.783	2.782	2.892	3.091	3.284
Polen	157	188	182	186	193	587	795	755	791	839
Tschechien, Slowakei	211	250	251	273	275	649	830	836	919	952
Ungarn	184	203	215	234	248	600	692	729	788	859
Australien, Neuseeland	95	108	124	108	97	204	247	279	241	241
Japan	267	277	294	255	240	558	575	584	528	482
Kanada	55	58	69	66	65	140	146	178	176	172
USA	579	630	781	639	512	1.411	1.566	1.876	1.579	1.341
Andere Länder	1.206	1.214	1.298	1.342	1.431	3.085	3.230	3.358	3.533	3.705

Q: Statistik Austria.

Die Reisenachfrage der Österreicher entwickelte sich 2002 – nach dem kräftigen Zuwachs im Jahr 2001 – nur gedämpft: Die Aufwendungen für Inlandsaufenthalte stiegen nominell geringfügig, real stagnierten sie. Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen wurden gegenüber 2001 nicht mehr gesteigert und gingen real um 3% zurück.

Im internationalen Vergleich schnitt die österreichische Tourismuswirtschaft hervorragend ab: Im Jahr 2002 gewann Österreich – gemessen an den internationalen europäischen Zahlungsströmen – weiterhin an Marktanteilen und erreichte einen Wert von 5,7% (+6,1% gegenüber dem Vorjahr; Abbildung 8). Damit war Österreich das einzige europäische Land, das signifikante Marktanteilsgewinne verbuchte.

Abbildung 8: Entwicklung des nominellen Marktanteils Österreichs im internationalen europäischen Tourismus



Q: IMF, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne internationalen Personentransport; 2002: Schätzung.

Die Ursachen der Verbesserung der Wettbewerbsposition sind vielfältig: Die Positionsgewinne können zum Teil auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen zurückgeführt werden, aber auch auf eine erfolgreiche Vermarktung Österreichs als qualitativ hochwertige Kurzurlaubsdestination mit hohem Erlebniswert im Zentrum Europas. Weiters wirkte sich die wachsende Verunsicherung der Gäste in Bezug auf deren Sicherheitsbedürfnis (Terrorangst, Kriegsgefahr) aus – Österreich gilt als sicheres, bequem mit dem Auto erreichbares Urlaubsland.

In der Sommersaison glichen diese positiven Struktureffekte die von der internationalen Konjunkturschwäche ausgehende Dämpfung mehr als aus und belebten die Auslandsnachfrage, während in der Wintersaison der negative Konjunkturreffekt stark durchschlug. Auf die Inlandsnachfrage dürfte der negative Konjunkturreffekt in beiden Saisonen deutlich größeren Einfluss haben als die positiven Struktureffekte.

In der Wintersaison 2001/02 schwächte sich die Zunahme der Tourismusumsätze gegenüber dem Vorjahr deutlich ab und erreichte nach +9,8% in der Saison 2000/01 nur +3,8%; die Auslandsnachfrage stieg mit +4% etwas lebhafter als die Inlandsnachfrage (+2,9%).

Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern waren die Nächtigungen von Gästen aus Japan, den USA, Australien und Spanien deutlich rückläufig. Die Zahl der Übernachtungen deutscher Gäste stieg nur schwach.

Der Städtetourismus entwickelte sich unterdurchschnittlich, wobei insbesondere die schwache Entwicklung der Flugreisestationen Wien und Innsbruck durchschlug. Wien war auch durch die Negativ-Berichterstattung im Zuge der Hochwasserkatastrophe benachteiligt (August 2002 rund –10%).

## Nächtigungszuwächse im Sommer

Die Umsätze fielen in der Sommersaison mit einer Wachstumsrate von 7,3% wesentlich günstiger aus als in der Wintersaison. Die Ausgaben der Ausländer expandierten um 8,3%, während jene der Inländer das Vorjahresniveau um nur 3,9% überstiegen.

Mit Ausnahme der Sommersaison 1998 – in dieser wirkten sich die EU-Präsidentenschaftseffekte positiv aus<sup>9)</sup> – wurde erstmals seit 1991 ein Zuwachs der Nächtigungen ausländischer Gäste realisiert (+2,8%). Zum Teil dürfte das der Tatsache zuzuschreiben sein, dass Österreich international als sichere Autoreisedestination gilt.

Ebenfalls erstmals seit 1991 nahm dabei die Zahl der Nächtigungen von Besuchern aus Deutschland, Österreichs wichtigstem Herkunftsmarkt zu (+2,9%). Ähnlich wie in der Wintersaison waren auch im Sommer beträchtliche Einbußen auf den Herkunftsmärkten USA, Japan, Australien und Spanien zu verzeichnen. Leicht rückläufig war die Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten.

Im Gegensatz zum Tourismus im ländlichen Raum ging die Nachfrage nach Städteaufenthalten zurück.

Egon Smeral ([Egon.Smeral@wifo.ac.at](mailto:Egon.Smeral@wifo.ac.at))

Statistik: Sabine Fragner ([Sabine.Fragner@wifo.ac.at](mailto:Sabine.Fragner@wifo.ac.at))

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind nicht nur die mit Abstand größte Nachfragekomponente der österreichischen Wirtschaft, ihnen kommt auch eine stabilisierende Wirkung zu. Diese resultiert aus einer längerfristigen Ausrichtung des Konsumverhaltens<sup>10)</sup> sowie dem Bestreben, einmal erreichte Konsumstandards weitgehend beizubehalten. Kurzfristige Einkommenschwankungen schlagen sich dementsprechend nicht in gleich großen Änderungen der Konsumausgaben nieder. In den letzten Jahren nahmen die Einkommen der privaten Haushalte wegen der Konjunkturschwäche und fiskalischer Maßnahmen zur Erreichung des angestrebten "Nulldefizits" nur mäßig zu. Die privaten Haushalte passten ihre Ausgaben nicht voll der Einkommensentwicklung an; die Konsumquote (d. h. die Konsumausgaben bezogen auf das Einkommen) stieg, und zwar stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Die unter diesen Rahmenbedingungen relativ günstige Konsumententwicklung stützte das Wirtschaftswachstum in Österreich. Das hohe Niveau der Konsumquote ließ im Jahr 2002 eine Gegenbewegung erwarten, d. h. einen (trendmäßigen) Rückgang der Konsumquote, die Konjunkturverschlechterung eher einen weiteren Anstieg.

## Privater Konsum wächst nur mäßig

### Übersicht 21: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Sparquote

	Privater Konsum <sup>1)</sup>		Persönlich verfügbares Einkommen		Sparquote In % des verfügbaren Einkommens <sup>2)</sup>
	Nominell	Real	Nominell	Real	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1995/1998	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,3	9,3
1999	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,3	8,5
2000	+ 4,9	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,1	8,3
2001	+ 3,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	7,4
2002	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,9	+ 1,0	7,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Auch von der Einführung des Euro als Bargeld waren Auswirkungen auf die Konsumententwicklung im Jahr 2002 zu erwarten, zumindest auf den unterjährigen Verlauf und unterschiedlich für die einzelnen Güterarten. Nach einer Phase der Gewöhnung an den Euro, in der mit einer gewissen Kaufzurückhaltung zu rechnen war, sollte sich die Ausgabenentwicklung normalisieren bzw. wegen der Geldillusion (kleine Beträge in Euro, die den Eindruck niedriger Preise vermitteln) sogar verstärken. Eine wichtige Zä-

<sup>9)</sup> Smeral, E., Wüger, M., Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Übernahme der EU-Präsidentenschaft durch Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Wien, 1999.

<sup>10)</sup> Die Konsumentscheidung hängt einerseits vom laufenden Einkommen, andererseits von längerfristigen Einkommenserwartungen ab.

**Sparquote nimmt nur leicht zu**

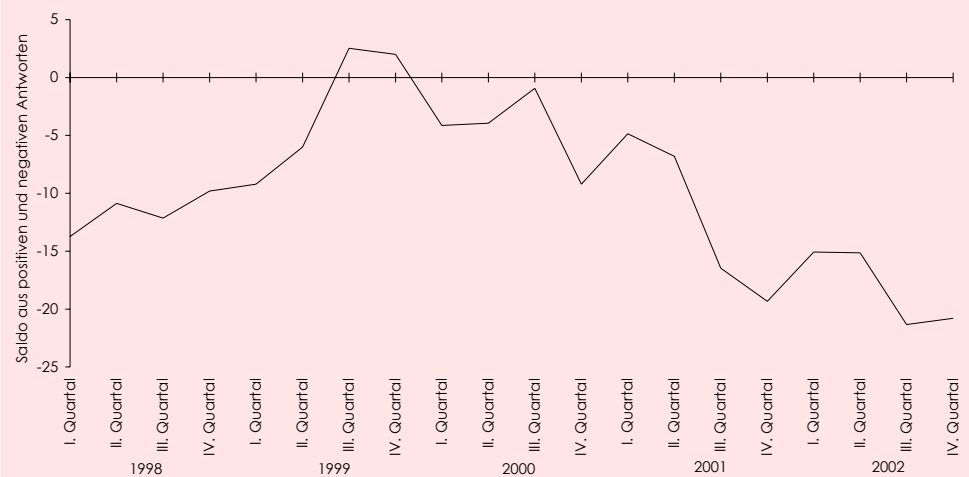
sur war dabei das Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung. Im Jänner und Februar waren die Preise sowohl in Euro als auch in Schilling auszuweisen<sup>11)</sup>, sodass die privaten Haushalte ein "Sicherheitsnetz" vorfanden. Die Gewöhnung an die neue Währung sollte bei täglich gekauften Gütern rascher gelingen als bei solchen, die in relativ großen Zeitabständen angeschafft werden. Außerdem war zu erwarten, dass die Konsumenten den Kauf von teuren Gütern vorsichtiger disponieren, solange sie mit der neuen Währung nicht vertraut waren.

Die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) gaben im Jahr 2002 rund 125 Mrd. € für Zwecke des privaten Konsums aus, um 2,8% mehr als ein Jahr davor. Deflationiert mit dem impliziten Preisindex des privaten Konsums ergibt sich eine reale Steigerung von 0,9%. Sie ist etwas höher als im Durchschnitt des Euro-Raums (+0,6%). Ungünstiger als in Österreich verlief die Konsumententwicklung vor allem in Deutschland (-0,5%)<sup>12)</sup>.

Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Einkommen der privaten Haushalte in Österreich 2002 nominell um 2,9% zu, real um 1,0%. Die Konsumquote änderte sich wegen des nahezu identischen Verlaufs von Konsum und Einkommen kaum. Die Sparquote (sie setzt als Pendant zur Konsumquote das Sparen<sup>13)</sup> in Beziehung zum Einkommen) war 2002 mit 7,5% nur wenig höher als ein Jahr davor, weil der trendbedingte Anstieg durch den konjunkturbedingten Rückgang nahezu ausgeglichen wurde.

Der reale Zuwachs der Konsumausgaben war in der ersten Jahreshälfte (+0,4% gegenüber dem Vorjahr) erwartungsgemäß schwächer als in der zweiten (+1,4%); insbesondere nach Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung war die Nachfrage gedämpft (II. Quartal ±0,0%)<sup>14)</sup>. Saisonbereinigt ging die Nachfrage im II. Quartal zurück (-0,4% gegenüber der Vorperiode), im 2. Halbjahr war sie um 1,1% höher als im 1. Halbjahr. Sowohl Umfragen als auch Modellsimulationen deuten darauf hin, dass die Einführung des Euro und insbesondere das Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung für diese Entwicklung (Nachfrageschwäche im II. Quartal, Belebung in der zweiten Jahreshälfte) maßgebend waren.

Abbildung 9: Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO.

<sup>11)</sup> Ausgenommen waren Kleinbetriebe (bis 10 Beschäftigte), in denen nur Umrechnungstabellen aufliegen mussten.  
<sup>12)</sup> Rein saldenmechanisch lassen sich die Unterschiede zwischen dem Wirtschaftswachstum in Deutschland und Österreich durch Differenzen der Konsumententwicklung erklären.  
<sup>13)</sup> Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn errechnet sich aus der Differenz zwischen Einkommen und Konsum, vermehrt um die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.  
<sup>14)</sup> Konsumdaten liegen nur quartalsweise vor, sodass die Entwicklung in den Monaten Jänner und Februar nicht getrennt untersucht werden kann.

Die mäßige Konsumsteigerung und der leichte Anstieg der Sparquote im Jahr 2002 hängen auch mit der Konsumentenstimmung zusammen. Stimmungen und Erwartungen wirken sich auf die Kaufwilligkeit der Konsumenten aus – neben der Kauffähigkeit, die hauptsächlich von der Einkommensentwicklung abhängt, eine wichtige Determinante der Entwicklung der Konsumausgaben insbesondere für bestimmte Gütergruppen. Nach Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), die von der EU-Kommission gefördert werden, war der "Vertrauensindex" (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Durchschnitt des Jahres 2002 um 7% niedriger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stieg der Sparindikator. Pessimistisch wurden 2002 die Arbeitsmarktsituation und insbesondere die Preisentwicklung eingeschätzt. Letzteres hängt nach Umfrageergebnissen auch mit der Einführung des Euro als Bargeld zusammen. Detaillierte Vergleiche mit Deutschland und der Schweiz sowie eine Analyse des zeitlichen Verlaufs einzelner Untergruppen des Verbraucherpreisindex liefern jedoch keinen Hinweis darauf, dass der Einführung des Euro als Bargeld eine deutliche preiserhöhende Wirkung zuzuschreiben wäre. In einigen Bereichen wurden demnach allerdings Preiserhöhungen vorgenommen, die mit der Währungsumstellung zusammenhängen könnten; ihre Schwerpunkte liegen im Dienstleistungssektor<sup>15)</sup>.

#### Übersicht 22: Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Real

	Ø 1989/1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2	- 1,1	+ 3,3
Tabak und alkoholische Getränke	+ 1,3	+ 5,3	+ 3,9	- 4,5	+ 0,1
Bekleidung, Schuhe	± 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,0	- 0,4
Wohnen, Beheizung	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,2
Einrichtung	+ 3,0	- 0,7	+ 2,3	- 0,6	- 0,8
Gesundheit	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,9
Transport	+ 2,0	+ 6,1	+ 0,3	- 1,1	- 0,7
Kommunikation	+ 10,2	+ 4,3	+ 18,2	+ 3,6	+ 3,6
Erholung, Kultur	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,1	+ 0,8	+ 0,2
Bildung	+ 1,2	+ 6,2	+ 2,0	- 0,4	+ 0,4
Gaststätten, Beherbergung	+ 5,3	+ 5,1	+ 11,2	+ 11,5	+ 3,1
Übrige Waren	+ 3,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,6
Ausgaben im Ausland	+ 2,4	- 1,4	+ 4,9	+ 4,9	- 3,1
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,6
Privater Konsum insgesamt	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,0	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	- 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Das geringe Ausmaß des Konsumwachstums im Jahr 2002 ist hauptsächlich auf die Schwäche der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zurückzuführen. Der Kauf dieser Güter ist sehr konjunkturreegibel und außerdem von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Die gedämpfte Konjunkturentwicklung und die schlechte Stimmung der Verbraucher im Jahr 2002 engten daher den Expansionspielraum für diese Anschaffungen ein. Zusätzlich gedämpft wurde die Nachfrage von der Einführung des Euro als Bargeld: Der Preis dieser Güter je Kaufeinheit ist relativ hoch, sodass sich die Unsicherheit gegenüber der neuen Währung hier besonders bemerkbar machte. Das Zusammenwirken dieser Faktoren hatte 2002 einen leichten realen Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zur Folge (-0,2%). Die

**Nachfrage nach  
dauerhaften Konsum-  
gütern rückläufig**

<sup>15)</sup> Teils erklärt sich die Diskrepanz zwischen subjektiver Inflationswahrnehmung und tatsächlicher Inflation damit, dass die Verbraucher der Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die sie häufig kaufen bzw. beanspruchen, ein großes Gewicht beimessen. Dagegen werden Änderungen der Preise von Anschaffungen, die in größeren Zeitabständen getätigt werden, oder von Leistungen, die routinemäßig beansprucht werden, kaum wahrgenommen; siehe dazu auch Pollan, W., "Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), S. 633-640, [http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22883](http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22883)

Käufe von Pkw sanken um 3,3%, jene von Möbeln um 5%, während die Ausgaben für therapeutische Erzeugnisse (+13,6%) wegen des Fitnessbooms stiegen.

Die Nachfrage nach nichtdauerhaften Waren und Dienstleistungen folgt in der Regel einem längerfristigen Trend und begründet so die stabilisierende Wirkung des Konsums im Konjunkturverlauf. Sie übertraf im Durchschnitt des Jahres 2002 das reale Vorjahresniveau um 1,1%. Dabei erhöhte sich nach dem Rückgang im Vorjahr (BSE-Krise) die Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Da diese Güter regelmäßig angeschafft werden und ihre Preise jeweils relativ niedrig sind, wurde der Absatz durch die Einführung des Euro kaum gedämpft<sup>16)</sup>. Die Ausgaben für Wohnung und Beheizung nahmen real ebenfalls zu. Kommunikationsdienste waren auch 2002 gefragt, während die konjunktur reagiblen Ausgaben im Ausland zurückgingen.

### Übersicht 23: Entwicklung der Umsätze im Handel

Ø 1995 = 100

	Ø 1999/2001	2002						
		Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Nominell</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,8	+ 1,0	- 0,5	+ 2,5	- 0,5	- 0,5	+ 2,6	+ 2,4
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 0,4	- 2,0	- 4,3	+ 0,6	- 3,9	- 4,6	- 0,5	+ 1,8
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,4	+ 3,6	- 0,1	+ 0,9	+ 4,4	+ 2,9
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,5	+ 0,6	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,9	+ 0,9	+ 1,6
<i>Real</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	+ 2,3	- 0,3	± 0,0	+ 3,0	+ 1,7
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 2,1	- 3,6	- 5,5	- 1,3	- 4,9	- 6,0	- 2,2	- 0,4
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,3	+ 2,4
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 0,5	+ 0,8	± 0,0	+ 1,5	+ 0,6	- 0,6	+ 1,3	+ 1,7

Q: Statistik Austria.

### Umsatzzuwächse im Handel

Die Umsätze des Handels übertrafen im Jahr 2002 das reale Ergebnis des Vorjahres um 1,2%. Stagnierten sie im 1. Halbjahr etwa auf dem konjunkturbedingten relativ hohen Vergleichswert (2001 real -0,1%), so übertrafen sie im 2. Halbjahr (+2,3%) das niedrige Ausgangsniveau. Konjunkturell hat sich die Umsatzentwicklung im Laufe des Jahres 2002 kaum belebt.

Die einzelnen Sparten schnitten recht unterschiedlich ab. Die Umsätze des Kfz-Handels (einschließlich Reparatur von Kfz, Tankstellen) unterschritten auch im Jahr 2002 das reale Vorjahresniveau. Die Nachfrage ist in diesem Bereich besonders konjunktur reagibel und von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Die Eintrübung der Konjunktur und die Verschlechterung der Konsumentenstimmung dämpften die Nachfrage, weil der Kaufzeitpunkt für diese Güter leichter verschoben<sup>17)</sup> und der Konjunkturlage angepasst werden kann. Auch die Einführung des Euro als Bargeld machte sich hier wegen des hohen Preises der Güter stärker negativ bemerkbar<sup>18)</sup>.

Der Verlauf der Einzelhandelsumsätze hängt von den einzelhandelsrelevanten Ausgaben der Österreicher im Inland und jenen ausländischer Touristen in Österreich ab. Die hauptsächlich einkommensbedingte mäßige Steigerung der Konsumausgaben der Inländer und die Zunahme der Ausgaben ausländischer Touristen in Österreich schlugen sich in einem realen Umsatzzuwachs im österreichischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) von 0,8% nieder. Der Geschäftsgang war damit deutlich günstiger als in Deutschland, wo die Umsätze um 2,3% zurückgingen und der Einzelhandel weitere Marktanteile an den Gesamtkonsumausgaben verlor<sup>19)</sup>. Das Weihnachtsgeschäft

<sup>16)</sup> Geldillusion (siehe oben) könnte die Nachfrage stimuliert haben.

<sup>17)</sup> Durch Reparaturen kann z. B. der Ersatzzeitpunkt eines Autos flexibler gestaltet werden.

<sup>18)</sup> Außerdem hatte der Autohandel gegen Jahresende 2001 den Umsatz durch Verbilligungsaktionen angekurbelt. Diese Nachfrage fehlte 2002.

<sup>19)</sup> Dafür spricht, dass sich die realen Umsätze des Einzelhandels deutlich stärker verringerten als die Konsumausgaben.

verlief entgegen ersten Pressemeldungen nicht schlecht: Der Einzelhandel setzte im Dezember laut Statistik Austria – wie vom WIFO prognostiziert – etwas mehr um als 2001 (+0,9%).

Einen relativ guten Geschäftsgang verzeichnete 2002 der Lebensmittelhandel. Neben der geringen Konjunkturabhängigkeit dürfte auch die freiwillige Weiterführung der doppelten Preisauszeichnung durch manche Einzelhandelsketten zur Stabilisierung der Nachfrage beigetragen haben. Die Unsicherheit der Konsumenten in der Folge der Euro-Einführung scheint den Trend zu Diskontern verstärkt zu haben – die Konsumenten kaufen in einer Phase, in der sie die Inflation als hoch empfinden, in relativ preisgünstigen Geschäften ein.

Der Geschäftsgang des Großhandels wird neben der Entwicklung des Konsums auch von jener der Industrieproduktion und des Außenhandels geprägt. Die relativ günstige Entwicklung des Außenhandels ("sonstiger Großhandel") und der Handelsvermittlung hatten zur Folge, dass die Umsätze des Großhandels (ohne Kfz-Handel) im Durchschnitt des Jahres 2002 das Vorjahresniveau um 2,6% übertrafen.

#### Übersicht 24: Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	Ø 1999/2001	2002						
		Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Preise (Ø 1995 = 100)								
Handel, Reparatur von Kfz und Verbrauchsgütern	+ 1,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,6
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,3	- 0,6	- 1,0	- 0,2	- 0,7	- 1,2	- 0,9	+ 0,5
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Verbrauchsgütern	+ 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	± 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,1
Beschäftigung								
Handel, Reparatur von Kfz und Verbrauchsgütern	+ 1,2	- 0,6	- 0,1	- 1,0	+ 0,2	- 0,4	- 0,9	- 1,2
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,7	- 0,4	+ 0,6	+ 1,0	± 0,0	- 0,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 1,2	- 0,6	- 0,1	- 1,1	+ 0,3	- 0,5	- 0,9	- 1,2
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Verbrauchsgütern	+ 1,2	- 0,7	- 0,3	- 1,1	- 0,1	- 0,6	- 1,1	- 1,2

Q: Statistik Austria.

Die Beschäftigung ging im Handel im Jahresdurchschnitt 2002 um 0,6% zurück; dabei wurden im Kfz-Handel in geringem Ausmaß Arbeitsplätze geschaffen, während der Großhandel (ohne Kfz-Handel) und der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) ihren Beschäftigtenstand verringerten. Aus der Gegenüberstellung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung ergibt sich gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten<sup>20)</sup> ein Produktivitätsanstieg im Handel von 1,8%. Im Einzelhandel betrug der so ermittelte Produktivitätsanstieg 1,5%, im Großhandel 3,2%; im Kfz-Handel nahm die Produktivität nach diesem groben Indikator nicht zu.

Nach den Ergebnissen von Statistik Austria stiegen die Preise im Handel im Jahresdurchschnitt 2002 gemessen an den impliziten Deflatoren nicht. Eine Verteuerung wurde nur im Kfz-Bereich ermittelt.

Michael Wüger ([Michael.Wueger@wifo.ac.at](mailto:Michael.Wueger@wifo.ac.at))  
Statistik: Martina Agwi ([Martina.Agwi@wifo.ac.at](mailto:Martina.Agwi@wifo.ac.at))

Die weltwirtschaftlichen Bedingungen für eine Verlangsamung des Preisauftriebs waren im Jahr 2002 günstig: Die Weltkonjunktur schwächte sich ab, und die Weltmarktrohstoffpreise sanken; allerdings beschleunigte sich im Euro-Währungsraum der Lohnauftrieb, und in einer Reihe von Ländern ging von der Erhöhung indirekter Steuern und administrativer Preise ein Aufwärtsdruck auf die Inflation aus. Dazu kam zu

#### Nachlassen der Inflation im Jahr 2002

<sup>20)</sup> Sinnvoller wäre es, die Produktivität nicht pro Kopf, sondern am Arbeitsvolumen (Vollzeitäquivalent) zu messen. Angaben über Vollzeitäquivalente liegen jedoch nicht vor.

Beginn der Jahres 2002 ein Kälteeinbruch in den Mittelmeerländern, der die Preise von Gemüse in die Höhe schnellen ließ.

Übersicht 25: Entwicklung der Preise

	Ø 1992/2002 Jährliche Veränderung in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+ 0,9	- 10,9	+ 1,2
Schillingbasis	+ 3,8	- 8,5	- 4,2
Ohne Energierohstoffe	+ 1,1	- 6,4	- 4,9
Nahrungs- und Genussmittel	+ 1,4	- 5,7	+ 3,0
Industrierohstoffe	+ 1,0	- 6,7	- 7,6
Agrarische Industrierohstoffe	+ 0,9	- 7,6	- 7,9
NE-Metalle	+ 1,7	- 9,8	- 0,1
Energierohstoffe	+ 5,5	- 9,4	- 3,8
Rohöl	+ 5,7	- 10,9	- 3,8
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,4
Investitionsgüter	- 0,5	- 0,2	+ 0,1
Intermediärgüter	+ 0,4	+ 1,3	- 1,4

Die Konjunkturschwäche und der Rückgang der Rohstoffpreise begünstigten 2002 in Österreich die Preisstabilität.

Nach zwei Jahren kräftigen Preisauftriebs bröckelten die Rohstoffpreise laut HWWA-Index auf Dollarbasis im Jahr 2001 ab und stabilisierten sich im Jahr 2002. Für die heimischen Verarbeiter ergab sich im Durchschnitt des Jahres 2002 infolge der Stärkung des Euro gegenüber dem Dollar sogar eine leichte Verbilligung.

Im Euro-Währungsgebiet ermäßigte sich die Inflation nur geringfügig, von 2,4% im Jahr 2001 auf 2,2% im Jahr 2002. Dieser Rückgang ist hauptsächlich eine Folge der niedrigeren Teuerungsrate für unverarbeitete Nahrungsmittel (+3,1%) und Energie (-0,6%). Für die Preise von Industrieerzeugnissen (ohne Energie) ergab sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von 1,4%, der allerdings in dem Maße abflachte, als Preisschocks aus der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Rohölpreisen und dem Verfall des Euro gegenüber dem Dollar abklagen. Die leichte Beschleunigung der Inflation der Dienstleistungen auf 3,1% dürfte sowohl den verstärkten Lohnauftrieb als auch preistreibende Effekte der Euro-Bargeldumstellung widerspiegeln.

Auch im Jahr 2002 gehörte Österreich zu jenen Ländern im Euro-Währungsgebiet, welche die geringste Teuerung aufwiesen.

In Österreich fällt der Preisanstieg schon seit einigen Jahren geringer aus als im Durchschnitt des Euro-Währungsgebietes. Dies gilt auch für 2002. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex, der für alle EU-Länder vergleichbare Inflationsraten ausweist, betrug die Teuerungsrate im Jahr 2002 1,7%; sie lag um ½ Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der Euro-Zone. Österreich gehört damit weiterhin zu jenen Ländern, die das größte Maß an Preisstabilität aufweisen. Lediglich in Deutschland (1,3%) und Belgien (1,6%) wurde eine niedrigere Inflationsrate gemessen.

Laut dem nationalen Verbraucherpreisindex, der nach wie vor zur Analyse der Teuerung in Österreich vorwiegend verwendet wird, ermäßigte sich die Inflationsrate um nahezu 1 Prozentpunkt von 2,7% auf 1,8%<sup>21)</sup>.

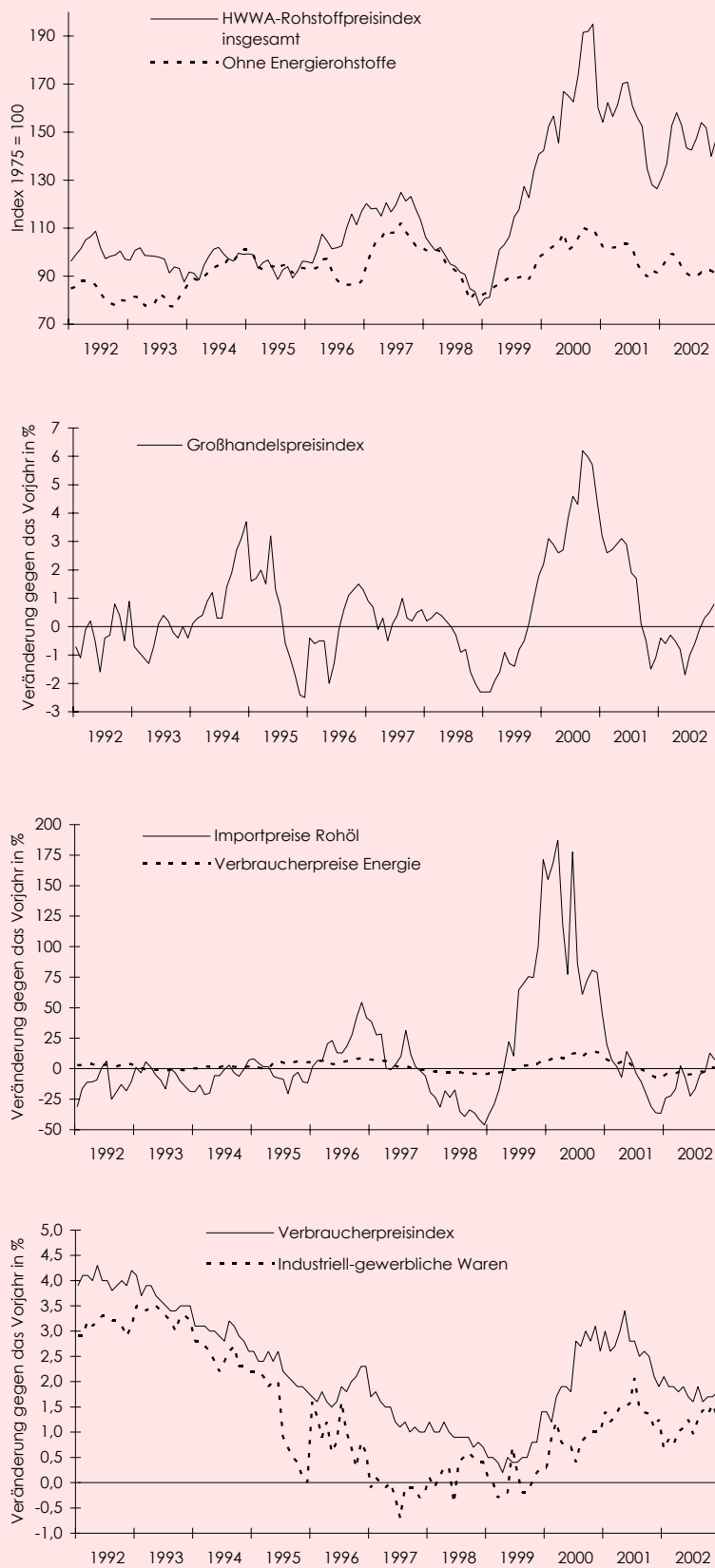
Ähnlich wie im Euro-Währungsgebiet bestimmen in Österreich der Verlauf der Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölpreise, sowie die Entwicklung der Lohnkosten – und zwar sowohl in den Haupthandelspartnern als auch in Österreich selbst – von der Kostenseite her den Preisauftrieb. Allerdings wird der Gleichlauf der Entwicklung durch die je nach Land unterschiedliche Veränderung der indirekten Steuern und administrativer Preise erheblich gelockert. Ein Beispiel hierfür sind die Anhebung bzw. Einführung einiger Gebühren in Österreich im Jahr 2001 und das Auslaufen dieser Teuerungseffekte in der Berechnung der Inflationsrate im Jahr 2002: Nachdem die Preise institutioneller Dienstleistungen 2001 um 4,0% erhöht worden waren und einen erheblichen Beitrag zur Teuerungsrate in diesem Jahr geliefert hatten, betrug die Steigerungsrate dieser Preise im Jahr 2002 nur mehr 2,7% (unter Berücksichtigung der

### Merklicher Rückgang der Teuerungsrate in Österreich

<sup>21)</sup> Siehe dazu Pollan, W., "Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(12), [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p.language=1&pubid=23245](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p.language=1&pubid=23245).

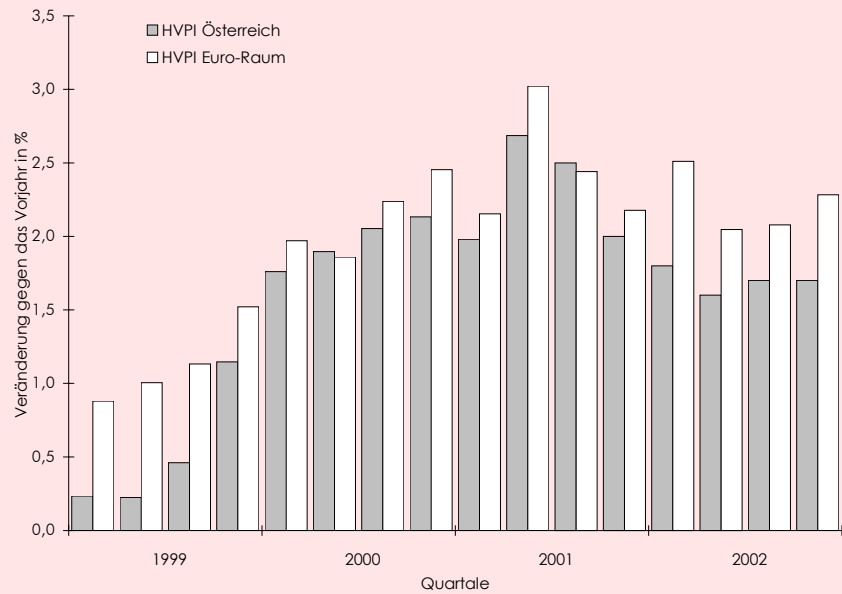
Einführung der Studiengebühren, welche die gesamte Inflationsrate 10 Monate lang um 0,2 Prozentpunkte erhöhte).

Abbildung 10: Entwicklung der Rohstoffpreise



Q: HWWA, Statistik Austria.

Abbildung 11: Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum



Q: OECD, Statistik Austria.

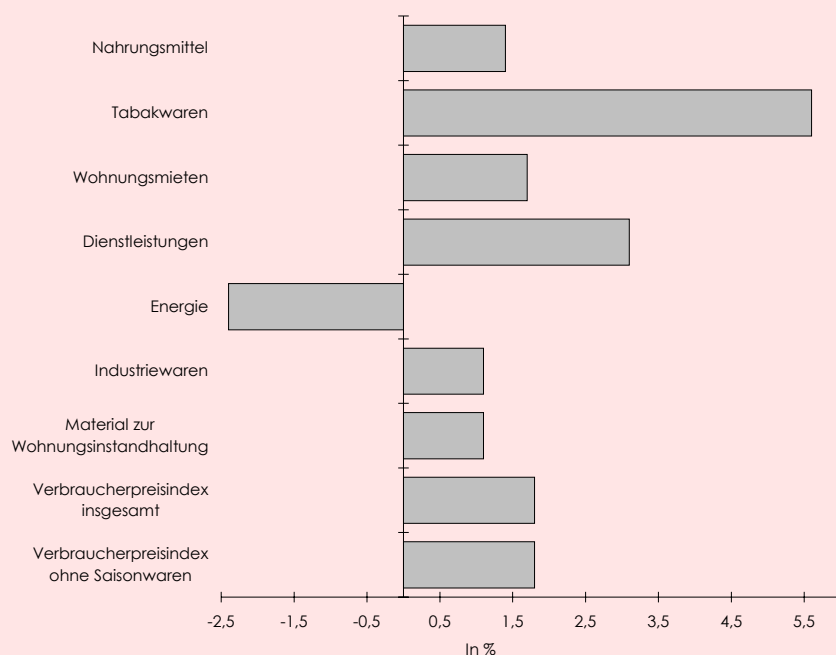
Übersicht 26: Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1992/2002 Jährliche Veränderung in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	.	+ 2,3	+ 1,7
Kerninflationsrate <sup>1)</sup>	.	+ 2,3	+ 2,0
Nationaler Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,8
Saisonwaren	+ 2,3	+ 7,4	+ 4,3
Verbraucherpreisindex ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,7
Verbraucherpreisindex ohne Energie	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,1
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,8
Tabakwaren	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,6
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,9
Beleuchtung und Beheizung	+ 1,6	+ 3,2	- 2,1
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,9
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,1
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,3
Körper- und Gesundheitspflege	+ 2,8	+ 4,4	+ 2,4
Freizeit und Bildung	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,3
Verkehr	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,8
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,4
Tabakwaren	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,6
Industrielle und gewerbliche Waren	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1
Dienstleistungen	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1
Persönliche Dienstleistungen	.	+ 2,7	+ 3,6
Institutionelle Dienstleistungen <sup>2)</sup>	.	+ 4,0	+ 2,7
Energie	+ 1,9	+ 0,5	- 2,4
Mieten	+ 4,0	+ 2,8	+ 1,7
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung <sup>3)</sup>	.	+ 3,8	+ 1,3

<sup>1)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – <sup>2)</sup> Einschließlich Abgaben (Gebühren für Wasser, Kanal, Müllabfuhr und Rauchfangkehrer). – <sup>3)</sup> Ohne Abgaben.

Abweichungen von der Preisentwicklung im Euro-Währungsgebiet, die zur Dämpfung der Teuerungsrate beitrugen, ergeben sich auch im Bereich der Energiepreise (-2,4%) und der Preise von industriellen und gewerblichen Waren (+1,1%).

Abbildung 12: Teuerungsraten in den wichtigsten Verbrauchsgruppen im Jahr 2002



Q: Statistik Austria.

Seit nahezu zwei Jahren wird die Frage diskutiert, welche Auswirkungen die Einführung des Euro als Bargeld auf die Preise haben könnte. Dahinter stehen die von den Konsumenten geäußerten Befürchtungen, dass der Wechsel von der nationalen Währung zum Euro zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werden könnte.

Die Untersuchungen des WIFO<sup>22)</sup> zeigen jedoch, dass von einem Preisschub auf breiter Front als Folge der Bargeldumstellung nicht gesprochen werden kann. In einzelnen Bereichen dürfte die Einführung des Euro allerdings zu besonderen Preiserhöhungen genutzt worden sein. Die Gastronomie war eine jener Branchen, welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen. Anders als in Deutschland und anderen Ländern des Euro-Währungsgebietes gibt es keine Hinweise darauf, dass der Jahreswechsel 2001/02 in Österreich dazu verwendet wurde, die Preise anzuhähen. Erst im Sommer und Herbst 2002 traten Preiserhöhungen in Kraft, die als Eurobedingte Nachzieheffekte interpretiert werden können.

In anderen Dienstleistungsbereichen ähnelte die Entwicklung in Österreich allerdings jener in der Euro-Zone. So wurden die Preise im Friseurgewerbe, von Autoreparaturen und von Installationsdienstleistungen verhältnismäßig stark angehoben; allerdings blieben die Jahresveränderungsraten vorwiegend unter der Marke von 5%.

Besonderes Interesse beansprucht auch die Preisentwicklung der großen Gruppe von Industrieerzeugnissen. Hier war insgesamt zu Beginn des Jahres 2002 eine stabile Entwicklung zu beobachten; die Preissteigerungen blieben um gut ½ Prozentpunkt unter jenen in Deutschland. Dieser Unterschied verkehrte sich in den letzten Monaten des Jahres in das Gegenteil, und die Teuerungsraten lag um ½ Prozentpunkt über jener in Deutschland, allerdings noch immer deutlich unter dem Durchschnitt für das Euro-Währungsgebiet. Diese Entwicklung könnte zum Teil eine verzögerte Reaktion auf die Zurückhaltung in der Preisgestaltung unmittelbar nach der Einführung des Euro als Bargeld gedeutet werden.

### Preisentwicklung und die Einführung des Euro

Die Bargeldumstellung von Schilling auf Euro hatte in Österreich keine Teuerungswelle zur Folge.

<sup>22)</sup> Pollan, W., "Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), [http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=22883](http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22883); Pollan, W., "Preisentwicklung und die Einführung des Euro", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(12), [http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20965](http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20965).

**Gedämpftes Wachstum und getrübe Konjunkturaussichten drücken Lohnabschlüsse 2002**

Die schleppende Erholung der Konjunktur und die anhaltend trüben Aussichten für ganz Europa schlugen sich bei mäßigem Preisauftrieb in der Herbstlohnrunde 2002 deutlich nieder. Die Lohnabschlüsse lagen im Durchschnitt rund ¾ Prozentpunkte unter denen des Vorjahres. Nach dem konjunkturbedingten Verdiensteinbruch und Reallohninbußen im Jahr 2001 erreichten 2002 die Arbeitnehmer mit einem Zuwachs der Pro-Kopf-Einkommen wieder leichte Reallohnsteigerungen.

Im Herbst 2001 standen die Lohnverhandlungen unter dem Eindruck hoher Inflationsraten einerseits, andererseits einer nach den Terroranschlägen in den USA labilen Weltkonjunktur und forcierter Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte zur Erreichung des "Nulldefizits".

In diesem schwierigen Umfeld vereinbarten die Tarifparteien für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie sowie der Elektro- und Elektronikindustrie (die erstmals getrennt verhandelten) eine Anhebung der tarifvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter um 3,0% und der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9%. Für das Metallgewerbe wurden um 3,0% höhere Kollektivvertrags- und um 2,7% höhere Ist-Löhne festgelegt.

Im Handel einigten sich die Tarifparteien auf eine durchschnittliche Erhöhung um 2,51%; für den öffentlichen Dienst wurde schon im Gehaltsgesetz von 2001 für 2002 eine Anhebung der Gehälter um 0,8% beschlossen. Die Abschlüsse der Telekommunikationsanbieter und der Kreditinstitute sahen eine Steigerung um rund 2½% sowie Einmal- bzw. Fixbeträge vor.

Übersicht 27: Lohnrunde 2002

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne <sup>1)</sup>	Ist-Löhne Veränderung in %
<b>Bedienstete</b>			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 1,1	
<b>Arbeiter</b>			
Metallgewerbe	Jänner	+ 3,0	+ 2,7
Erdölverarbeitung	Februar	+ 2,9	
Druck und Grafik	April	+ 2,9	
Textilindustrie	April	+ 2,6	+ 2,2
Stein- und keramische Industrie	Mai	+ 2,7	+ 2,1
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,9	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+ 2,6	
Holz- und Sägeindustrie	Mai	+ 2,6	+ 2,4
Chemische Industrie	Mai	+ 3,0	+ 3,0
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,0	
Glasindustrie	Juni	+ 3,0 <sup>2)</sup>	
Metallindustrie	November	+ 2,3	+ 2,2 <sup>3)</sup>
<b>Angestellte</b>			
Handel	Jänner	+ 2,5	
Banken	Februar	+ 2,6	
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,6	
Versicherungen	April	+ 2,9	
Textilindustrie	April	+ 2,6	+ 2,2
Papierindustrie	November	+ 2,5	+ 2,4 <sup>4)</sup>
Glasindustrie	November	+ 2,0	+ 2,0
Chemische Industrie	November	+ 1,3	+ 1,3 <sup>5)</sup>
Metallindustrie	November	+ 2,3	+ 2,2 <sup>3)</sup>
Stein- und keramische Industrie	November	+ 2,0	+ 2,0
Papierverarbeitung	November	+ 2,3	+ 2,3

Q: Statistik Austria; Gewerkschaften. – <sup>1)</sup> Laut Tariflohnindex. – <sup>2)</sup> Jänner +0,3%, Juni +2,7%. – <sup>3)</sup> Einmalzahlung von 110 €, Verteilungsoption: 0,6% der betrieblichen Gehaltssumme, tatsächliches Gehalt mindestens +1,9%. – <sup>4)</sup> Verteilungsoption: 0,3% der betrieblichen Gehaltssumme, tatsächliches Gehalt mindestens +2,15% oder +40 €. – <sup>5)</sup> Einmalzahlung von 50 €.

Auch die Abschlüsse seit Jahresbeginn 2002 folgten im Wesentlichen der im Herbst vorgegebenen Linie; die Kollektivverträge der Mineralölindustrie, der Tages- und Wochenzeitungen sowie der Versicherungswirtschaft richteten sich mit Steigerungssätzen zwischen 2,9% und knapp 3,0% eher nach den Vereinbarungen der Industrie.

Für die Angestellten der Sozialversicherungen kam nach schwierigen Verhandlungen Mitte Februar ein mit Jahresbeginn rückwirkender Abschluss von +2,76% für 2002 und +0,9% ab 1. Jänner 2003 zustande; im Jahr 2004 soll die Veränderung der Inflationsrate berücksichtigt werden. Mit 1. April traten neue Kollektivverträge für die An-

gestellten des graphischen Gewerbes (+2,7%) und der Speditionen (+2,5%) in Kraft<sup>23)</sup>.

Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft stiegen laut Tariflohnindex 2002 die tariflichen Mindestlöhne mit +2,4% um ¼ Prozentpunkt schwächer als im Jahr 2001. Am niedrigsten war die Steigerung im öffentlichen Dienst (+1,1%). In der Privatwirtschaft nahmen sowohl die Löhne der Arbeiter als auch die Gehälter der Angestellten um 2,7% zu; in der Industrie und in der Geld- und Versicherungswirtschaft stiegen die Mindestlöhne und -gehälter leicht und im Verkehrswesen, dessen Einkommensentwicklung im Vorjahr deutlich zurückgeblieben war, weit überdurchschnittlich (+3,6%). Im Gewerbe und im Handel erhöhten sich die Tariflöhne 2002 mit +2,5% etwa im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, im Tourismussektor (+2,2%) und für die Angestellten der freien Berufe um 2%.

#### Übersicht 28: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,5 <sup>1)</sup>	+ 2,2 <sup>1)</sup>	+ 2,7	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7 <sup>1)</sup>	+ 2,7 <sup>1)</sup>	+ 2,8	+ 2,7
Gewerbe	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Baugewerbe	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,8
Industrie	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,9
Handel	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5
Verkehr	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,9 <sup>1)</sup>	+ 3,7 <sup>1)</sup>	+ 1,9	+ 3,6
Tourismus	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8
Freie Berufe	.	.	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0
Land- und Forstwirtschaft	+12,4 <sup>2)</sup>	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 8,9	+ 2,7
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 2,3 <sup>3)</sup>	+ 1,1 <sup>3)</sup>	+ 2,3	+ 1,1

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Angestellte und Bedienstete. – <sup>2)</sup> Die Entlohnungsmodalitäten wurden im Zuge der Ausgliederung verändert. Kollektivvertragslöhne der Bundesforste 2001 +2,3%. – <sup>3)</sup> Bedienstete.

Der Konjunkturinbruch im Jahr 2001 und die zögerliche Erholung im Jahr 2002 spiegeln sich in Form einer negativen Lohndrift in der Einkommensentwicklung: Mit einem Zuwachs von nur 1,4% im Jahr 2001 und 2,2% im Jahr 2002 blieben nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Effektivverdienste pro Kopf merklich hinter der Tariflohnentwicklung zurück. Die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme dürfte nach +3¾% im Jahr 2000 in den letzten zwei Jahren um nur rund 2,0% gewachsen sein; die öffentliche Lohnsumme blieb durch Personaleinsparungen und niedrigere Gehaltszuwächse beträchtlich hinter der Entwicklung in der Privatwirtschaft zurück. Trotzdem ergeben vorläufige Schätzungen für die Bruttoreallöhne pro Kopf nach einem Rückgang von rund ½% im Vorjahr 2002 wieder eine leichte Steigerung (+0,3%); die für die Kaufkraft entscheidenden Nettoverdienste dürften aber sowohl 2001 (–1%) als auch 2002 (–½%) gesunken sein.

Im gesamten produzierenden Bereich laut ÖNACE-Gliederung stiegen die Monatsverdienste in beiden Jahren um 2,7%; 2002 fiel der Anstieg in der Sachgütererzeugung und in der Industrie laut Fachverbandsgliederung etwas geringer aus (+2,6%), in der Bauwirtschaft trotz sehr schwacher Baukonjunktur um ½ Prozentpunkt stärker (+3,1%). Mit Ausnahme der Bauwirtschaft wurde aber die Arbeitszeit deutlich reduziert, sodass im übrigen produzierenden Bereich die Stundenverdienste um 3¼% zunahmen.

<sup>23)</sup> Eine detaillierte Beschreibung der Kollektivvertragsabschlüsse im Herbst 2001 und im Frühjahr 2002 findet sich in Guger, A., Pollan, W., "Verlangsamung der Inflation im Jahr 2001", in Scheiblecker, M., et al., "Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001", WIFO-Monatsberichte, 2001, 75(4), S. 238-239, [http://titans.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=21738](http://titans.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21738).

Übersicht 29: Effektivverdienste

	2000 In €	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<b>ÖNACE</b>			
<b>Produzierender Bereich</b>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.479,40	+ 2,7	+ 2,7
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,82	+ 2,7	+ 3,2
<b>Sachgüterproduktion</b>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.495,91	+ 2,7	+ 2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,94	+ 2,8	+ 3,3
<b>Bauwesen</b>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.240,63	+ 2,8	+ 3,1
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	13,40	+ 2,7	+ 3,0
<b>Industrie (Fachverbandsgliederung)</b>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.676,01	+ 2,6	+ 2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	15,91	+ 2,8	+ 3,2

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik.

**Massenkaufkraft  
stagniert**

Der dämpfende Effekt der Konjunkturschwäche auf die Einkommensentwicklung der letzten zwei Jahre wurde durch Einschränkungen der Sozialtransfers im Gefolge der Budgetkonsolidierung verstärkt: Nachdem im Jahr 2000 die Nettomasseneinkommen vor allem durch eine Steuersenkung und ein umfangreiches "Familienpaket" um 4½% gestiegen waren, nahmen sie in den letzten zwei Jahren aufgrund der geringeren Zuwächse von Löhnen und Transferleistungen um nur 2% pro Jahr zu, sodass nach Berücksichtigung der Inflation die reale Massenkaufkraft 2001 und 2002 stagnierte.

Übersicht 30: Löhne und Einkommen

	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer</b>			
Brutto nominell	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2
Brutto real <sup>1)</sup>	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3
<b>Löhne und Gehälter insgesamt, brutto</b>			
	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9
<b>Masseneinkommen, netto<sup>2)</sup></b>			
Nominell	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,9
Real <sup>1)</sup>	+ 2,9	- 0,1	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – <sup>2)</sup> Vorläufige Berechnung.

**Herbstlohnrunde 2002**

Die Rahmenbedingungen der Herbstlohnrunde 2002 waren durch eine anhaltend schwache Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit und steigenden Energiepreisen sowie durch hohe Unsicherheit auf den internationalen Finanz- und Energiemärkten und gedrücktes Vertrauen der Konsumenten und Investoren gekennzeichnet.

Wie im Vorjahr verhandelte die Elektro- und Elektronikindustrie getrennt von den anderen Mitgliedern der Tarifgemeinschaft der Metallindustrie und erzielte den ersten Abschluss im Herbst 2002 mit einer Tariflohnsteigerung von 2,3% und einer Ist-Lohnsteigerung von 2,2% sowie einer Einmalzahlung von 85 € (entspricht ¼ Prozentpunkt) und einer Verteiloption, die eine Ist-Lohnerhöhung um 2% vorsieht, wenn in Absprache mit dem Betriebsrat 0,5% der Lohnsumme für individuelle Leistungsanreize verwendet werden. Die Metallindustrie und der Bergbau vereinbarten dieselbe Steigerungsrate mit einer Einmalzahlung von 110 € und einer Verteilungsoption von 0,6% der Lohnsumme. Beide Kollektivverträge wurden für 12 Monate abgeschlossen und traten mit 1. November in Kraft.

Auch für die Angestellten der papierverarbeitenden Industrie wurde eine Erhöhung der tariflichen Mindestgehälter um 2,3% beschlossen, aber für 16 Monate; am 1. März 2004 soll dann ein gemeinsamer Kollektivvertrag mit den Arbeitern der papierverarbeitenden Industrie wirksam werden. Die Arbeiter und Angestellten der Pa-

Industrie erzielten für die Mindestlöhne und -gehälter eine Anhebung um 2,45%, für die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter um 2,35%, aber mindestens 40 €; in der Nahrungsmittelindustrie beträgt die Steigerungsrate 2,1% für Tarif- und Ist-Löhne. Anfang November kam für die Brauereibeschäftigten ein Abschluss zustande, der rückwirkend ab 1. September eine Erhöhung der Kollektivvertrags- und der Ist-Löhne um 2,2% sowie eine Einmalzahlung von 125 € vorsieht.

Mit Jahresbeginn 2003 trat ein neuer Kollektivvertrag für die Handelsangestellten mit einer Gehaltssteigerung um 2,1% in Kraft. Noch vor der Nationalratswahl wurde Ende Oktober ein Gehaltsabkommen mit den Bundesbediensteten abgeschlossen. Demnach erhalten die Bundesbediensteten und die Wiener Gemeindebediensteten ab Jahresbeginn 2003 um 2,1% höhere Gehälter (mindestens +30 €), für die anderen Landes- und Gemeindebediensteten gilt eine Rate von +1,8%.

Der Kollektivvertrag der Bediensteten der Geldinstitute sieht ab Februar 2003 um 1,9% plus 6 € höhere Gehälter vor, das entspricht einer Gehaltssteigerung um durchschnittlich 2,23%. Die Mindestlöhne und -gehälter der Elektroversorgungsunternehmen wurden nach Höhe gestaffelt um 2,1% bis 2,3% und die tatsächlichen Sätze um 2,1% angehoben mit einer Einmalzahlung von 170 €; der Kollektivvertrag sieht auch eine Verteilungsoption vor.

Die Tariflöhne der Arbeiter wurden in der papierverarbeitenden Industrie mit März 2003 um 2,12% und im Gewerbe ab April bei absolut unveränderter Überzahlung um 2,05% angehoben. Im April traten auch für den Außendienst der Versicherungswirtschaft um 2,2% höhere Tarifgehälter und für die Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie um 2,1% höhere Mindest- und 1,9% höhere Ist-Sätze in Kraft.

Mit 1. Mai 2003 werden für die Holzindustrie sowie das Bauhilfs- und Baunebengewerbe zweijährige Kollektivverträge wirksam; sie sehen sowohl für heuer als auch für 2004 jeweils mit 1. Mai eine Steigerung der Mindestlöhne um 2,1%, in der Holzindustrie eine Steigerung der Ist-Löhne um 2,0% vor.

Alois Guger ([Alois.Guger@wifo.ac.at](mailto:Alois.Guger@wifo.ac.at)),  
Wolfgang Pollan ([Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at](mailto:Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at))  
Statistik: Eva Latschka ([Eva.Latschka@wifo.ac.at](mailto:Eva.Latschka@wifo.ac.at)),  
Annamaria Rammel ([Annamaria.Rammel@wifo.ac.at](mailto:Annamaria.Rammel@wifo.ac.at))

Im Gefolge der 2002 anhaltend schwachen Konjunktur sank die Beschäftigung erstmals seit 1996. Die Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse (aktiv Beschäftigte, d. h. ohne Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldbezug und Präsenzdienst) betrug im Jahresdurchschnitt 3.063.500 und war damit um 14.600 oder -0,5% niedriger als 2001. Dieser Rückgang resultierte aus der rückläufigen Beschäftigung von Männern (-16.700 oder -1,0%), während jene von Frauen geringfügig stieg (+2.100 oder +0,2%).

Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen (einschließlich Mithelfende) erhöhte sich mit +3.400 relativ stark (+0,9%). Ein Hauptgrund dafür liegt neben der stetigen Zunahme der gewerblichen und freiberuflichen Selbständigkeit in der mäßigen Verringerung der Selbständigenzahl in der Landwirtschaft: Aufgrund der schlechten Beschäftigungsaussichten verbleiben mehr Personen in landwirtschaftlichen Tätigkeiten als bei besseren Arbeitsplatzchancen.

Während die Zahl der aktiv Beschäftigten zurückging, stieg die Zahl der beim Arbeitsmarktservice registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf 232.400 und damit um über 28.500. Männer waren davon mit +19.100 oder +16,5% stärker betroffen als Frauen, im Gegensatz zu 2001 nahm jedoch auch die Frauenarbeitslosigkeit kräftig zu (+9.500 oder +10,7%). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich damit von 2001 auf 2002 um 0,8 Prozentpunkte auf 6,9% (Frauen +½ Prozentpunkt auf 6,4%, Männer +1 Prozentpunkt auf 7,2%)<sup>24</sup>.

### Stark zunehmende Arbeitslosigkeit bei sinkendem Beschäftigungsniveau

Die anhaltend schwache Konjunktur des Jahres 2002 zog einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der aktiven Beschäftigung (bereinigt um Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienern) nach sich. Zudem war die Arbeitsmarktentwicklung durch die Auswirkungen der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes und der Erhöhung des Eintrittsalters für die vorzeitige Alterspension gekennzeichnet.

<sup>24</sup> Nach nationaler Definition (registrierte Arbeitslose in Relation zur Summe der unselbständigen Beschäftigung und der registrierten Arbeitslosen).

Übersicht 31: Der Arbeitsmarkt im Überblick

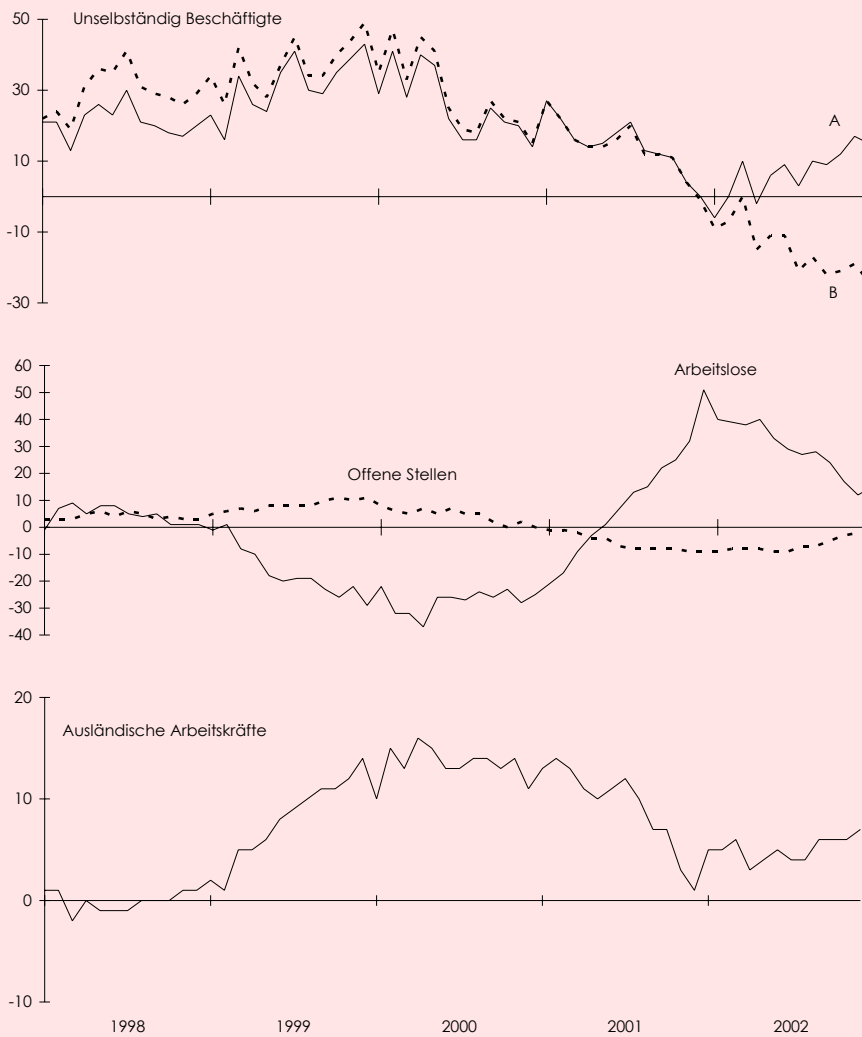
	1998	1999	2000	2001	2002
Erwerbstätige	3,446.600	3,478.800	3,506.500	3,522.500	3,532.900
Männer	1,974.000	1,985.200	1,988.100	1,978.400	1,963.800
Frauen	1,472.600	1,493.600	1,518.400	1,544.000	1,569.100
Unselbständig Beschäftigte <sup>1)</sup>	3,076.700	3,107.900	3,133.700	3,148.200	3,155.200
Männer	1,744.400	1,754.800	1,757.000	1,747.700	1,731.100
Frauen	1,332.300	1,353.100	1,376.700	1,400.400	1,424.100
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst <sup>1)</sup>	2,998.300	3,035.500	3,064.500	3,078.100	3,063.500
Männer	1,732.300	1,742.600	1,744.700	1,735.200	1,718.400
Frauen	1,266.000	1,292.900	1,319.700	1,342.900	1,345.100
Selbständige und Mithelfende <sup>2)</sup>	369.900	370.900	372.800	374.300	377.700
Männer	229.600	230.400	231.100	230.700	232.700
Frauen	140.300	140.500	141.700	143.600	145.000
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>3)</sup>	237.800	221.700	194.300	203.900	232.400
Männer	129.400	121.500	107.500	115.300	134.400
Frauen	108.400	100.200	86.800	88.600	98.000
Erwerbspersonen	3,684.400	3,700.500	3,700.900	3,726.300	3,765.300
Männer	2,103.400	2,106.700	2,095.600	2,093.700	2,098.100
Frauen	1,580.900	1,593.800	1,605.200	1,632.600	1,667.100
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote <sup>4)</sup>	67,6	67,6	67,3	67,5	67,9
Männer	76,6	76,5	75,7	75,3	75,2
Frauen	58,5	58,7	58,8	59,5	60,5
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst <sup>1)</sup>	66,1	66,3	66,1	66,2	66,2
Männer	76,1	76,0	75,3	74,8	74,7
Frauen	56,0	56,4	56,7	57,4	57,6
Beschäftigungsquote <sup>5)</sup>	63,2	63,6	63,8	63,8	63,7
Männer	71,9	72,0	71,8	71,1	70,3
Frauen	54,5	55,0	55,7	56,3	56,9
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst <sup>1)</sup>	61,8	62,3	62,5	62,5	62,0
Männer	71,4	71,6	71,4	70,7	69,9
Frauen	52,0	52,7	53,5	54,2	54,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	7,2	6,7	5,8	6,1	6,9
Männer	6,9	6,5	5,8	6,2	7,2
Frauen	7,5	6,9	5,9	5,9	6,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Laut WIFO. – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>4)</sup> Erwerbspersonen. – <sup>5)</sup> Erwerbstätige.

Dieser Anstieg der Arbeitslosigkeit ist neben Konjunkturfaktoren auch auf die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials zurückzuführen: Das Arbeitskräfteangebot stieg (ohne Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug sowie Präsenzdienner) um 17.300 (Frauen +13.000, Männer +4.300). Sowohl die Zahl der unselbständig beschäftigten (+5.100 oder +1,6%) als auch jene der arbeitslosen (+5.500 oder +18,0%) Ausländerinnen und Ausländer nahmen im Jahr 2002 weiter zu. Damit trugen ausländische Arbeitskräfte über ein Viertel der Zunahme des Arbeitskräfteangebotes.

Abbildung 13: Der Arbeitsmarkt seit 1998

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A . . . einschließlich Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienern, B . . . ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienern. Die Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung wurde durch die Effekte der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes anstelle des Karenzgeldes und der damit verbundenen Ausweitung des Bezugszeitraums überlagert. Die tatsächliche Entwicklung der aktiven Beschäftigung wird durch den Verlauf der Linie B ersichtlich.

Das Arbeitskräfteangebot einschließlich Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienern nahm im Jahr 2002 um knapp 39.000 zu. Diese Entwicklung ist jedoch insofern verzerrt, als sie zuvor unselbständig erwerbstätige Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld einbezieht, die für die Dauer des Bezugs jedoch dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen<sup>25</sup>: Ihre Zahl stieg mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (Anfang 2002) und der damit verbundenen Verlängerung der höchstmöglichen Bezugsdauer erheblich (+21.700 oder +37%). Wird das Arbeitskräfteangebot um Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug sowie um Präsenzdienern bereinigt, so beträgt die Zunahme der Erwerbspersonen von 2001 auf 2002 lediglich 17.300 und ist damit etwas schwächer als im Jahr davor.

Während die bis Ende 2002 laufende Erhöhung des Zugangsalters zur vorzeitigen Alterspension in einem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes resultierte, dämpfte die

**Arbeitsangebotseffekte durch Anhebung des Pensionsantrittsalters und Ausweitung der Bezugsdauer für Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld**

<sup>25</sup> Sind Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, gleichzeitig über der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt, so werden sie sowohl als Beschäftigte als auch als Bezieher bzw. Bezieherinnen von Kinderbetreuungsgeld gezählt.

Ausweitung der Bezugsdauer von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld die Entwicklung des für den Arbeitsmarkt tatsächlich verfügbaren Arbeitskräfteangebotes von Frauen deutlich. Das Arbeitskräfteangebot der Männer wuchs nach dem Rückgang in den letzten zwei Jahren 2002 wieder (+4.300), die Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen schwächte sich hingegen beträchtlich ab (2001 +26.800, 2002 +13.000). Damit stagnierte die Erwerbsquote der Männer bei knapp 75%, und jene der Frauen stieg leicht auf knapp 58% (ohne Bezug von Kinderbetreuungsgeld und Präsenzdienst).

Übersicht 32: Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 2002

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1998	3,076.700	+ 21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+ 4.100
Ø 1999	3,107.900	+ 31.200	61.000	221.700	- 16.100	31.200	+ 8.100
Ø 2000	3,133.700	+ 25.800	58.000	194.300	- 27.400	35.500	+ 4.300
Ø 2001	3,148.200	+ 14.400	58.600	203.900	+ 9.600	29.700	- 5.800
Ø 2002	3,155.200	+ 7.000	80.300	232.400	+ 28.500	23.200	- 6.500
2002, Ø I. Quartal	3,091.600	+ 1.500	65.000	278.000	+ 38.900	22.900	- 8.300
Ø II. Quartal	3,155.500	+ 4.400	75.700	210.200	+ 33.800	25.000	- 8.600
Ø III. Quartal	3,224.600	+ 7.200	85.700	197.000	+ 26.600	23.500	- 6.500
Ø IV. Quartal	3,148.900	+ 15.000	94.900	244.400	+ 14.800	21.400	- 2.500

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienner.

Für 55- bis 56-jährige Männer und Frauen ergab sich eine kräftige Zunahme der Erwerbsquote (Frauen von 16,0% im Jahr 2001 auf 18,6% 2002, Männern von 39,1% auf 41,5%). Insgesamt erhöhte sich die Erwerbsquote der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren dadurch von 27,2% auf 29,8%.

Ein markanter Rückgang der Erwerbsbeteiligung war hingegen für Frauen zwischen 25 und 35 Jahren zu beobachten: Ohne Berücksichtigung von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldbezug (d. h. ohne gleichzeitige aktive Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit) sank die Erwerbsquote von 68,4% auf 66,3%. Diese Verringerung der Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen bedeutet eine Umkehr des Trends der letzten Jahre und ist im Zusammenhang mit der zunehmenden Dauer von Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit während des Bezugs von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld zu sehen<sup>26)</sup>, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern bremst.

Hatten sich die Beschäftigungsverluste 2001 auf wenige Wirtschaftsbereiche konzentriert, so bauten im Gefolge der anhaltenden Konjunkturschwäche im Jahr 2002 bereits weite Teile der Wirtschaft Beschäftigung ab. Bei erstmals seit 1996 sinkender Beschäftigtenzahl verzeichneten nicht nur die Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft Arbeitsplatzverluste (lediglich die Chemieindustrie hielt ihren Beschäftigtenstand konstant), sondern auch der Handel (-3.000 Beschäftigungsverhältnisse, -0,6%). In den Dienstleistungsbereichen "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" (-4.000 bzw. -1,8%) und "öffentliche Verwaltung" (-4.800 bzw. -1,0%) ergab sich wie 2001 ein Beschäftigungsrückgang, der wesentlich auf die Strukturanpassung und Privatisierung im Bereich der Postdienste und auf Konsolidierungsmaßnahmen und Verwaltungsreformschritte der öffentlichen Hand zurückzuführen war. Die größten Arbeitsplatzgewinne wurden 2002 in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (+10.300 bzw. +3,8%), im Gesundheits- und Sozialwesen (+3.700 bzw. +2,3%), im Gaststättenwesen (+2.700 bzw. +1,8%) und im Unterrichtswesen (+1.700 bzw. +1,3%) verzeichnet. In den beiden am stärksten wachsenden Branchen verlangsamte sich jedoch die Wachstumsdynamik gegenüber den letzten Jahren markant, wogegen besonders die Beschäftigung im Gaststättenwesen rascher wuchs als im Jahr 2001.

<sup>26)</sup> Lutz, H., "Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(3), S. 213-227, [http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23661](http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23661).

### Beschäftigungsverluste auch in Dienstleistungsbranchen

## Übersicht 33: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

Jahresdurchschnitt 2002

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	16.491	+ 237	+ 1,5	9.369	+ 164	+ 1,8	25.860	+ 401	+ 1,6
Bergbau, Industrie und Gewerbe	674.736	-16.087	- 2,3	205.054	- 7.002	- 3,3	879.789	-23.088	- 2,6
Bergbau, Steine und Erden	11.636	- 186	- 1,6	1.642	+ 48	+ 3,0	13.278	- 137	- 1,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	39.778	- 210	- 0,5	34.079	- 637	- 1,8	73.857	- 847	- 1,1
Textilien, Bekleidung, Leder	13.355	- 972	- 6,8	22.064	- 1.830	- 7,7	35.419	- 2.801	- 7,3
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	58.701	- 953	- 1,6	20.415	- 538	- 2,6	79.116	- 1.491	- 1,8
Chemie, Recycling	42.596	+ 22	+ 0,1	17.760	+ 27	+ 0,2	60.356	+ 49	+ 0,1
Stein- und Glaswaren	22.517	- 748	- 3,2	6.595	- 293	- 4,3	29.112	- 1.041	- 3,5
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	223.565	- 4.192	- 1,8	56.752	- 2.273	- 3,9	280.316	- 6.466	- 2,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	29.691	- 1.759	- 5,6	10.731	- 716	- 6,3	40.422	- 2.475	- 5,8
Energie- und Wasserversorgung	23.133	- 1.013	- 4,2	4.471	- 32	- 0,7	27.604	- 1.045	- 3,6
Bauwesen	209.764	- 6.076	- 2,8	30.545	- 758	- 2,4	240.309	- 6.834	- 2,8
Dienstleistungen	1.027.219	- 885	- 0,1	1.130.643	+ 8.977	+ 0,8	2.157.862	+ 8.092	+ 0,4
Handel, Reparatur	240.135	- 2.871	- 1,2	255.377	- 85	- 0,0	495.513	- 2.955	- 0,6
Gaststättenwesen	59.484	+ 1.618	+ 2,8	93.680	+ 1.089	+ 1,2	153.164	+ 2.707	+ 1,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	172.231	- 3.285	- 1,9	47.818	- 746	- 1,5	220.050	- 4.030	- 1,8
Kredit- und Versicherungswesen	56.676	- 470	- 0,8	53.681	+ 683	+ 1,3	110.357	+ 213	+ 0,2
Unternehmensnahe Dienstleistungen	136.266	+ 5.764	+ 4,4	141.286	+ 4.519	+ 3,3	277.552	+ 10.283	+ 3,8
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	225.624	- 3.435	- 1,5	239.200	- 1.374	- 0,6	464.824	- 4.809	- 1,0
Unterrichtswesen	43.307	+ 254	+ 0,6	83.104	+ 1.399	+ 1,7	126.410	+ 1.652	+ 1,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	37.279	+ 1.095	+ 3,0	122.419	+ 2.557	+ 2,1	159.698	+ 3.652	+ 2,3
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	55.897	+ 459	+ 0,8	90.721	+ 1.102	+ 1,2	146.618	+ 1.561	+ 1,1
Private Haushalte	320	- 14	- 4,2	3.357	- 167	- 4,7	3.676	- 182	- 4,7
Präsenzdiener	11.321	- 95	- 0,8	-	-	-	11.321	- 95	- 0,8
Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	1.301	+ 182	+ 16,3	79.028	+ 21.513	+ 37,4	80.329	+ 21.696	+ 37,0
Insgesamt	1.731.068	-16.646	- 1,0	1.424.094	+ 23.654	+ 1,7	3.155.161	+ 7.006	+ 0,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs als Arbeitgeber lässt die Nachfrage nach Arbeitskräften in Berufen steigen, die häufig von Frauen ausgeübt werden (z. B. Gesundheitsberufe). Diese Entwicklung begünstigt die zunehmende Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung. Der Anteil der Teilzeitarbeit an allen Beschäftigungsverhältnissen (nach Lebensunterhaltskonzept)<sup>27)</sup> betrug im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2002 laut Mikrozensus 15,1% (2001 14,4%). Dieser Zuwachs wird weitgehend von einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von Frauen getragen, deren Teilzeitquote sich von 30,8% auf 31,8% erhöhte (Durchschnitt I. bis III. Quartal 2002).

Ebenfalls weiter gestiegen ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Im Juli 2002 waren knapp 200.000 Personen geringfügig beschäftigt (+5,9% gegenüber 2001), fast drei Viertel davon Frauen. Rund die Hälfte der geringfügig Beschäftigten bezieht zusätzlich ein voll sozialversicherungspflichtiges Einkommen oder eine Transferleistung aus dem Sozialversicherungssystem (insbesondere wegen Arbeitslosigkeit oder Pension), die anderen gehen nur der geringfügigen Beschäftigung nach und verfügen damit über keine sonstige eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung.

### Zunahme von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung

<sup>27)</sup> Erwerbstätigkeit mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Stunden pro Woche.

Übersicht 34: Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Absolut	Absolut	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Männer</b>	50.393	52.269	56.955	+ 3,2	+ 3,7	+ 9,0
Nur geringfügig beschäftigt	18.517	19.805	21.752	- 3,7	+ 7,0	+ 9,8
Eine geringfügige Beschäftigung	18.105	19.396	21.261	- 3,7	+ 7,1	+ 9,6
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	412	409	491	- 4,8	- 0,7	+ 20,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	31.876	32.464	35.203	+ 7,7	+ 1,8	+ 8,4
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	15.836	15.395	16.062	- 4,1	- 2,8	+ 4,3
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	4.332	4.444	5.621	+ 101,5	+ 2,6	+ 26,5
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	250	239	258	+ 20,2	- 4,4	+ 7,9
Eigenpension	11.191	12.152	13.001	+ 6,3	+ 8,6	+ 7,0
Mehrere Versicherungsverhältnisse	267	234	261	+ 27,8	- 12,4	+ 11,5
<b>Frauen</b>	131.094	136.182	142.691	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,8
Nur geringfügig beschäftigt	73.625	77.790	80.981	- 0,7	+ 5,7	+ 4,1
Eine geringfügige Beschäftigung	69.951	74.072	77.058	- 0,4	+ 5,9	+ 4,0
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.674	3.718	3.923	- 5,7	+ 1,2	+ 5,5
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	57.469	58.392	61.710	+ 7,6	+ 1,6	+ 5,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	27.464	27.592	28.189	- 3,7	+ 0,5	+ 2,2
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	13.772	13.890	16.068	+ 44,5	+ 0,9	+ 15,7
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	650	716	706	+ 1,2	+ 10,2	- 1,4
Eigenpension	15.171	15.759	16.192	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,7
Mehrere Versicherungsverhältnisse	412	435	555	+ 15,7	+ 5,6	+ 27,6
<b>Insgesamt</b>	181.487	188.451	199.646	+ 2,9	+ 3,8	+ 5,9
Nur geringfügig beschäftigt	92.142	97.595	102.733	- 1,3	+ 5,9	+ 5,3
Eine geringfügige Beschäftigung	88.056	93.468	98.319	- 1,1	+ 6,1	+ 5,2
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	4.086	4.127	4.414	- 5,6	+ 1,0	+ 7,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	89.345	90.856	96.913	+ 7,7	+ 1,7	+ 6,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	43.300	42.987	44.251	- 3,9	- 0,7	+ 2,9
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	18.104	18.334	21.689	+ 55,0	+ 1,3	+ 18,3
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	900	955	964	+ 5,9	+ 6,1	+ 0,9
Eigenpension	26.362	27.911	29.193	+ 6,1	+ 5,9	+ 4,6
Mehrere Versicherungsverhältnisse	679	669	816	+ 20,2	- 1,5	+ 22,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

**Weiterer kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit**

Nachdem die Arbeitslosigkeit 2001 bereits um 9.600 gestiegen war, wurde im Jahresdurchschnitt 2002 ein weiterer und wesentlich höherer Anstieg um 28.500 (+14%) registriert. Die Arbeitslosenquote erreichte damit 6,9%; jene der Frauen betrug 6,4%<sup>28)</sup>, die der Männer 7,2%.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit betraf Arbeitskräfte aller Branchen. Überdurchschnittlich stieg die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen der über 55-Jährigen und der unter 25-Jährigen. Unter den Männern ab 60 Jahren erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 2001 auf 2002 um 42,1% (+1.100), unter den Frauen ab 55 Jahren um 42,9% (+2.100). Diese Altersgruppen waren durch die Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension um 1,5 Jahre (Anpassungszeitraum bis Ende 2002) betroffen. Die Arbeitslosenquote der Männer ab 60 Jahren erreichte 11,4%, jene der Frauen zwischen 55 und 59 Jahren 10,8% und lag damit jeweils an der Spitze aller Altersgruppen.

Während der kräftige Zuwachs der Arbeitslosigkeit Älterer mit den Veränderungen im Pensionssystem zusammenhängt, dürfte sich die konjunkturbedingte Verschlechterung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt besonders für Jugendliche ausgewirkt haben, die noch eine geringe Arbeitsmarktbindung aufweisen: Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen nahm um 18,4% zu (+5.700). Besonders betroffen war die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen – die Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-jährigen Frauen erreichte 7,5%, jene der Männer sogar 9,5%.

Relativ schwach stieg die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen unmittelbar unter jenen, die von der Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension betroffen waren (Frauen zwischen 50 und 54 Jahren +0,7%, Männer zwischen 55 und 59 Jahren +6,8%). Deutlich weniger ungünstig als im Durchschnitt entwickelte sich

<sup>28)</sup> Ohne Berücksichtigung von Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug in der Beschäftigung 6,8%.

auch die Arbeitslosigkeit von Frauen zwischen 25 und 29 Jahren (+3,0%) sowie zwischen 30 und 39 Jahren (+7,6%). In diesen Altersgruppen wirkte sich der Rückgang des Arbeitskräfteangebots durch die Neuregelung des Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldes aus.

Übersicht 35: Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamt- beschäftigung In %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr			Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %			Absolut	In %
Ø 1998	298.600	- 200	- 0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+ 2,6	9,9	27.200	- 1.300	- 4,4
Ø 2000	319.900	+ 13.400	+ 4,4	10,2	25.800	- 1.500	- 5,3
Ø 2001	329.300	+ 9.500	+ 3,0	10,5	30.600	+ 4.800	+ 18,8
Ø 2002	334.400	+ 5.100	+ 1,6	10,6	36.100	+ 5.500	+ 18,0
2002, Ø I. Quartal	322.400	+ 5.400	+ 1,7	10,4	46.900	+ 8.500	+ 22,0
Ø II. Quartal	336.400	+ 4.000	+ 1,2	10,7	31.900	+ 6.400	+ 25,2
Ø III. Quartal	347.700	+ 4.700	+ 1,4	10,8	26.400	+ 4.600	+ 21,0
Ø IV. Quartal	331.200	+ 6.400	+ 2,0	10,5	39.400	+ 2.600	+ 7,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Personen ohne Berufsausbildung (d. h. höchstens mit Pflichtschulabschluss) stellen weiterhin 45% der Arbeitslosen. Obwohl die anhaltende Schwäche der Arbeitskräftenachfrage im Jahr 2002 zunehmend auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit Höherqualifizierter zur Folge hatte, bleiben die Strukturprobleme in der Arbeitslosigkeit erhalten: Während in vielen Bereichen zunehmend Arbeitskräfte mit höherer Qualifikation gesucht werden, haben Arbeitslose überwiegend eine geringe Qualifikation.

Weitere 38% der Arbeitslosen weisen als höchste abgeschlossene Ausbildung einen Lehrabschluss auf. Ihre Arbeitsmarktsituation ist häufig durch den raschen Strukturwandel der Wirtschaft von der Sachgüterproduktion und der Bauwirtschaft (für die ihre Ausbildung adäquat war) hin zu neuen Dienstleistungen beeinträchtigt. Dem Abbau dieser Strukturprobleme muss in den Strategien zur Reduktion der Arbeitslosigkeit besondere Bedeutung zukommen.

Unter den derzeitigen Bedingungen einer gedämpften Wirtschaftsentwicklung werden die Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit jedoch vor allem durch das Fehlen von Nachfrage nach Arbeitskräften beschränkt: Wie 2001 nahm die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen 2002 massiv ab (-6.500 oder -22%). Damit kam im Jahresdurchschnitt auf zehn registrierte Arbeitslose eine offene Stelle.

Im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) legt die österreichische Bundesregierung seit 1998 ihre beschäftigungspolitische Strategie fest, die sich an den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU orientiert. Der österreichische NAP enthält eine breite Palette von Vorhaben und Zielen; für einige Ziele wurden quantitative Indikatoren der Zielerreichung formuliert, die teilweise auch für die Steuerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche Rolle spielen. Für das Jahr 2002 war die Realisierung der quantitativen Zielvorgaben des NAP vorgesehen.

Folgende Zielvorgaben wurden im NAP festgelegt:

- Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen bis 2002 im Vergleich mit dem Stand 1997,
- Senkung der Arbeitslosenquote auf 3,5% (nach Eurostat),
- Halbierung der Übertrittsquoten<sup>29)</sup> von Jugendlichen in Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate) und jener von Erwachsenen in Langzeitarbeitslosigkeit (über ein Jahr),

<sup>29)</sup> Die Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit weist den Anteil jener Personen aus, die 6 Monate bzw. 1 Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit immer noch als arbeitslos vorgemerkt sind.

**Anhaltende Strukturprobleme in der Arbeitslosigkeit bei sinkender Nachfrage nach Arbeitskräften**

**Aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP)**

- Steigerung der Zahl der in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen integrierten Personen auf durchschnittlich 20% der Arbeitslosen (einschließlich Maßnahmenteilnehmer).

Mit dem EU-Beitritt Österreichs und seit dem Wirksamwerden des NAP im Jahr 1999 wurde eine "Aktivierung" der Arbeitsmarktpolitik erreicht. Die Mittelausstattung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde verbessert, und die Zahl der Maßnahmen für Arbeitslose nahm zu. Allein die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Förderungsmaßnahmen schlägt sich seither positiv in den Zielindikatoren des NAP nieder:

*Übersicht 36: Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung – Indikatoren für die Arbeitsmarktpolitik*

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Zielwert 2002
Anteile in %								
Übertrittsquoten Jugendlicher (15 bis 24 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate)								
Insgesamt	9,0	8,7	7,9	4,6	3,5	2,7	3,4	4,5
Männer	7,9	7,7	6,9	4,1	3,2	2,6	3,4	4,3
Frauen	10,5	10,0	9,2	5,2	3,9	2,9	3,5	4,7
Übertrittsquoten Erwachsener (ab 25 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr)								
Insgesamt	6,9	7,4	6,6	4,7	3,8	3,4	3,5	3,5
Männer	5,9	6,5	5,9	4,4	3,6	3,5	3,5	3,2
Frauen	8,3	8,6	7,6	5,1	4,1	3,3	3,5	3,7
Maßnahmenquoten								
<i>Maßnahmenindikator</i>								
Leitlinie 3 insgesamt	10,1	13,6	13,7	17,7	19,8	20,2	19,1	20,0
Leitlinie 3 Männer	9,0	12,0	12,0	15,1	16,8	17,2	16,7	18,0
Leitlinie 3 Frauen	11,4	15,6	15,6	20,6	23,2	23,8	22,2	22,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Im Jahr 2001 wurden bereits knapp mehr als 20% der Arbeitslosen<sup>30)</sup> in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst. Mit dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der nur langsam zunehmenden Ausweitung der Maßnahmen sank diese Quote 2002 auf 19,1% und blieb damit etwas unter dem Zielwert von 20%.

Obwohl durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit die Übertrittsquoten in Langzeitarbeitslosigkeit wieder zu steigen begannen, blieben sie sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene unter den Zielwerten für 2002 (sodass die Zielvorgaben erreicht wurden). Lediglich für erwachsene Männer konnte die Übertrittsquote des Jahres 1997 bis 2002 nicht halbiert werden.

Auch das Ziel, die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) auf 3,5% zu senken, wurde nicht erreicht: Sie stieg 2002 im Vorjahresvergleich deutlich von 3,6% auf 4,3%. Wider Erwarten wurde auch das Beschäftigungsziel, im Vergleich zum Stand 1997 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen, nicht realisiert. Weil die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten 2002 um 14.600 sank, beträgt der kumulierte Zuwachs der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse gegenüber dem Stand von 1997 nun lediglich 95.000. Zudem hat sich die Teilzeitquote seit 1997 von 26,1% auf voraussichtlich 31,8% im Jahr 2002 erhöht. Dem Beschäftigungsanstieg steht somit ein Rückgang geleisteten Arbeitszeit pro Arbeitsplatz gegenüber.

Sehr allgemeine Ziele wie jenes der Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen innerhalb von fünf Jahren hängen jedoch auch stark vom Konjunkturverlauf ab, sodass ihre Erreichung oder Nichterreichung kaum dem Erfolg oder Misserfolg politischer Handlungen zugeschrieben werden kann. Hier müsste die Zahl der entstandenen Arbeitsplätze gegenüber einer Vergleichssituation ohne Konjunkturflekturen beurteilt werden.

<sup>30)</sup> Arbeitslose einschließlich Lehrstellensuchende sowie Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

## Übersicht 37: Die Arbeitslosigkeit 2002

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	- 16.100
Ø 2000	107.500	- 14.000	86.800	- 13.400	194.300	- 27.400
Ø 2001	115.300	+ 7.800	88.600	+ 1.800	203.900	+ 9.600
Ø 2002	134.400	+ 19.100	98.000	+ 9.500	232.400	+ 28.500
2002, Ø I. Quartal	178.000	+ 25.300	100.000	+ 13.700	278.000	+ 38.900
Ø II. Quartal	114.500	+ 21.500	95.700	+ 12.300	210.200	+ 33.800
Ø III. Quartal	104.100	+ 17.700	92.900	+ 9.000	197.000	+ 26.600
Ø IV. Quartal	140.900	+ 11.800	103.600	+ 3.000	244.400	+ 14.800

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die im NAP festgelegten quantitativen Zielerreichungsindikatoren wären sowohl auf ihre Aussagekraft als auch auf ihre Wirkung auf den Maßnahmeneneinsatz hin zu hinterfragen. So misst die Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit lediglich die Unterbrechung einer Arbeitslosigkeitsepisode, nicht jedoch ob die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert wurde oder ob der Mitteleinsatz für die Maßnahmen effizient war. Die Übertrittsquote ist zudem direkt von der Umsetzung und nicht nur vom Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst: Schon eine längere Unterbrechung der Arbeitslosigkeit durch eine Maßnahmenteilnahme wird als Verhinderung des Übertritts in Langzeitarbeitslosigkeit erfasst.

Eine stärkere Ausrichtung der Indikatoren für die Erreichung beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Ziele auf die Wirkungen der Maßnahmen könnte nicht nur die Erfassung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt verbessern, sondern auch eine stärkere Orientierung der mit der Maßnahmenumsetzung betrauten Institutionen an den Effekten der Maßnahmen ermöglichen. In der Diskussion zur Reform der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland kritisiert das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)<sup>31</sup>: "... es genügt nicht, den 'Erfolg' einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme danach zu bewerten, wie viele Personen das jeweilige Projekt durchlaufen und wie viele von ihnen danach (vorübergehend) Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Damit wird nur ein fundamentales Missverständnis des zugrunde liegenden Evaluationsproblems offenbart: ..." Angestrebt wird eine an den Wirkungen und an der Effizienz orientierte Beurteilung der arbeitsmarktpolitischen Interventionen, die zudem eine enge Rückkoppelung mit den Planungs- und Umsetzungsprozessen der Maßnahmen aufweist.

Helmut Mahringer ([Helmut.Mahringer@wifo.ac.at](mailto:Helmut.Mahringer@wifo.ac.at))  
Statistik: Christine Braun ([Christine.Braun@wifo.ac.at](mailto:Christine.Braun@wifo.ac.at))

In der Sachgütererzeugung hat sich im Jahr 2002 der Konjunkturabschwung von 2001 weiter verschärft. Wesentlicher Auslöser war das Ausbleiben von Nachfrage wichtiger Handelspartner im Ausland. Nach Zuwachsraten zwischen 5% und 17% in den Jahren davor stiegen die Exporte zuletzt um nur 3% und konnten die fehlende Dynamik der Inlandsnachfrage nicht mehr kompensieren. Der anhaltende Konjunkturreinbruch wirkte sich negativ auf Produktion und Beschäftigung sowie Cash-Flow und Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus.

Mit einer realen Steigerung der Produktion von 0,1% fiel im Jahr 2002 die Entwicklung der Sachgütererzeugung hinter das geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum zurück. War im Jahr davor trotz schwacher Konjunktur (Produktion +1,2%) der Mitarbeiterstand noch gehalten worden, so veranlasste die überraschend lang andauernde Nachfrageschwäche die Unternehmen nunmehr dazu, ihre Belegschaft zu verringern. Bei einem Wachstum der Stundenproduktivität um 3,6% gingen die Zahl der Beschäftigten um 2,5% und die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten um 0,9% zu-

## Konjunkturreinbruch in der Sachgüter- erzeugung

<sup>31</sup>) IZA, "Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Evaluation unverzichtbar", IZA Compact, 2001.

rück. Insgesamt wurde mit knapp 600.000 Beschäftigten eine nominelle Wertschöpfung von 42 Mrd. € produziert. Die durchschnittliche Wertschöpfung je Mitarbeiter erreichte 70.000 €. Der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des Bruttoinlandsproduktes betrug nominell 20,6%, an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 19,0%.

Übersicht 38: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Abteilungen nach ÖNACE 2002

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität <sup>1)</sup>		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten <sup>2)</sup>	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke	124,5	+ 3,1	60.775	- 0,4	128,8	+ 3,5	1.593,8	+ 1,8	84,6	- 1,2
Tabakverarbeitung	209,3	+ 30,2	1.125	+ 5,5	212,1	+ 23,4	57,3	+ 11,9	60,2	- 14,1
Textilien und Textilwaren	95,3	+ 0,0	16.225	- 5,6	121,5	+ 5,9	441,7	- 2,6	98,9	- 2,6
Bekleidung	49,2	- 6,8	8.202	- 8,9	84,2	+ 2,3	162,4	- 6,5	138,6	+ 0,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	93,3	- 15,5	5.694	- 2,5	113,1	- 13,3	116,2	+ 1,4	104,0	+ 20,0
Be- und Verarbeitung von Holz	138,1	+ 3,0	26.714	- 2,4	163,9	+ 5,5	686,3	+ 0,6	73,5	- 2,3
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	120,1	+ 3,7	17.361	+ 0,9	124,4	+ 2,8	627,7	+ 3,7	98,0	- 0,0
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	145,9	+ 0,4	21.321	- 3,9	146,1	+ 4,5	812,7	+ 0,6	83,1	+ 0,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	99,9	- 13,7	2.202	- 1,4	143,2	- 12,5	155,4	- 1,6	88,1	+ 14,0
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	144,0	+ 5,7	23.535	+ 3,2	150,1	+ 2,4	906,3	+ 4,6	76,8	- 1,0
Gummi- und Kunststoffwaren	125,2	- 2,9	25.615	- 5,1	117,2	+ 2,4	797,5	- 0,1	102,5	+ 2,9
Glas, Waren aus Steinen und Erden	101,0	- 4,8	32.112	- 0,6	104,3	- 4,2	1.061,6	+ 1,5	105,4	+ 6,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	134,5	- 0,9	31.307	- 1,9	141,0	+ 1,0	1.143,4	- 1,5	83,6	- 0,6
Metallerzeugnisse	136,6	- 1,4	54.919	- 2,0	124,1	+ 0,6	1.678,7	+ 0,7	96,0	+ 2,2
Maschinenbau	173,8	+ 13,7	70.465	+ 3,5	158,0	+ 9,9	2.431,3	+ 4,6	75,7	- 8,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	659,8	- 5,6	841	+ 10,9	311,5	- 14,9	23,6	+ 19,2	29,6	+ 26,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	203,0	- 14,8	26.294	- 0,8	220,1	- 14,1	880,1	+ 1,9	55,3	+ 19,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	116,3	- 10,6	25.077	- 12,9	140,3	+ 2,6	1.103,6	- 11,0	87,4	- 0,4
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	164,9	+ 6,5	11.733	+ 1,6	171,1	+ 4,8	397,9	+ 10,7	77,5	+ 3,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	203,9	- 2,1	28.245	- 1,8	166,8	- 0,2	987,8	+ 2,3	74,1	+ 4,4
Sonstiger Fahrzeugbau	179,6	+ 44,7	5.800	+ 11,3	145,7	+ 30,1	234,4	+ 14,2	76,3	- 21,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	115,5	- 8,1	33.480	- 5,6	145,0	- 2,7	842,8	- 1,8	86,3	+ 6,9
Sachgütererzeugung	137,9	- 0,1	529.041	- 1,7	143,2	+ 1,7	17.142,5	+ 0,9	83,5	+ 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Produktion je Beschäftigten. – 2) Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Der Konjunkturverlauf ließ zu Jahresbeginn optimistische Erwartungen über eine rasche Konjunkturerholung zu. Als bis Mitte des Jahres diese Erwartungen nicht erfüllt wurden, wechselte die Stimmung und wird seither von zögerndem Zuwarten geprägt. Am deutlichsten zeigt sich diese Unsicherheit in den Investitionsplänen der Unternehmen. Nach jüngsten Hochschätzungen im Rahmen der WIFO-Investitions-erhebung lagen die Bruttoanlageinvestitionen in der Sachgütererzeugung 2002 um 9,6% unter dem Vorjahresergebnis. Daraus resultiert für das Jahr 2002 ein Niveau von 6,6 Mrd. €. Obwohl die derzeit bekannten Pläne für das Jahr 2003 einen Zuwachs von 5,7% anzeigen, bleiben die meisten Unternehmen noch sehr zurückhaltend. Ohne Berücksichtigung einzelner Großprojekte in der Kfz-Branche ergäbe sich für das laufende Jahr ein weiterer Rückgang um 1,8%.

In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen war das Jahr 2002 von rückläufigen Rohstoffpreisen und einem Rückgang der Lohnstückkosten charakterisiert. Der Preisindex der Industrierohstoffe (auf Euro-Basis) sank 2002 um 7,6%. Die relativen Lohnstückkosten verringerten sich gegenüber den Handelspartnern um 1,1%. Absolut gingen sie um 0,2% zurück. Der Index des real-effektiven Wechselkurses stieg etwas (+0,8%), d. h. gegenüber den Handelspartnern ergab sich eine leichte Aufwertung. Die Konjunktursituation beeinträchtigte aber auch die Entwicklung der Selbstfinanzierungskraft in der Sachgütererzeugung, die sich nach jüngsten Schätzungen 2002 mit einer durchschnittlichen Cash-Flow-Quote von 9,8% merklich verschlechterte. Im Jahr 2001 war die Ertragslage trotz des Konjunkturerinbruchs mit ei-

ner Cash-Flow-Quote von 11,3% noch ungewöhnlich günstig gewesen, sodass sich insgesamt ein markanter Rückgang um 1,5 Prozentpunkte ergibt.

### Übersicht 39: Subjektive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit

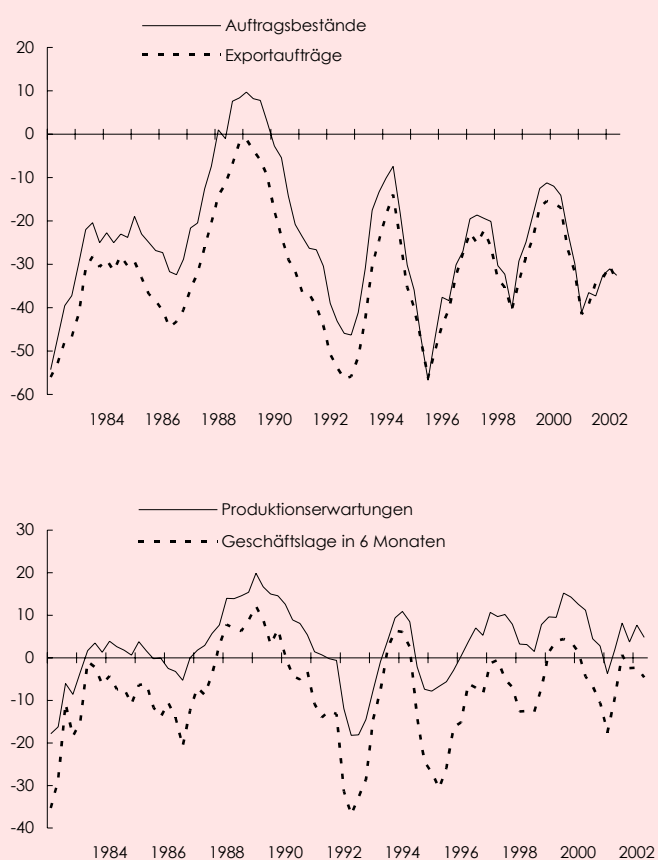
Nach ÖNACE-Obergruppen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten Auf Märkten außerhalb der EU						
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 7,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 11,2	+ 5,9	+ 3,7
Vorprodukte	+ 9,6	+ 3,3	+ 1,4	+ 12,5	+ 6,3	+ 3,9
Kraftfahrzeuge	+ 3,7	+ 5,9	- 3,1	+ 2,6	+ 3,5	- 8,1
Investitionsgüter	+ 8,5	+ 6,4	+ 2,0	+ 13,0	+ 7,9	+ 7,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 9,3	+ 4,6	+ 1,3	+ 12,5	+ 0,7	- 1,2
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 2,5	- 0,5	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,8	- 0,5	- 2,3	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4
Auf dem EU-Markt						
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,8	+ 9,1	+ 3,5	+ 1,1
Vorprodukte	+ 5,5	+ 3,0	- 0,3	+ 9,6	+ 2,0	+ 1,4
Kraftfahrzeuge	+ 10,4	+ 16,8	+ 7,8	+ 15,5	+ 4,7	- 10,4
Investitionsgüter	+ 1,9	+ 7,8	+ 5,7	+ 13,4	+ 8,0	+ 5,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 5,7	+ 0,6	- 2,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 7,9	+ 8,1	+ 4,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 6,8	- 3,3	+ 3,2	+ 1,3	- 4,3

Q: WIFO-Konjunkturtest.

### Abbildung 14: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

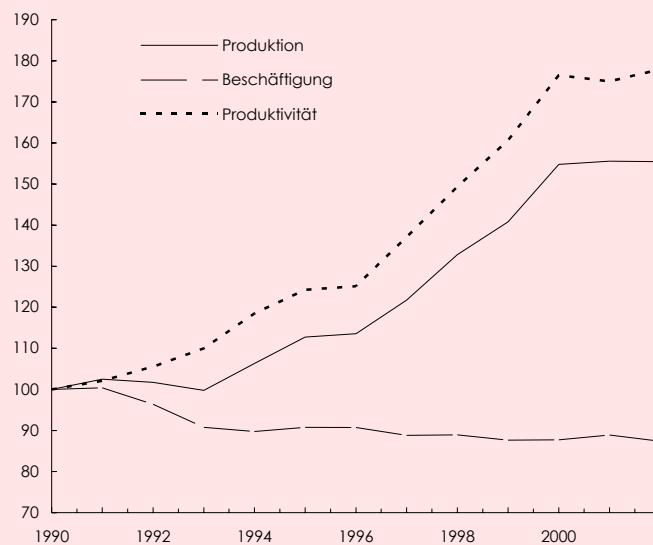
Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen positiver und negativer Meldungen



Q: WIFO-Konjunkturtest.

In der subjektiven Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit war der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Antworten 2002 insgesamt noch positiv. Das gilt sowohl für den EU-Markt – hier nahm der Saldo in den letzten zwei Jahren aber beträchtlich ab – als auch auf Märkten außerhalb der EU, für die trotz rückläufiger Tendenz die optimistischen Antworten deutlich überwiegen. Vor allem die Hersteller von Investitionsgütern sowie von Nahrungs- und Genussmitteln sind optimistisch, während sich die Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Kraftfahrzeughersteller und Produzenten dauerhafter Konsumgüter auf beiden Märkten von einem positiven in einen negativen Saldo gedreht hat. Auf dem EU-Markt gilt das auch für die Erzeuger nichtdauerhafter Konsumgüter.

Abbildung 15: Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Sachgüterbereich  
Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1995 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 40: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Produktion real <sup>1)</sup>	+ 5,8	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1
Beschäftigte <sup>2)</sup>	.	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,9	+ 4,6	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 3,6
Relative Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	+ 3,0	- 1,7	- 4,8	- 1,2	- 2,1	- 5,4	- 0,2	- 1,1
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 13,2	+ 5,2	+ 16,9	+ 8,8	+ 6,3	+ 14,8	+ 6,1	+ 3,0

Q: WIFO-Prognose, März 2003; WIFO-Datenbank. – <sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>2)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>3)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>4)</sup> In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Michael Peneder ([Michael.Peneder@wifo.ac.at](mailto:Michael.Peneder@wifo.ac.at))

Statistik: Dagmar Guttmann ([Dagmar.Guttmann@wifo.ac.at](mailto:Dagmar.Guttmann@wifo.ac.at))

**Leichte Stabilisierung in der Bauwirtschaft**

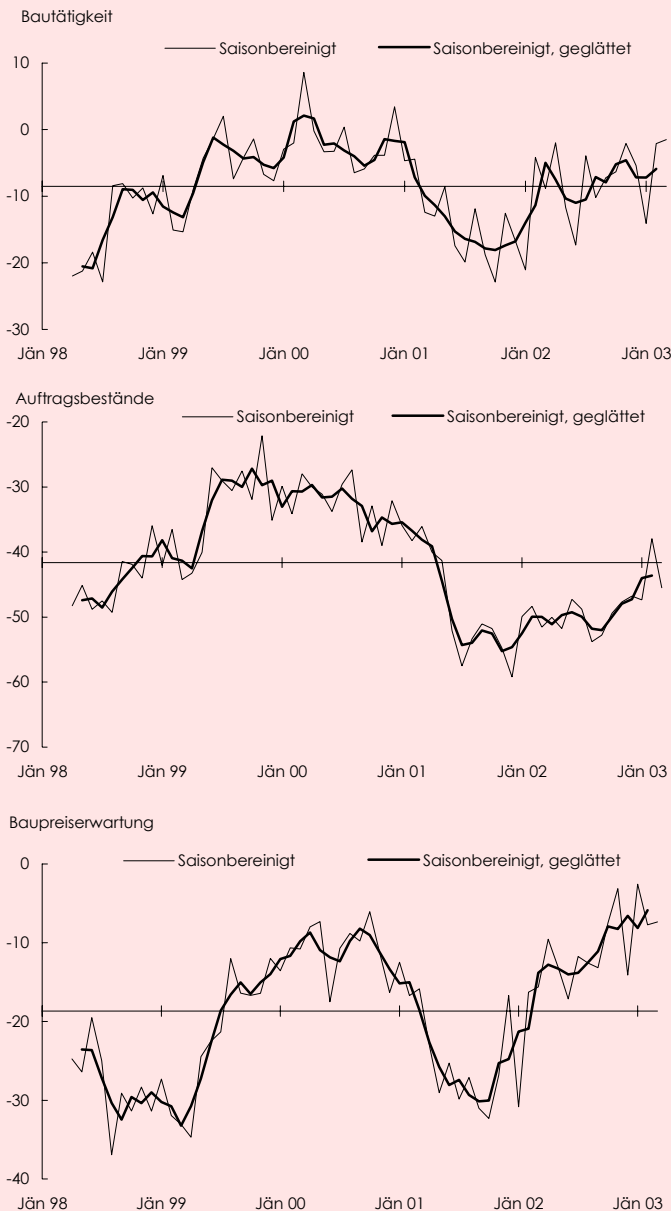
Nach dem starken Rückgang im Jahr 2001 hat sich die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft 2002 stabilisiert, sie stieg im Jahresdurchschnitt um 0,2%. Der Konjunkturverlauf war dabei sehr unterschiedlich: Zu Jahresbeginn ging die reale Bauproduktion zurück, in den Sommermonaten trat eine Erholung ein, die allerdings durch die Hochwasserkatastrophe im III. Quartal unterbrochen wurde. Gegen Ende des Jahres 2002 zeichnete sich eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Der Tiefbau entwickelte sich aufgrund der verstärkten Infrastrukturmaßnahmen deutlich besser als der Hochbau – die Wohnungsneubautätigkeit war gering, der Industrie- und Ingenieurbau schrumpfte bedingt durch die Schwäche der Gesamtwirtschaft. Auch

das Baunebengewerbe, insbesondere das Aufbaugewerbe, erlitt beträchtliche Produktionseinbußen.

Die schwache Baukonjunktur verschärfte die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter. Die Zahl der Baubeschäftigten sank im Jahresdurchschnitt 2002 um rund 7.000, nach -10.000 im Jahr 2001. Im Jahresmittel waren rund 43.000 Bauarbeiter arbeitslos, um 8% mehr als im vorangegangenen Jahr.

Die Bauwirtschaft war 2002 von einem ungleichmäßigen Konjunkturverlauf geprägt: Nach dem Rückgang zu Jahresbeginn zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Der Tiefbau entwickelte sich dank der verstärkten Infrastrukturaufträge der öffentlichen Hand besser als der Hochbau. Die Wohnbautätigkeit war weiterhin schwach, das Baunebengewerbe erlitt beträchtliche Einbußen.

Abbildung 16: Konjunkturschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4). Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen positiver und negativer Meldungen der Unternehmen. Gleitender Durchschnitt . . . Monatsdurchschnitt.

Der WIFO-Konjunkturtest spiegelt die unbefriedigende Entwicklung der Bautätigkeit im vergangenen Jahr wider. Nach den Meldungen der Bauunternehmen stabilisierte sich die Bautätigkeit gegen Jahresende etwas. Der starke Beschäftigungsabbau dürfte im vergangenen Jahr zu Ende gegangen sein, die Bauunternehmen planen im Laufe des Jahres 2003 keine vergleichbare Verringerung ihrer Belegschaft.

Die Zulieferindustrie und die Baustoffproduktion litten 2002 unter dem konjunkturbedingten Nachfrageausfall. Der reale Produktionswert der Stein- und keramischen In-

dustrie sank im Jahresdurchschnitt um 0,2%. Die Holzverarbeitende Industrie schrumpfte um 4,4% und die Glasindustrie um 0,2%.

**Übersicht 41: Produktionswert des Bauwesens**

	2001	2002	2002			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE <sup>1)</sup>	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7
Hoch- und Tiefbau	- 4,4	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,5	+ 1,5	+ 4,5
Baunebengewerbe <sup>2)</sup>	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1
Laut GNACE <sup>3)</sup>	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6
Hochbau	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8
Nichtwohnbau <sup>4)</sup>	+ 1,6	+ 0,2	- 6,7	+ 12,0	+ 1,5	- 6,1
Adaptierungen im Hochbau	- 4,8	± 0,0	+ 0,5	+ 3,6	- 0,1	- 3,4
Tiefbau	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	+ 1,1	+ 9,6	+ 22,5	+ 13,7	- 1,0	+ 14,4
Spezialbau und sonstiger Tiefbau	- 1,6	+ 4,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 2,0	+ 7,9

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. – <sup>2)</sup> Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – <sup>3)</sup> Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – <sup>4)</sup> Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

Nach den jüngsten Konjunkturtestmeldungen vom März 2003 dürfte sich zwar die Auftragslage in der Bauwirtschaft gebessert haben, die laufende Bautätigkeit wird aber weiter als sehr schwach eingeschätzt. Mit Beginn der Bausaison 2003 wird mit einer leichten Belebung gerechnet. Die Investitionsbereitschaft ist allerdings vor dem Hintergrund der fehlenden Konjunkturdynamik und des Irak-Kriegs vor allem im Industrie- und Gewerbebau sehr gering, und auch im privaten Wohnbau wird zurückhaltend geplant. Die Verschuldungsbereitschaft, insbesondere für den Wohnbau, ist aufgrund der unsicheren allgemeinen Wirtschaftslage sehr gedämpft.

**Übersicht 42: Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt**

Zu Preisen von 1995

	Bauwesen	Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegen das Vorjahr in %		
1998	+ 3,9	+ 3,9
1999	+ 1,3	+ 2,7
2000	+ 1,2	+ 3,5
2001	- 4,8	+ 0,7
2002	+ 0,2	+ 1,0
2003	+ 1,2	+ 1,1
2004	+ 1,5	+ 1,7

Q: WIFO-Prognose vom März 2003.

**Umsätze in der Bauwirtschaft leicht gestiegen**

Die nominellen Umsätze der Bauwirtschaft erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2002 laut Konjunkturstatistik GNACE um 1,7%, laut ÖNACE um 0,8% (Statistik Austria). Besonders große Einbußen erlitt das Baunebengewerbe. Die Umsätze sanken in dieser Bausparte um 3,3%; das war der stärkste Rückgang seit 1997.

Die einzelnen Bausparten schnitten gemessen an der technischen Produktion (GNACE) sehr unterschiedlich ab. Der Hochbau war mangels Wohnbaunachfrage und wegen der geringen Bautätigkeit im Industrie- und Gewerbebau mit -0,6% rückläufig. Der Tiefbau erzielte dank der regen Aktivitäten im Tunnelbau, Straßen- und sonstigen Tiefbau einen Umsatzzuwachs von 5,7%. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau haben sich die Umsätze im Laufe des Jahres stabilisiert. Im Winter verstärkten sich aber die Schwankungen und Umsatzeinbußen. Der Industrie- und Ingenieurbau wurde durch die allgemeine Konjunkturschwäche und den drohenden Irak-Krieg beein-

trächtig, die nominelle Bauproduktion ging um ein Viertel zurück (knapp -22,2%). Der sonstige Hochbau hingegen setzte um rund 10% mehr um als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die Fertigstellung von Bürohäusern, insbesondere im Raum Wien, zurückzuführen. Die Nachfrage nach Adaptierungsleistungen war im Wohnbau und im Hochbau insgesamt sehr schwach: Das Umsatzwachstum kam im Jahresdurchschnitt zum Stillstand ( $\pm 0,0\%$ ), zum Jahresende war ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

#### Übersicht 43: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände	Mio. €	Auftragseingänge
2001	5.454		15.481
I. Quartal	5.286		3.386
II. Quartal	5.758		4.051
III. Quartal	5.670		4.166
IV. Quartal	5.104		3.879
2002	5.312		15.772
I. Quartal	5.115		3.391
II. Quartal	5.492		4.084
III. Quartal	5.543		4.099
IV. Quartal	5.098		4.197
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2001	+ 2,0		- 3,7
I. Quartal	+ 0,4		+ 4,9
II. Quartal	+ 3,2		- 4,3
III. Quartal	+ 3,4		- 1,3
IV. Quartal	+ 0,7		- 11,7
2002	- 2,6		+ 1,9
I. Quartal	- 3,2		+ 0,2
II. Quartal	- 4,6		+ 0,8
III. Quartal	- 2,2		- 1,6
IV. Quartal	- 0,1		+ 8,2

Q: Statistik Austria.

#### Übersicht 44: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1996 = 100

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Hochbau	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2
Baumeister	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Baumeisterarbeiten	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4
Tiefbau	- 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,3
Straßenbau	- 1,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,3
Brückenbau	- 0,9	+ 0,4	- 0,2	- 0,2
Hoch- und Tiefbau	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8

Q: Statistik Austria.

Im Gegensatz zu den Hochbausparten verbuchte der Tiefbau im vergangenen Jahr insgesamt deutliche Umsatzzuwächse. Im Straßen-, Brücken- und Tunnelbau stieg der nominelle Produktionswert um 9,6%, im Spezial- und sonstigen Tiefbau um 4,7%. Besonders gut entwickelte sich der Eisenbahnoberbau, die Produktion stieg um 35,3%. Im Wasserbau waren die Aktivitäten um 6,9% geringer als 2001.

Diese sehr unterschiedliche Entwicklung im Hoch- und Tiefbau zeigt auch der WIFO-Konjunkturtest. Die Tiefbauunternehmen meldeten im Jahresverlauf ein besseres Konjunkturbild als die Hochbauunternehmen. Nach den jüngsten Meldungen könnte sich die Auftragslage im Tiefbau in den nächsten Monaten beleben, und auch im Hochbau gibt es Anzeichen einer leichten Entspannung der Situation.

## Baubeschäftigung auf historischem Tiefstand

Die Schwäche der Baukonjunktur und der Mangel an Aufträgen zogen den Arbeitsmarkt schwer in Mitleidenschaft. Die Zahl der Baubeschäftigten sank im Jahr 2002 auf rund 240.000, den niedrigsten Wert seit 10 Jahren. Der Beschäftigungsabbau erreichte 6.800, nach -10.400 im Jahr 2001. Seit 1997 sind in der Bauwirtschaft rund 26.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich 2002 weiter auf 43.000 – die bisher höchste Marke. Die Zahl der offenen Stellen nahm deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt 2002 wurden nur 1.800 Stellen angeboten, um 11% weniger als im vergangenen Jahr und um über die Hälfte weniger als Anfang der neunziger Jahre.

Übersicht 45: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt<sup>1)</sup></i>		
Ø 1999	262.737	- 0,7
Ø 2000	257.576	- 2,0
Ø 2001	247.143	- 4,1
Ø 2002	240.309	- 2,8
<i>Arbeitsuchende<sup>2)</sup></i>		
Ø 1999	39.079	- 2,5
Ø 2000	36.085	- 7,7
Ø 2001	39.837	+ 10,4
Ø 2002	43.008	+ 8,0
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1999	2.603	+ 24,7
Ø 2000	2.938	+ 12,9
Ø 2001	2.031	- 30,9
Ø 2002	1.807	- 11,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> Einschließlich Baunebengewerbe. – <sup>2)</sup> Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE), zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche verteuerten sich Bauleistungen im Jahr 2002 nur wenig. Mit +0,8% war der Anstieg der Preise im Hoch- und Tiefbau geringer als 2001 (+1,1%). Billiger als im Vorjahr waren Tiefbauleistungen (-0,3%), während die Preise im Hochbau um 1,3%, im Wohnhaus- und Siedlungsbau um 1,2% angehoben wurden. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilten die Bauunternehmen die Preisentwicklung als ungünstig. Allerdings rechnen sie zu Beginn der Bausaison und der erwarteten Belegung der Auftragseingänge mit einem leichten Anstieg der Baupreise.

Übersicht 46: Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2001	+ 0,2	+ 11,2	+ 1,0
2002	- 0,2	+ 0,3	- 4,4
I. Quartal	- 1,8	+ 1,8	- 6,5
II. Quartal	+ 2,1	+ 3,5	- 0,6
III. Quartal	- 0,6	- 4,0	+ 5,0
IV. Quartal	- 1,2	+ 0,2	- 13,7

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Das WIFO prognostiziert (Konjunkturprognose von Ende März) für das Jahr 2003 eine geringfügige Beschleunigung der realen Produktionsentwicklung in der Bauwirtschaft auf +1,2%. Damit wächst die Bauwirtschaft im Gleichklang der sehr schwachen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur.

Margarete Czerny ([Margarete.Czerny@wifo.ac.at](mailto:Margarete.Czerny@wifo.ac.at))  
Statistik: Monika Dusek ([Monika.Dusek@wifo.ac.at](mailto:Monika.Dusek@wifo.ac.at))

Die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs wird in Österreich vor allem vom Einfluss der Witterung (gemessen in Heizgradtagen) bestimmt. Ein geringer Rückgang der Zahl der Heizgradtage von 2% wie im Jahr 2002 kann jedoch die anderen Faktoren, die den Verbrauch an Energieträgern jeweils unterschiedlich steigern, nicht kompensieren. Die wichtigsten anderen Einflüsse auf den Verbrauch sind

- die Entwicklung der Energiepreise,
- die technologischen Entwicklungen, die autonome Substitutionsprozesse zwischen Energieträgern bewirken (Zunahme des Gas- und Stromverbrauchs, Abnahme des Kohle- und Heizölverbrauchs).

Der Erdölpreis ist vom Tiefststand des Jahres 1998 (12,7 \$ je Barrel) bis 2000 auf über 28 \$ je Barrel gestiegen und seitdem wieder leicht gesunken. Auf Basis von Monatsdaten wird die starke Zunahme der Volatilität der Rohölpreise noch deutlicher. Im Durchschnitt des Jahres 2002 war der Preis der für Österreich maßgeblichen Sorte Brent mit etwa 25 \$ je Barrel kaum höher als 2001. Als Gefolge der Irak-Krise verteuerte sich Erdöl in den ersten zwei Monaten 2003 auf etwas mehr als 32 \$ je Barrel und wurde nach dem Kriegsbeginn wieder billiger.

Die IEA kommt in ihren Arbeiten zu dem Schluss, dass die Versorgungssicherheit durch die Ausfälle in Venezuela und im Irak nicht in dem Ausmaß bedroht sei, dass kurzfristig kräftige Preiserhöhungen zu erwarten wären. Mittelfristig steigt jedenfalls die Abhängigkeit der erdölimportierenden Länder von der Förderung der OPEC-Länder im Mittleren Osten. Deren Anteil an der Weltförderung von Rohöl wird laut IEA in einem "Baseline-Szenario" (keine Veränderung der Rahmenbedingungen) von derzeit etwa 21% bis 2020 auf rund 38% zunehmen. Das Szenario basiert auf der Annahme, dass die Förderpolitik dieser Länder eine solche Ausweitung der Produktion zulässt – dies erscheint nicht in allen internationalen Krisenszenarien gewährleistet. Ein "Hochpreis-Szenario" für Rohöl wäre daher mittelfristig in Erwägung zu ziehen und im Hinblick auf die ökonomischen Auswirkungen neuerlich zu untersuchen. Dabei wären die Annahmen zur Verwendung der Exporterlöse durch die Nettoölexporteur genauer zu prüfen.

Aus der österreichischen Entwicklung im Jahr 2002 (vor allem im Verkehr) ist abzulesen, dass eine permanente Erdölverbilligung ceteris paribus verbrauchserhöhend wirkt, was im Widerspruch zu Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung steht. Die Energiepreise sanken im Jahr 2002 teilweise kräftig (vor allem im 1. Halbjahr), großteils wegen der verzögerten Reaktionen auf den Erdölpreistrückgang 2001. Lediglich der Kohlepreis (Preis fester Brennstoffe) stieg 2002 (+1,2%), während Heizöl extra leicht (-7,3%) sowie Treibstoffe (Superbenzin -2,8%, Dieselöl -3,0%) wesentlich billiger waren als im Vorjahr. Der Gas- und der Strompreis sanken 2002 ebenfalls.

Übersicht 47: Energiepreise im Jahr 2002

	1. Halbjahr	2. Halbjahr	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Heizöl, extra leicht	- 8,4	- 6,1	- 7,3
Heizöl, leicht	- 3,2	- 3,9	- 3,5
Strom	- 3,1	- 2,8	- 2,9
Gas	- 2,1	- 0,2	- 1,1
Feste Brennstoffe	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,2
<i>Treibstoffe</i>			
Benzin Super plus	- 7,3	+ 1,9	- 2,8
Dieseltreibstoff	- 5,6	- 0,4	- 3,0

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

Da für das Jahr 2002 wie bereits 2001 noch keine offiziellen Daten des Wirtschaftsministeriums zum Energieverbrauch vorliegen, musste auf Schätzungen der OMV zurückgegriffen werden. Daraus errechnet sich über alle Rohölprodukte ein auf dem Niveau von 2001 konstanter Verbrauch; witterungsbedingt nahm der Absatz von Brennstoffen ab (Gasöl für Heizzwecke -11,5%), während der Verbrauch von Treibstoffen nach der Pause 2001 wieder kräftig stieg (Superbenzin +7,4%, Dieselöl +8,9%),

## Energieverbilligung lässt Verbrauch steigen

### Erdölverbilligung belebt Tanktourismus

Witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage -2%) ergab sich 2002 eine Entlastung für den Energieverbrauch. Dennoch nahm der Verbrauch von Erdgas (+4,3%) und elektrischer Energie (+2,2%) zu. Lediglich der Verbrauch von Gasöl für Heizzwecke (-11,5%) reagierte auf den Einfluss des Wetters. Die Preise aller Energieträger außer Kohle sanken (vor allem Heizöl extra leicht: -7,3%), während Rohöl 2002 etwa gleich viel kostete wie 2001. Der weitere Rückgang der Treibstoffpreise (Super plus -2,8%, Dieselöl -3,0%) hatte einen Anstieg des Treibstoffverbrauchs (Superbenzin +7,4%, Diesel +8,9%) zur Folge, der zum Teil auf Tanktourismus zurückzuführen ist. Der Verbrauch von Flugpetroleum verringerte sich 2002 neuerlich (-5,5%). Österreich hatte bereits 2001 seine Position als Nettoexporteur von elektrischer Energie verloren; diese Entwicklung setzt sich 2002 fort – der Nettoimportüberschuss betrug bereits 1,5% des Verbrauchs (2001: 0,4%).

wie es dem Trend seit 1995 entspricht. Deutlich rückläufig war 2002 der Bedarf an Flugpetroleum (-5,5%).

Übersicht 48: Mineralölprodukte

	2001	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	1.000 t		
Verbrauch	11.248	11.276	+ 0,2
Flüssiggas	143	175	+ 22,5
Normalbenzin	600	590	- 1,6
Superbenzin	1.398	1.502	+ 7,4
Flug- und Leuchtpetroleum	554	524	- 5,5
Dieseltreibstoff	4.675	5.093	+ 8,9
Gasöl für Heizzwecke	1.961	1.736	- 11,5
Heizöle	1.165	947	- 18,7
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	752	709	- 5,7

Q: Statistischer Ausschuß des Fachverbandes der Mineralölindustrie Österreichs.

Die Entwicklung des Treibstoffverbrauchs zeigt deutlich die Effekte der Preissenkungen. Das WIFO hat bereits mehrmals die Bedeutung des Tanktourismus für Österreich analysiert. Bestimmend sind hier der Unterschied zwischen dem Bruttopreis in Deutschland und in Österreich sowie die Veränderungen des österreichischen Preisniveaus. Derzeit liegt der Bruttopreis beider Treibstoffsorten weit unter dem deutschen Niveau (Superbenzin am 17. März 2003 Deutschland 1,142 €, Österreich 0,93 €, Dieselöl Deutschland 0,971 €, Österreich 0,799 €), und beide Treibstoffpreise sind im Jahr 2002 gesunken. Österreich zählt hier derzeit europaweit zu den Niedrigpreisländern, nur in Griechenland, Irland und Luxemburg (der "Tankstelle Europas"), Portugal und Spanien sind Treibstoffe noch billiger. Auf Basis der Analysen des WIFO war demnach Tanktourismus ein entscheidender Faktor für den Anstieg des Treibstoffverbrauchs in Österreich im Jahr 2002. Dieser Tanktourismus ist einerseits mit höheren Steuereinnahmen für Österreich verbunden, andererseits werden in der CO<sub>2</sub>-Emissionsinventur die mit dem Verbrauch der Treibstoffe verbundenen Emissionen ebenfalls Österreich zugerechnet. Letzteres wird im Rahmen des "Kyoto"-Prozesses an Bedeutung gewinnen: Wenn die Emissionsreduktionsziele verschärft werden, erhalten Länder einen Anreiz, nicht mehr Empfänger von Tanktourismus zu sein.

**Österreich wird  
Nettoimporteur von  
Strom**

Im Jahr 2002 wurde die Statistik für elektrische Energie weitgehend umgestellt und nun von E-Control auf Basis neuer Konzepte erhoben. Auf aggregierter Ebene von Gesamterzeugung und -verbrauch hat E-Control eine Überleitung für das Jahr 2001 berechnet, sodass 2001 und 2002 auf dieser Ebene vergleichbar sind<sup>32)</sup>. Nicht vergleichbar auf Basis der Monatsdaten sind jedoch die Wärme- und die Wasserkrafterzeugung, da die Erhebungsmasse der "sonstigen Erzeuger" auf Basis der Monatsmeldungen nicht aufschlüsselbar ist; diese Daten können erst mit erheblicher Verzögerung aus der Jahresrechnung ermittelt werden. Daher ist auch eine Aufteilung der Wärmekrafterzeugung nach Energieträgern derzeit nicht möglich.

Insgesamt stieg die Stromerzeugung 2002 um 1,6%, der Verbrauchszuwachs von 2,2% wurde daher teilweise aus einem Anstieg der Stromimporte alimentiert. In seinen "Energieszenarien 2020"<sup>33)</sup> geht das WIFO davon aus, dass in Zukunft vor allem durch eine Normalisierung der Wasserführung der Flüsse gegenüber den Rekordjahren 1999 und 2000 höhere Importe bzw. höhere Wärmekrafterzeugung notwendig werden. Wenn dann überdies wie im Jahr 2002 die Wärmekrafterzeugung zurückgeht, hat das bei gegebenem Verbrauch eine Ausweitung der Importe zur Folge. Bereits 2001 drehte sich der Saldo im Außenhandel mit elektrischer Energie in ein Passivum. 2002 stiegen die Stromimporte um 6,5% und die Exporte um 1,5%, Österreich wurde damit noch deutlicher als 2001 zum Nettoimporteur von elektrischer Energie (2001 Nettoimporte von 0,4% des Verbrauchs, 2002 1,5%). In den WIFO-

<sup>32)</sup> Dafür mussten auf der Erzeugungsseite 2001 unter "sonstige Erzeuger" kleine, ab 2002 nicht mehr erfasste Erzeugungseinheiten abgezogen werden.

<sup>33)</sup> Kratena, K., Schleicher, St., Energieszenarien bis 2020, WIFO, 2001, [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=20938](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20938)

Energieszenarien wird ein Anstieg des Nettoimportsaldos auf bis zu 3% des Verbrauchs erwartet. Der Verbrauch an elektrischer Energie erhöhte sich 2002 um etwa 1.300 GWh; dieser Wert lag leicht über dem Durchschnitt des langfristig erwartenden Verbrauchswachstums.

#### Übersicht 49: Elektrischer Strom

	2001	GWh	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	61.278		62.236	+ 1,6
Wasserkraft	41.837		38.093	.
Wärmekraft	20.416		19.377	.
Sonstige	- 975		4.766	.
Einfuhr	14.465		15.398	+ 6,5
Ausfuhr	14.253		14.462	+ 1,5
Verbrauch <sup>1)</sup>	59.373		60.669	+ 2,2

Q: E-Control – <sup>1)</sup> Ohne Pumpstrom.

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2002 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklung der Wärmekrafterzeugung gedämpft. Da gleichzeitig Gas billiger wurde und aufgrund technologischer Entwicklungen autonome Substitutionsprozesse zugunsten von Gas ablaufen, nahm der Verbrauch von Erdgas 2002 trotzdem zu (+4,3%). Dieser Anstieg lag allerdings unter dem langjährigen Durchschnitt. Während die Förderung um 3,1% ausgeweitet wurde, erhöhte sich die Einfuhr etwas stärker (+4,7%). Der Markt für Erdgas wurde 2002 liberalisiert, ausländische Anbieter könnten in nächster Zeit hereindrängen. Wie auf dem Markt für elektrische Energie hätte das eine Senkung des Preisniveaus und zugleich eine Zunahme von Verbrauch und Importen zur Folge. Erdgas könnte dadurch gegenüber anderen fossilen Energieträgern in der Industrie und bei den Haushalten wettbewerbsfähiger werden und diese verstärkt verdrängen.

#### Schwacher Anstieg des Erdgasverbrauchs

#### Übersicht 50: Erdgas

	2001	Mio. m <sup>3</sup>	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.954		2.015	+ 3,1
Einfuhr	6.276		6.570	+ 4,7
Ausfuhr	-		-	-
Verbrauch	8.230		8.584	+ 4,3

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Kurt Kratena ([Kurt.Kratena@wifo.ac.at](mailto:Kurt.Kratena@wifo.ac.at))  
Statistik: Susanne Kopal ([Susanne.Kopal@wifo.ac.at](mailto:Susanne.Kopal@wifo.ac.at))

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen entwickelte sich 2002 relativ günstig. Die Exportlieferungen (2002: 43,8 Mio. t) wuchsen kräftig (+5,8% gegenüber 2001), das Wachstum der Warenimporte (69,5 Mio. t) schwächte sich leicht ab (+2,9%). Der Binneneinzelhandel einschließlich Kfz-Handel schrumpfte real um 0,8%. Die Produktionssteigerungen in einigen transportintensiven Branchen belebten den Güterverkehr: Chemie +6,1% gegenüber 2001, Bergbau +5,7%, Holz +4,1%, Papier +4,1%, Steine, Erden +3,9%, Nahrungsmittel und Getränke +3,6%. Die Bereiche Mineralöl (-13,6%), Glas, Steinwaren (-3,6%) und Metalle (-0,5%) meldeten Produktionsrückgänge. Insgesamt wuchs die Produktion des Sektors Bergbau und Sachgütererzeugung 2002 um 0,6%. Die Bauproduktion erreichte knapp das Vorjahresergebnis.

Die Güterverkehrsleistungen der Bahn nahmen gegenüber 2001 um 1,4% zu. Entsprechend der günstigen Exportentwicklung wuchs der Ausfuhrverkehr kräftig (+4,6%). Der Einfuhr- (+1,5%) und der Inlandverkehr (+1,9%) entwickelten sich mäßig. Im Transitverkehr (-2,3% gegenüber 2001) war nach dem starken Wachstum im Jah-

#### Stabile Nachfrage im Güterverkehr

re 2001 wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Saisonbereinigt erreichte die Entwicklung des Güterverkehrs der Bahn im I. Quartal 2002 ihren Höhepunkt. Im III. Quartal brach der Ein- und Ausfuhrverkehr stark ein. Der Inland- und der Einfuhrverkehr stabilisierten sich im IV. Quartal wieder. Die ÖBB nahmen aus dem Güterverkehr 2002 824 Mio. € ein (-0,3% gegenüber 2001). Die durchschnittlichen Tariferträge je Tonnen-Kilometer lagen mit 0,0467 € um 1,6% unter dem Wert von 2001.

Übersicht 51: Güterverkehr

		2002 Absolut	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
ÖBB <sup>1)</sup>	Mio. n-t-km	17.627	+ 1,4	+ 4,6
Inland	Mio. n-t-km	4.114	+ 1,9	+ 5,6
Einfuhr	Mio. n-t-km	5.700	+ 1,5	+ 6,6
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.944	+ 4,6	+ 2,6
Transit	Mio. n-t-km	3.869	- 2,3	+ 3,2
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	84.424	- 10,5	+ 2,6
Fuhrgewerbe	in t	22.021	- 17,8	+ 8,7
Werkverkehr	in t	62.403	- 7,6	+ 0,7
Schifffahrt <sup>2)</sup>	1.000 t	12.194	+ 5,5	+ 4,3
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.928	- 1,2	+ 2,7
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.629	+ 2,6	+ 0,2
Transit	Mio. n-t-km	4.298	- 4,1	+ 4,9
Luffahrt <sup>3)</sup>	1.000 t	127	+ 1,5	+ 2,3

Q: ÖBB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, OMV, Adria-Wien Pipeline GmbH, TAL (Transalpine Oelleitung). - <sup>1)</sup> Vorläufige Werte, ohne Stückgut. - <sup>2)</sup> Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. - <sup>3)</sup> Fracht, An- und Abflug.

Das erste EG-Eisenbahnpaket der Richtlinien 2001/12 bis 2001/14/EG hatten die Gesetzgeber der Mitgliedsländer bis zum 15. März 2003 umzusetzen. Es öffnet den Markt für grenzüberschreitende Güterverkehrsdienste auf dem transeuropäischen Schienengüternetz. Ab 2008 wird das gesamte Eisenbahnnetz der EU-Länder für grenzüberschreitende Dienste offen sein. Für die Erbringung von Eisenbahnverkehrsdiensten und den Betrieb der Infrastruktur sind organisatorisch getrennte Einheiten einzurichten. Die Rechnungsführung für Personen- und Güterverkehrsdienste hat separiert zu erfolgen. Eisenbahnunternehmen erlangen die Genehmigung zur Benützung des transeuropäischen Schienennetzes, wenn sie bestimmte wirtschaftliche und sicherheitstechnische Voraussetzungen erfüllen. Die Infrastrukturbetreiber müssen die Nutzungsbedingungen, die Regeln für die Zuweisung von Fahrwegkapazitäten ("Zugtrassen") und das Nutzungsentgelt festlegen und veröffentlichen. Damit soll die Basis für einen fairen Wettbewerb zwischen den Eisenbahngesellschaften gegeben sein. Bisher ließ sich der Wettbewerb im Schienengüternetz recht zögerlich an. Die nationalen Bahngesellschaften versuchen durch Kooperationen, ihr internationales Angebot zu verbessern. So gründeten ÖBB, Deutsche Bahn und Trenitalia die Brenner RailCargo.

Über die Verkehrsleistungen des Straßengüterverkehrs im Jahre 2002 liegen noch keine Meldungen vor. Im grenzüberschreitenden Güterverkehr dürfte die Straße weiter Marktanteile von der Bahn gewonnen haben. Die anhaltend schwache Nachfrage nach Transportleistungen im Inland, insbesondere im Baugewerbe drückte die Lkw-Investitionen. Das Fuhrgewerbe meldete 2002 um 17,8% weniger neue Nutzlastkapazität an als 2001, der Werkverkehr um 7,6% weniger. Insgesamt betrug der Rückgang der Neuanmeldungen 10,5%. Schwere Lkw (Neuzulassungen -17,2%) und Anhänger (-14,3%) sowie Sattelfahrzeuge (-12,9%) waren besonders schwach nachgefragt. Die Lkw-Neuzulassungen erreichten bereits im II. Quartal 2002 die Talsohle. Der scharfe Wettbewerb im internationalen Straßengüterverkehr bewog einige Unternehmen zu innovativen, aber ungesetzlichen Maßnahmen zur Senkung der Lohnkosten (Über 30% der gesamten Lkw-Kosten). Mit der EU-Erweiterung wird sich der Kostendruck für bloße Frachtführer in Hochlohnländern verstärken. Anbieter von komplexen Logistiklösungen werden sich im Wettbewerb mit Unternehmen aus den Beitrittsländern leichter behaupten können.

Am 1. Jänner 2004 soll auf Österreichs hochrangigem Straßennetz die Autobahnmaut für Kraftfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht über 3,5 t eingeführt werden. Im Mai 2002 beschloss die Asfinag, die Maut elektronisch mittels Mikrowellentechnologie einzuhoben. Die EU strebt derzeit eine satellitengesteuerte Lösung an.

Abbildung 17: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Die Durchsatzleistungen der Mineralölrohrleitungen waren 2002 etwas schwächer als im Vorjahr (-1,2% gegenüber 2001). Durch die Transitleitungen wurde um 4,1% weniger Rohöl gepumpt als 2001, der Einfuhr- und Inlanddurchsatz nahm um 2,6% zu. Das Transportaufkommen der Binnenschiffer auf dem österreichischen Donauabschnitt stieg bei durchwegs günstigem Wasserstand auf 12,2 Mio. t (+5,5%). Der Inlandverkehr halbierte sich, Einfuhr- (+11,9%), Ausfuhr- (+22,1%) und Transitverkehr (+9,2%) wuchsen kräftig. Die Verkehrszwecke hatten am Transportaufkommen der Binnenschifffahrt 2002 folgende Anteile: Einfuhr 51,2%, Transit 31,9%, Ausfuhr 12,6%, Binnenverkehr 4,4%.

Die Luftfracht erholte sich nach dem Einbruch im IV. Quartal 2001 leicht. Mit 126.600 t lag das Ergebnis 2002 um 1,5% über dem Wert des Vorjahres.

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen nahm 2002 kaum zu. Der Berufsverkehr stagnierte (Beschäftigte +0,2%), der Reiseverkehr (Nächtigungen +1,4%) entwickelte sich wohl recht günstig, die ständig sinkenden Schülerzahlen drückten aber das Ergebnis im Ausbildungsverkehr. Der Personenverkehr auf der Bahn war 2002 um 0,7% stärker als 2001. Die ÖBB verbesserten ihr Angebot im Ostverkehr. Sie führen seit Ende 2002 zusätzliche Züge nach Ungarn, Tschechien, Slowenien und Kroatien. Auf der Westbahn erlaubten die neuen Ausbaustrecken fahrplanmäßige Reisezeitverkürzungen der IC- und EC-Züge zwischen Wien und Salzburg bzw. Innsbruck. Ein forciertes Refurbishment-Programm passt die Reisewaggons laufend den modernen Standards an. Im Dezember hoben die ÖBB die Fahrpreise um bis zu 9% an. Fahrten auf dem Netz der SBB und der DB wurden für Besitzer der ÖBB-Vorteilscard billiger. Die Tarifeinnahmen der ÖBB aus dem Personenverkehr betragen 2002 558 Mio. €, um 2,6% mehr als 2001. Die durchschnittlichen Einnahmen je Personen-Kilometer verbesserten sich um rund 2%.

**ÖBB verbessern Angebot im Personenverkehr**

*Übersicht 52: Personenverkehr*

		2002 Absolut	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	8.300	+ 0,7	- 3,2
Wiener Linien	Mio. Personen	722	- 1,0	+ 0,9
Luftfahrt <sup>1)</sup>	1.000 Personen	15.472	+ 1,4	+ 5,2
Austrian Airlines Group <sup>1)2)</sup>	1.000 Personen	8.601	+ 3,2 <sup>3)</sup>	+ 5,6 <sup>4)</sup>

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – <sup>1)</sup> Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – <sup>2)</sup> Austrian Airlines Group: AUA, Lauda Air, Tyrolean Airways und Rheintalflug. – <sup>3)</sup> Einschließlich Auslandsverkehr. – <sup>4)</sup> Nur AUA.

*Übersicht 53: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen*

	2002 Stück	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
<i>Pkw</i>			
Hubraum bis 1.500 cm <sup>3</sup>	279.493	- 4,8	- 0,9
Hubraum 1.501 cm <sup>3</sup> und darüber	63.879	- 3,1	- 4,2
	215.614	- 5,3	+ 0,1
<i>Lkw</i>			
Nutzlast bis 1.999 kg	25.648	- 8,1	+ 1,7
Nutzlast 2.000 bis 6.999 kg	22.399	- 7,1	+ 1,5
Nutzlast 7.000 kg und darüber	1.004	- 7,6	- 2,3
	2.245	- 17,2	+ 4,6
<i>Anhänger</i>			
Nutzlast bis 2.999 kg	19.369	- 5,0	- 3,0
Nutzlast 3.000 bis 6.999 kg	17.724	- 3,8	- 3,6
Nutzlast 7.000 kg und darüber	259	- 22,0	+ 1,6
	1.386	- 14,3	+ 4,6
<i>Sattelfahrzeuge</i>	3.525	- 12,9	+ 10,7

Q: Statistik Austria.

Die Wiener Verkehrsbetriebe beförderten 2002 722 Mio. Personen (-1,0% gegenüber 2001). Die Zahl der Flugpassagiere stieg auf 15,5 Mio. (+1,4%). Im I. Quartal 2002 wurde der hohe Ausfall in der Luftfahrt vom IV. Quartal 2001 fast aufgeholt, in der Sommerreisesaison stagnierte die Zahl der Passagiere. Im IV. Quartal 2002 verzeichneten die Luftgesellschaften einen kräftigen Nachfrageanstieg. Der Irak-Krieg trübt die Aussichten für 2003.

2002 wurden 279.493 fabriksneue Pkw angemeldet, um 4,8% weniger als 2001. Die Pkw-Nachfrage sank saisonbereinigt ab dem III. Quartal 1999, der Tiefpunkt wurde Mitte 2002 erreicht. Im 2. Halbjahr 2002 nahmen die Neuzulassungen wieder kräftig zu. Die Kfz-Versicherungen registrierten Ende 2002 einen Bestand von 3,987.093 Pkw. Die Pkw-Dichte erreichte damit 490 Pkw je 1.000 Einwohner. Österreich nimmt damit in der Rangliste der EU die vierte Stelle ein (nach Luxemburg, Italien, Deutschland).

Wilfried Puwein ([Wilfried.Puwein@wifo.ac.at](mailto:Wilfried.Puwein@wifo.ac.at))  
Statistik: Martina Agwi ([Martina.Agwi@wifo.ac.at](mailto:Martina.Agwi@wifo.ac.at))

Nach zwei Jahren der Verbesserung blieb das Einkommen der Landwirtschaft 2002 trotz nahezu unveränderter Erzeugung unter dem Ergebnis von 2001. Verantwortlich für die Verringerung waren niedrigere Erzeugerpreise, vor allem von einigen tierischen Produkten. Zwar wurden die Subventionen der Landwirtschaft neuerlich angehoben, die Erhöhung reichte allerdings nicht aus, um die Abnahme der Markterlöse auszugleichen. Damit konnte sich die österreichische Entwicklung nicht von jener in den anderen EU-Ländern abkoppeln, in denen ebenfalls fast durchwegs Einkommensrückgänge zu verzeichnen waren. Die Position der Landwirtschaft im Preisgefüge verschlechterte sich 2002 wieder, nachdem in den zwei Jahren zuvor entgegen dem Trend eine Verbesserung verzeichnet worden war. Die Abwanderung aus der Landarbeit hält an, wenngleich in etwas verringertem Ausmaß. Der Außenhandel mit Agrargütern entwickelte sich günstig; erstmals seit 1985 verringerte sich der negative Außenhandelsaldo auf weniger als 1 Mrd. €, und zwar aufgrund einer Steigerung der Exporte.

Nach den vorläufigen Ergebnissen zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) von Statistik Austria<sup>34)</sup> veränderte sich die landwirtschaftliche Produktion im Jahr 2002 dem Volumen nach gegenüber 2001 kaum.

Aufgrund einer Frühjahrstrockenheit wurde weniger Wintergetreide geerntet. Die Abnahme der gesamten Getreideernte wird auch durch die Verringerung der Anbaufläche erklärt. Die Produktion von Handelsgewächsen nahm zu, wobei der Ausweitung der Ölfrüchte (bedingt durch Flächen- und Ertragssteigerungen von Sonnenblumen) und Zuckerrüben geringere Ernten von Eiweißpflanzen gegenüberstehen. Ungünstige Witterungsbedingungen verursachten Produktionsausfälle von Steinobst und Rotwein, während die Ernte von Kernobst und Weißwein besser ausfiel als 2001. Die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 verursachte zwar lokale Ernteaufschläge (vor allem im Gemüse- und Maisanbau), insgesamt wurde die pflanzliche Produktion durch die Frühjahrstrockenheit aber stärker beeinflusst.

Die Produktion von Rindfleisch ging ebenso zurück wie der Rinderbestand. Die Produktion von Schweinefleisch nahm zwar zu, die starke Verringerung der Ferkelbestände zu Jahresende lässt für das laufende Jahr jedoch einen zyklischen Abschwung erwarten. Bedingt durch die Milchquotenregelung verändert sich die Milchproduktion kaum. Dem Volumen nach war die gesamte Erzeugung tierischer Produkte gegenüber dem Jahr zuvor nahezu unverändert.

Nach einer für die Landwirtschaft günstigen Preisentwicklung in den vorangegangenen Jahren sank das Preisniveau landwirtschaftlicher Erzeugnisse 2002. Diese Aussage gilt sowohl für die Entwicklung zu Erzeuger- als auch zu Herstellungspreisen, wenngleich in den einzelnen Gütergruppen abweichende Tendenzen zu beobachten sind.

## Einkommensrückgang in der Landwirtschaft nach der Erholung im Vorjahr

## Produktion stagniert, Rückgang der Erzeugerpreise

<sup>34)</sup> Statistik Austria, Schnellbericht Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Wien, 2003.

**Sinkendes Einkommen,  
steigende Subventionen  
und anhaltende  
Abwanderung aus der  
Landarbeit**

Der Preisindex der pflanzlichen Produktion zu Erzeugerpreisen sank um 0,7%. Deutliche Preiseinbußen für die Getreideproduzenten folgten der 2001 eingeleiteten und 2002 voll wirksamen Senkung des Interventionspreises. Eine Ausnahme bildet Hartweizen, für den höhere Preise erzielt wurden. Mit sinkenden Erlösen waren auch die Produzenten von Erdäpfeln, Öl- und Eiweißpflanzen konfrontiert, während die Erzeugerpreise von Obst und Gemüse beträchtlich stiegen.

In der Tierhaltung sanken die Erzeugerpreise stark. Grund dafür waren die Entwicklungen auf den Märkten für Milch und Schweinefleisch. Für beide Güter waren im Jahr zuvor überdurchschnittlich gute Preise erzielt worden. Trotz der in der Agenda-2000-Reform beschlossenen Änderung der Marktordnung für Rindfleisch (Mitte 2002 wurde der Interventionspreis durch einen um 26% niedrigeren Grundpreis abgelöst) erhöhten sich die Rinderpreise im Jahresdurchschnitt. Dies ist teilweise als Erholung nach dem Einbruch aufgrund der BSE-Krise zu interpretieren.

Die Erzeugung von "landwirtschaftlichen Dienstleistungen" und "nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten" änderte sich 2002 nur geringfügig. Ihre Summe entsprach 11% des Wertes der tierischen und pflanzlichen Produktion (zu Erzeugerpreisen). Fasst man beide Positionen mit der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter zusammen, dann nahm die zu Erzeugerpreisen bewertete Produktion des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs insgesamt um 3,8% ab.

Die Gütersubventionen (Förderungen aus der "ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik") waren aufgrund des Anstiegs der Tierprämien höher als im Vorjahr. Sie wurden entsprechend den Agenda-2000-Beschlüssen als Begleitmaßnahme zur Änderung der Marktordnung für Rindfleisch angehoben. Die Summe der gezahlten Gütersteuern blieb 2002 nahezu unverändert auf dem Niveau von 2001. Nach Berücksichtigung dieser beiden Positionen nahm der Wert der Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs bewertet zu Herstellungspreisen um 3,1% ab.

Übersicht 54: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2000	2001 Mio. €	2002	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.517	1.728	1.779	+ 2,9
Gütersubventionen	465	508	535	+ 5,2
Kulturpflanzen	339	349	341	- 2,4
Nutztiere	126	159	194	+ 22,1
Sonstige Subventionen	1.052	1.220	1.244	+ 1,9
Stilllegung von Ressourcen	33	35	34	- 4,2
Agrarumweltprogramm ÖPUL	543	590	606	+ 2,7
Ausgleichszulage	201	282	293	+ 4,1
Extensivierungsprämie	41	43	44	+ 2,3
Förderungen von Investitionen	129	144	149	+ 3,4
Übrige Subventionen	105	127	118	- 6,4
Steuern und Abgaben	.	140	146	+ 4,0
Gütersteuern	.	45	44	- 1,2
Sonstige Produktionsabgaben	.	95	101	+ 6,4

Q: Statistik Austria, LGR; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft. Vorläufige Werte.

Das Programm zur ländlichen Entwicklung (die "zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik"), aus dem der überwiegende Teil der "sonstigen Subventionen" gespeist wird, wurde im Jahr 2001 eingeführt und brachte weitreichende Änderungen der Ausgleichszulage und des Agrarumweltprogramms. Die Förderungen aus beiden Titeln wurden im Jahr 2002 weiter ausgeweitet, jedoch in viel geringerem Umfang als im Jahr der Neueinführung. Der Zuwachs der Prämien des Agrarumweltprogramms erklärt sich dadurch, dass nach wie vor Landwirte vom Vorläuferprogramm in das aktuelle Programm wechselten und nun an höher dotierten Maßnahmen teilnehmen.

## Änderung der Methode der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung

Bisher wurden die Ergebnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem Eurostat-Handbuch von 1989 vom WIFO ermittelt<sup>1)</sup>. Die Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 1995 erforderte Änderungen der Grundmethodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung, die im Jahr 2000 vorgestellt wurden<sup>2)</sup>. Die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (LGR) ist ein Satellitenkonto der VGR, das ergänzende Informationen enthält und somit an die besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft angepasst ist. Die österreichische LGR wird von Statistik Austria erstellt.

### Die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem Konzept von 1989

Das "Bundeshofkonzept" wurde abgelöst. Bisher stellte der "Bundeshof" einen einzigen, fiktiven landwirtschaftlichen Betrieb dar, der eine "Endproduktion" (pflanzliche und tierische Erzeugung) herstellte. Güterströme zwischen den Betrieben wurden weder auf der Output- noch auf der Inputseite verbucht, sofern nicht Unternehmen anderer Sektoren dazwischengeschaltet wurden.

Abweichend von der bisher ausgewiesenen Endproduktion bezieht das neue Konzept den Handel mit landwirtschaftlichen Waren und Dienstleistungen zwischen landwirtschaftlichen Einheiten ein, denn die Basis sind nun die "örtlichen und fachlichen Einheiten". Auch der innerbetriebliche Verbrauch an Futtermitteln (marktfähig oder nicht) wird als Produktion ausgewiesen und in weiterer Folge unter den Vorleistungen berücksichtigt. Die Wahl der fachlichen örtlichen Einheiten als Basiseinheit erlaubt neben der Erfassung des homogenen landwirtschaftlichen Outputs des Sektors nun auch die Berücksichtigung von Dienstleistungen (z. B. spezialisierte Maschinenleistungen für landwirtschaftliche Lohnarbeit) und "nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten" (z. B. Verarbeitung eigener Erzeugnisse, Urlaub am Bauernhof).

Zur Bewertung der Produktion wird neben dem Erzeugerpreis (d. h. Ab-Hof-Preis ohne Mehrwertsteuer) auch der Herstellungspreis herangezogen. Dieser ist definiert als der vom Produzenten empfangene Preis abzüglich aller Gütersteuern, jedoch einschließlich aller Gütersubventionen. Die Gütersubventionen (im Wesentlichen die Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für bestimmte Kulturpflanzen und Nutztiere) und Gütersteuern (z. B. Werbekostenbeiträge) werden für die einzelnen Positionen ermittelt und nicht mehr im Einkommensentstehungskonto gebucht. Dort scheinen die davon getrennten "sonstigen Produktionsabgaben" (z. B. Nettozahllast bzw. Nettogewinn an Mehrwertsteuer, Kommunal- und Grundsteuer) und "sonstigen Subventionen" (z. B. Agrarumweltprogramm und die Ausgleichszulage) auf.

Zur Beschreibung der Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in der Landwirtschaft wurde bisher die Zahl der Erwerbstätigen (differenziert in Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie unselbständig Beschäftigte) herangezogen. Die Entwicklung des Einkommens wird nun zu jener der Jahresarbeitseinheiten (JAE) in Beziehung gesetzt. Eine JAE entspricht der an der Arbeitszeit gemessenen Arbeitsleistung einer Person, die ganztätig und während eines ganzen Jahres beschäftigt ist. Statt JAE wird häufig der Begriff "Vollzeitäquivalent" verwendet, und es wird zwischen entlohnten und nichtentlohnten JAE unterschieden. Im wichtigsten Einkommensindikator der LGR, dem "Indikator A", wird die Veränderung der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten (reales Faktoreinkommen) bezogen auf die JAE ausgewiesen (zur Deflationierung wird der BIP-Deflator herangezogen).

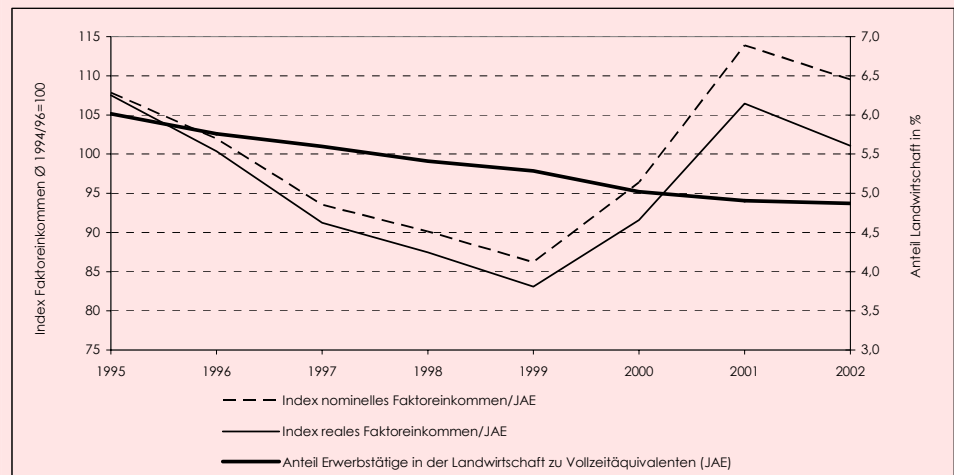
Der "Wirtschaftsbereich Landwirtschaft des Satellitenkontos LGR" umfasst, verglichen mit dem "Wirtschaftsbereich Landwirtschaft in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)", folgende zusätzlichen Bereiche: weinproduzierende Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften, Einheiten zur Erzeugung von Korb- und Flechtmaterial und bestimmte Baumschulwaren. Im Gegensatz dazu werden in der LGR ausgewählte Erzeugnisse und Dienstleistungen (z. B. Saatgut zur Zertifizierung, Pflege von Sportplätzen und Hausgärten und Tierhaltung von Nichtlandwirten) nicht erfasst.

1) Eurostat, Handbuch zur Landwirtschaftlichen und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung, Luxemburg, 1989. Die nach einem Addendum aus dem Jahr 1992 revidierte Fassung des Handbuchs bildete die methodische Basis für die WIFO-Berechnungen ab 1995. – 2) Eurostat, Handbuch zur Landwirtschaftlichen und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung LGR/FGR 97 (Rev. 1.1.), Luxemburg, 2000.

Nach Abzug der (im Vorjahresvergleich nahezu unveränderten) Vorleistungen, der (etwas höheren) Abschreibungen und nach Berücksichtigung des für die Landwirtschaft günstigeren Saldos aus sonstigen Produktionsabgaben und -subventionen war das Faktoreinkommen der Landwirtschaft nominell um 5,1% niedriger als 2001.

Das nominelle Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit (JAE) sank mit –3,8% etwas weniger stark, und zwar wegen eines neuerlichen Rückgangs der landwirtschaftlichen Beschäftigung. Im "Indikator A" wird das reale Faktoreinkommen auf die Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE) bezogen. Gemessen an dieser Kennzahl verringerte sich das Einkommen real um 5,1%. Im Vergleich mit der Entwicklung seit dem EU-Beitritt entsprach das 2002 erzielte Realeinkommen somit etwa dem Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 (Abbildung 18, linke Skala).

Abbildung 18: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, LGR, 2002 vorläufige Werte; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WIFO-Berechnungen.

Der Trend zur Abwanderung aus der Landwirtschaft hält ungebrochen an. Statistik Austria und die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft weisen für das Jahr 2002 knapp über 165.000 Jahresarbeitseinheiten (JAE) aus, um 1,3% weniger als im Jahr zuvor bzw. knapp 16% weniger als 1995 (vgl. Abbildung 18, rechte Skala). Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zu Vollzeitäquivalenten betrug 4,9% und lag damit deutlich über dem vergleichbarer Länder.

Die Preise der landwirtschaftlichen Vorleistungen verringerten sich im Vorjahresvergleich geringfügig. Da aber die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse stärker sanken, setzte sich im Jahr 2002 nach einer vorübergehenden Verbesserung der Trend der Verschlechterung der Tauschrelation fort.

Traditionell übersteigen die Agrarimporte die -exporte. Allerdings verbessert sich das Verhältnis zwischen Importen und Exporten kontinuierlich, selbst wenn man die dynamischen Zuwächse in der Position "alkoholfreie Getränke mit Süßmitteln oder Aromastoffen" ausklammert. Im Jahr 2002 verringerte sich der Überschuss der Agrarimporte gegenüber den -exporten erstmals seit 1985 unter 1 Mrd. €. Auch gegenüber den anderen EU-Ländern (in die 68% der Exporte gehen und aus denen 77% der Importe stammen) wurde der Saldo verbessert, und zwar wegen der Zuwächse im Export und nahezu unveränderter Importe.

Der Umfang der Exporte in die zehn Beitrittskandidatenländer entspricht über 13% des Wertes der Exporte in die EU 15 (für die Importe beträgt dieser Wert 9%). Gegenüber diesen Ländern verschlechterte sich der Saldo des Agrarhandels allerdings, und zwar wegen steigender Importe. Die im Rahmen der Heranführung dieser Länder mit der EU vereinbarten Erleichterungen verändern in einigen Positionen die Nettohandelsströme. So nahm der Importüberhang im Handel mit Ölsaaten – hier war Österreich 1995 noch Nettoexporteur gewesen – weiter zu. Der Getreidehandel wies nach einem Exportüberschuss von 19 Mio. € (2001) nun einen noch höheren Importüberschuss auf.

Im gesamten Agraraußenhandel Österreichs (EU 15 und Beitrittskandidatenländer) zeigen sich signifikante Zuwächse in der Position "Milch und Milcherzeugnisse". Seit dem Einbruch unmittelbar nach dem EU-Beitritt Österreichs entwickelt sich diese Position sehr dynamisch. Die Verbesserungen im Export von Fleisch und Fleischwaren sind nach den BSE-bedingten Einbußen als Rückkehr zu Normalniveau zu verstehen.

## Verbesserung im Agraraußenhandel

Das Kapitel 22 (Getränke usw.) umfasst die im Agraraußenhandel wichtigste Position mit fast 20% des Exportwertes. Seit einem Jahrzehnt weist Österreich hier – vor allem bedingt durch die hohen Exporte von "alkoholfreien Getränken mit Süßmitteln oder Aromastoffen" – einen Handelsbilanzüberschuss auf. 2002 verringerte sich dieser positive Saldo erstmals, und zwar wegen deutlicher Absatzrückgänge in der EU, während die Exporte in die Beitrittskandidatenländer weiter zunahmen.

Übersicht 55: Agraraußenhandel 2002 (Kombinierte Nomenklatur – KNO)

	Agraraußenhandel		Salden des Agraraußenhandels		
	Export	Import	Insgesamt	EU 15	EU 15 + 10 <sup>1)</sup>
	Anteile in %		Mio. €		
01 Lebende Tiere	1,5	1,8	- 27	- 37	- 34
02 Fleisch und Fleischwaren	11,4	6,5	+ 139	+ 65	+ 55
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,1	2,0	- 97	- 83	- 86
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	14,9	7,7	+ 220	+ 219	+ 215
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	1,1	- 36	- 25	- 25
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	5,1	- 241	- 244	- 243
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,6	5,9	- 230	- 193	- 208
08 Früchte	2,0	8,7	- 351	- 138	- 164
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,5	2,9	- 43	+ 2	+ 23
10 Getreide	4,1	2,1	+ 63	+ 83	+ 61
11 Müllereierzeugnisse	0,7	0,9	- 19	- 24	- 22
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,6	2,6	- 67	- 10	- 58
13 Schellack, Gummien, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,5	- 17	- 13	- 12
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,1	0,1	- 0	+ 1	+ 1
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,5	2,7	- 71	- 102	- 83
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	1,8	3,5	- 99	- 88	- 97
17 Zucker, Zuckerwaren	3,2	4,1	- 74	- 108	- 115
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,9	5,0	- 51	- 74	- 54
19 Zubereitungen aus Getreide und andere Backwaren	7,3	8,0	- 100	- 134	- 117
20 Zubereitung von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,6	6,0	- 29	+ 12	- 8
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	5,0	7,0	- 143	- 183	- 143
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	19,8	6,8	+ 468	+ 187	+ 220
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	4,4	5,6	- 96	- 145	- 118
24 Tabak und Tabakwaren	4,0	3,6	- 16	- 29	- 2
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	4.070	4.987	- 917	- 1.062	- 1.014
KNO-Position 2202 90 10 <sup>2)</sup>	645	29	+ 616	+ 336	+ 365
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>3)</sup>	4.195	5.068	- 873	- 1.012	- 969
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO <sup>4)</sup>	+ 5,4	+ 1,0	+ 14,6	+ 7,8	+ 6,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2002 vorläufige Werte; es gelten die im Abschnitt "Außenhandel" dieses Berichts angeführten Einschränkungen zur Aktualität der Daten. – <sup>1)</sup> EU 15 und zehn Beitrittskandidatenländer: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – <sup>2)</sup> Alkoholfreie Getränke mit Süßmitteln oder Aromastoffen. – <sup>3)</sup> Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab. – <sup>4)</sup> Ein positives Vorzeichen von Saldenveränderungen ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der LGR der EU-Mitgliedstaaten weist Eurostat für die EU im Jahr 2002 einen realen Einkommensrückgang (gemessen am "Indikator A") von 3,8% aus. Die deutlich verringerte Erzeugung tierischer und pflanzlicher Produkte (-6,6% bzw. -2,1%) war die Hauptursache für die Abnahme des Produktionswertes um 3,9%.

In nur fünf EU-Ländern waren die landwirtschaftlichen Einkommen 2002 höher als im Vorjahr. Einbußen von mehr als 10% ergaben sich in Irland, Deutschland und Dänemark. Der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz verringerte sich in der EU neuerlich (-2,9%). Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang in Spanien (-4,8%), Luxemburg (-4,2%) und Schweden (-4,1%).

**Landwirtschaftliches Einkommen in der EU ebenfalls gesunken**

Übersicht 56: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen der österreichischen Landwirtschaft

	2001	Wert		2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Index 2002 2001 = 100	
		Mio. €			Volumen	Preis
<i>Zu Erzeugerpreisen</i>						
Pflanzliche Erzeugung <sup>1)</sup>	2.268	2.234	- 1,5	99,2	99,3	
+ Tierische Erzeugung	2.621	2.436	- 7,0	99,7	93,3	
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	4.889	4.670	- 4,5	99,4	96,1	
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	134	135	+ 0,9	99,1	101,8	
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.023	4.805	- 4,3	99,4	96,2	
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	378	389	+ 2,8	101,0	101,8	
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.401	5.194	- 3,8	99,5	96,6	
<i>Zu Herstellungspreisen</i>						
Pflanzliche Erzeugung	2.613	2.570	- 1,6	98,7	99,7	
+ Tierische Erzeugung	2.739	2.590	- 5,4	99,5	95,0	
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.352	5.161	- 3,6	99,1	97,3	
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	134	135	+ 0,9	99,1	101,8	
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.486	5.296	- 3,5	99,1	97,4	
+ Nichttrennbare nichtlandwche Nebentätigkeiten	378	389	+ 2,8	101,0	101,8	
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.865	5.684	- 3,1	99,2	97,7	
- Vorleistungen insgesamt <sup>1)</sup>	3.071	3.033	- 1,2	100,4	98,4	
= Bruttowertschöpfung	2.794	2.651	- 5,1	97,9	96,9	
- Abschreibungen	1.345	1.351	+ 0,4	99,0	101,4	
= Nettowertschöpfung	1.448	1.300	-10,2	96,9	92,6	
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.125	1.142	+ 1,6			
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.573	2.443	- 5,1			
Nominelles Faktoreinkommen je JAE <sup>2)</sup>	1.000 €	15,4	14,8	- 3,8		

Q: Statistik Austria, LGR. Vorläufige Werte. – 1) Einschließlich innerbetrieblich erzeugter bzw. verbrauchter Futtermittel. – 2) Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Franz Sinabell ([Franz.Sinabell@wifo.ac.at](mailto:Franz.Sinabell@wifo.ac.at))

Statistik: Dietmar Weinberger ([Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at))

## Holzmarkt gedrückt

Die Schwäche der Bautätigkeit und der sinkende Dollarkurs setzten 2002 den europäischen Holzmarkt weiter unter Druck. Die Exportpreise von Nadelschnittholz aus Österreich lagen im Jahresdurchschnitt um 1,6% unter dem Wert von 2001. Seit der letzten Spitze im August 1999 gaben die Preise bis Ende 2002 um 15% nach. Auch auf dem Plattenmarkt hielt die Abschwungphase an (Exportpreise für Spanplatten 2002 gegenüber 2001 -6%). Die Zellstoffindustrie musste nach einem Preisverfall von 28% im Jahr 2001 2002 neuerlich einen kräftigen Preistrückgang hinnehmen (Exportpreise für Natronsulfat-Zellstoff -12% gegenüber 2001). Nach einer Stabilisierung der Zellstoffpreise im 1. Halbjahr hatten die allgemeine Konjunkturschwäche und der Rückgang des Dollarkurses im 2. Halbjahr wieder Preiseinbußen auf Euro-Basis zur Folge. Im Dezember 2002 erlösten die Zellstoffexporteure nur halb so viel wie zur letzten Preisspitze im November 2000. Die Sägeindustrie zahlte den heimischen Waldbesitzern für Nadelsägerundholz im Durchschnitt des Jahres 2002 um 0,9% weniger als 2001. Die Papier- und Plattenindustrie hielt das Vorjahresniveau der Faserholzpreise.

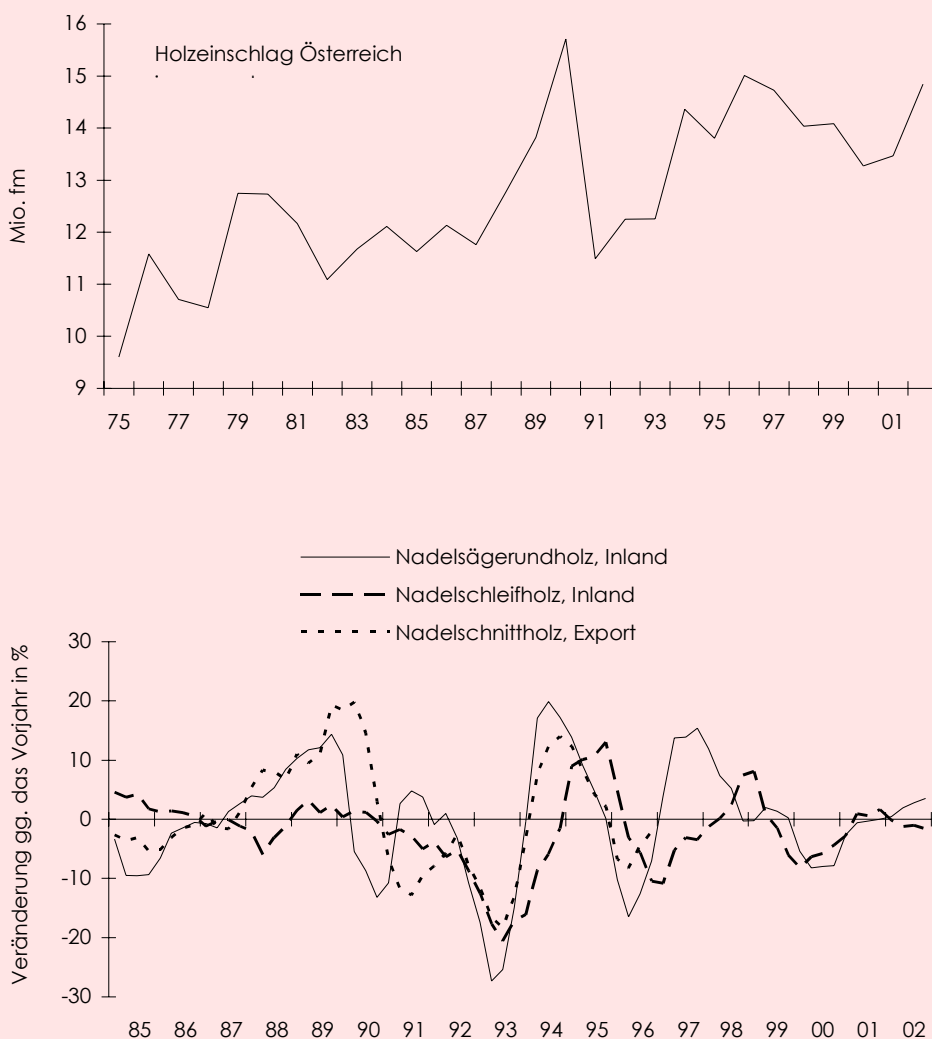
Die Stagnation des europäischen Baumarktes wird auch 2003 anhalten; die Wachstumsaussichten für 2004 sind gedämpft<sup>35)</sup>. In Österreich stagnierte die Bauproduktion 2002, das WIFO prognostiziert für 2003 ein reales Wachstum von 1,2%, für 2004 von 1,5%. In den traditionellen Abnehmerländern für Schnittholz aus Österreich schrumpft 2003 die Bauproduktion. Für 2004 wird in Italien ein weiterer Rückgang und in der Schweiz sowie in Deutschland nur ein schwacher Anstieg der Produktion erwartet. Dabei sind die Prognosen für den holzintensiven Hochbau pessimistischer als für den Tiefbau. In Ost-Mitteleuropa wird die Bauwirtschaft weiterhin kräftig aufholen. Die

<sup>35)</sup> Vgl. Czerny, M., "Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(3), S. 191-199, [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23659](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23659).

günstigsten Wachstumsaussichten ergeben sich für Ungarn, das als Importeur von Schnittholz aus Österreich an Bedeutung gewinnt.

Der Produktionswert der Be- und Verarbeitung von Holz stieg 2002 gegenüber 2001 um 5,5%. Der Zuwachs war ab September besonders hoch. Der seit 1998 beobachtete Beschäftigungsabbau setzte sich fort; im Jahresdurchschnitt 2002 wurden um 2,5% weniger Arbeitskräfte gezählt als 2001. Die Exporte von Nadelschnittholz nahmen mengenmäßig gegenüber 2001 um 6,4% zu. Spanplatten wurden um 10,5% mehr ausgeführt als 2001. Das seit 1994 anhaltend starke Wachstum der Exporte von Faserplatten (2002 +47,7% gegenüber 2001) hielt an. Die Exporte von Bautischlerwaren erhöhten sich nach dem Einbruch 2001 im Jahr 2002 wieder kräftig (+23,2%). Die Papierindustrie erreichte den Produktionswert von 2001 knapp, der Personalstand wurde leicht aufgestockt (+1% gegenüber 2001). Die Exporte von Papier und Pappe stiegen um 9,1%.

Abbildung 19: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Trotz gedämpfter Preisentwicklung schlugen die Waldbesitzer 2002 um 10,2% mehr als 2001. Mit 14,85 Mio. fm lag der Einschlag leicht über dem längerfristigen Trendwert. Die Föhnstürme "Uschi" und "Sylvia" vom 16. und 17. November entwurzten und zersplitterten rund 3,8 Mio. fm Holz. Am stärksten betroffen waren die Hochlagen in Salzburg und der Steiermark. Da bisher wenig Schadholz aufgearbeitet wurde, wird sich diese Windwurfkatastrophe erst 2003 in der Einschlagstatistik nieder-

**Holzeinschlag +10,2%**

schlagen. Im Jahr 2002 wurden 2,9 Mio. fm Schadholz verbucht (+17,1% gegenüber 2001). Mit 20% lag der Anteil des Schadholzes am Einschlag unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Tendenziell war der Schadholzanfall in den neunziger Jahren rückläufig. Zunehmende Sturm- und Käferschäden wurden durch einen Rückgang der Schneedruckschäden mehr als kompensiert. Die Umweltschutzmaßnahmen in den Bereichen Industrie (Rauchgasentschwefelung), Haushalt (Zunahme der Gasheizungen) und Verkehr (Fahrzeuge mit Katalysator) senkten die Schadstoffbelastung der Wälder nachhaltig.

Die Forstwirtschaft versucht seit Jahrzehnten verstärkt durch waldbauliche Maßnahmen die Stabilität der Wälder zu verbessern. Dazu gehören die Förderung standortgemäßer Baumarten (mehr Laubholz), eine rechtzeitige Waldverjüngung und eine konsequente Waldhygiene. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt jedoch auch davon ab, wieweit der Wildbestand den natürlichen Äsungsverhältnissen angeglichen wird (insbesondere in den forstlich wenig ertragreichen Schutzwäldern).

Die Waldbesitzer formten 2002 um 14% mehr Starknutzholz aus als 2001. An Schwachnutzholz fiel um 4,9%, an Brennholz um 4,5% mehr an als 2001. Im Bauernwald wurde nach zweijähriger Zurückhaltung der Einschlag wieder forciert (+18,4%). Der Einschlag der privaten Forstbetriebe schwankte in den letzten Jahren wenig; 2002 wurde um 1,2% mehr geschlägert als 2001. Die Bundesforste entnahmen ihren Wäldern um 4,5% mehr Holz als im Vorjahr. Mit 1,93 Mio. fm lag der Einschlag noch beträchtlich unter dem Durchschnitt des Jahrzehnts vor der Ausgliederung der ÖBF 1997.

Übersicht 57: Holzeinschlag

	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz	8.067,0	8.033,2	8.056,3	9.182,6	- 1,2	- 0,4	+ 0,3	+ 14,0
Schwachnutzholz	2.921,0	2.383,1	2.504,9	2.626,9	+ 8,5	- 18,4	+ 5,1	+ 4,9
Brennholz	3.096,0	2.859,9	2.905,3	3.036,0	- 2,5	- 7,6	+ 1,6	+ 4,5
Insgesamt	14.084,0	13.276,3	13.466,5	14.845,4	+ 0,4	- 5,7	+ 1,4	+ 10,2

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

In den westlichen Bundesländern Vorarlberg (Einschlag +38,2% gegenüber 2001), Tirol (+21%) und Salzburg (+17,1%) wurde der Einschlag kräftig erhöht. Das Burgenland (+2,2%), Kärnten (+3,9%) und Niederösterreich (+7,1%) meldeten die geringsten Einschlagszuwächse. Die heimische Industrie bezog 2002 um 5,2% weniger Nadelrohholz aus dem Ausland.

Das WIFO hat vor kurzem die wirtschaftlichen Effekte der Ausgliederung der ÖBF evaluiert<sup>36)</sup>. Während die Einnahmen der ÖBF aus der Holzwirtschaft schrumpften, konnten sie das Wachstum der Erlöse aus dem Immobiliengeschäft und dem Tourismus steigern. Die Arbeitsproduktivität verbesserte sich stark, der Personalstand wurde von 1997 bis 2001 um durchschnittlich fast 10% pro Jahr verringert.

Die Zahlungen an den Bund erscheinen relativ gering. Sie sind aber im Lichte des reduzierten Niveaus der Holznutzung und des Rückgangs der Holzpreise in den letzten Jahren zu betrachten. Ertragseinbußen ergaben sich auch durch die Umsetzung des ökologischen Leitbildes der naturnahen Waldwirtschaft.

Wilfried Puwein ([Wilfried.Puwein@wifo.ac.at](mailto:Wilfried.Puwein@wifo.ac.at))  
Statistik: Dietmar Weinberger ([Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at))

<sup>36)</sup> Puwein, W. "Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste", WIFO-Monatsberichte, 2003, (76)1, S. 63-86, [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23410](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23410).

### *Austria's Economy in 2002: Another Year of Slow Growth*

In the OECD countries, the recovery from the slump of 2001 was slow and painful. According to preliminary figures, these countries managed a growth in GDP of 1.3 percent in 2002, compared to 0.8 percent in 2001. In view of the geopolitical vagaries of the second half of 2002, demand for investment, normally the driving force for growth, failed to take off. Faced with repeated downturns at the global stock exchanges, economic players were gloomy about the prospects for the world economy.

In the European Union, business appeared to claw itself back in the doldrums. After some momentum was gained in the first half of 2002, the expansion, however, failed to accelerate. According to preliminary calculations, the euro area achieved an overall economic growth of 0.8 percent for 2002. The weakness was due less to low international demand than to the slack in domestic demand. Public expenditure was slightly restrictive, consequent to the consolidation course imposed by the growth and stability pact, and private households were extremely reticent in their spending on consumer goods, as a consequence of great uncertainties on the labour market and an ongoing debate on pension schemes extending across practically all of Europe. Businesses themselves saw few incentives to step up their investment expenditures, considering the continuing economic and political incalculabilities.

At about 1 percent in 2002, economic growth in Austria was negligibly above the previous year's rate. The first six months were quite satisfactory and an upswing appeared to be in the offing, but in the latter half the momentum noticeably lost in buoyancy. By the middle of the year, enterprises returned to their former sombre outlook – mostly in response to the international stock market crisis and unabating economic jitters. The flood disaster in the summer of 2002 further reduced domestic production.

The weak growth and long-term pessimism shown by Austrian companies in their future outlook were most clearly reflected in the pronounced plunge of gross fixed capital formation, by almost 5 percent in real terms. Investments in machines and electric equipment (–9.5 percent) were substantially cut, as was investment in vehicles (–8.2 percent). Investment in construction declined as well (–1.2 percent), albeit less significantly than other investment categories.

With a growth of about 1 percent in real terms, both public and private demand failed to stimulate any turnaround. Consumers exercised considerable restraint in purchasing new consumer goods, in response to the deteriorating labour market situation and the uncertainties with regard to their future financial situation (also in the face of the debate on their future retirement incomes). Private household consumption rose by 0.9 percent in real terms in 2002, compared to a plus of 1.5 percent in the previous year. Public consumption, on the other hand, grew by 1.3 percent, also in real terms, and thus at a better rate than in 2002 (–0.5 percent).

Net exports helped fuel the economy in 2002. Although export growth was modest at +2.6 percent in real terms, imports stagnated (±0.0 percent) in response to weak domestic demand for capital and consumer goods. As a result, the current account deficit decreased and the account was in balance for the first time in more than a decade. The higher dollar exchange rate for the euro contributed, although to a lesser extent, because it made many imports from third countries cheaper.

The rise in consumer prices was 1.8 percent in 2002, measured by the national consumer price index, paced slower by almost 1 percentage point thanks to subsiding energy prices in the first half of the year. The impact of euro-cash introduction was felt only in part, in the form of some price increases for personal services and a few essential goods. As expected, expenditure items of great weight in the index basket, such as rentals and energy, did not grow disproportionately with the new cash. The harmonised European consumer price index showed an average annualised growth rate of 1.7 percent in 2002. With this, Austria recorded the third-lowest inflation rate among euro countries, after Germany (+1.3 percent) and Belgium (+1.6 percent).

The weak economy heavily influenced the Austrian labour market in 2002. In annual average terms, jobs shrank by almost 15,000 (–0.5 percent) against the previous year. The sectors most affected were manufacturing (–2.5 percent), construction (–2.8 percent), and transport and telecoms (–1.8 percent). In public administration employment continued its downward trend started in 2000 (–1 percent in 2002). As the supply of labour rose in spite of the slump, the number of unemployed shot up at an unusually hefty rate (almost +29,000), the consequence of an increase in the supply of non-Austrian workers and the raising of the official age for early retirement. Computed by the Austrian method, the unemployment rate went up from 6.1 percent in 2001 to 6.9 percent as an average for 2002. Based on the Eurostat definition, it rose from 3.6 percent to 4.1 percent. Despite this, Austria continued to have one of the lowest unemployment rates in the whole of the European Union.

 WORKING PAPERS

- 196/2003 **Risk-Averse Monopolist with Aspiration**  
*Serguei Kaniovski*
- 197/2003 **Should High-tax Countries Pursue Revenue-neutral Ecological Tax Reforms?  
A Comment**  
*Kurt Kratena*
- 198/2003 **Financial Development and Macroeconomic Volatility. Evidence from  
OECD Countries**  
*Franz R. Hahn*
- 199/2003 **Long-run Homogeneity of Labour Demand. Panel Evidence from OECD  
Countries**  
*Franz R. Hahn*
- 200/2003 **Österreich, Finnland und Schweden in der EU: Wirtschaftliche Auswirkungen**  
*Fritz Breuss*

Kostenloser Download: [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p\\_typeid=3&p\\_language=1&p\\_type=0](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0)

Thomas Url

## Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich

Die betriebliche Altersvorsorge ist in Österreich im europäischen Vergleich wenig verbreitet. Diese Aussage trifft für mehrere Kennzahlen wie z. B. den Anteil der Anwartschaftsberechtigten für eine Betriebspension an den Erwerbspersonen und den Anteil der Betriebspension am Gesamteinkommen zu. Während im europäischen Durchschnitt etwa die Hälfte der Erwerbspersonen in eine betriebliche Altersvorsorge einbezogen ist, hat in Österreich nur etwa ein Sechstel der unselbständig Erwerbstätigen einen betrieblichen Pensionsanspruch. In Ländern mit ausgeprägten Betriebspensionssystemen stammt im Durchschnitt etwa ein Drittel des Pensionseinkommens aus einer Betriebspension; in Österreich sind es nur etwa 2%.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Fachverbands der Pensionskassen und des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank: Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich (2003, 140 Seiten, 80 €, Download 64 €: [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23649](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23649); Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)) • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger • E-Mail-Adressen: [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at), [Ursula.Glauninger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Die vergleichsweise geringe Bedeutung von Betriebspensionen in Österreich liegt vor allem an der umfassenden Einbindung der Erwerbstätigen in die öffentliche Pensionsvorsorge und dem hohen Leistungsniveau öffentlicher Pensionen. Die durchschnittliche Nettoeinkommensersatzquote (das Verhältnis zwischen dem letzten Erwerbseinkommen und der Neupension nach Steuern und Sozialversicherungsabgaben) beträgt im Bereich des österreichischen ASVG 70% für Frauen und 80% für Männer (2001). Im öffentlichen Dienst sind auch darüber hinausgehende Einkommensersatzquoten möglich. Unter diesen Rahmenbedingungen war der Bedarf an Vorsorgemaßnahmen für ein Zusatzeinkommen im Alter bisher gering.

Die WIFO-Erhebung vom Herbst 2001 zur betrieblichen Altersvorsorge unter den Teilnehmern am regelmäßigen Konjunktur- und Investitionstest des WIFO macht die wichtigsten Motive für die Gewährung einer Betriebspension deutlich: die stärkere Bindung von Arbeitnehmern mit hoher Qualifikation an das Unternehmen, die Motivation zu höherer Leistung und den Wunsch der Arbeitnehmer nach einer Zusatzpension (Abbildung 1).

Die Unternehmen ohne eine betriebliche Altersvorsorge beurteilen in dieser Umfrage die Nachfrage ihrer Mitarbeiter nach einer Betriebspension als gering. Mehr als 80% der Unternehmen glauben, dass die Belegschaft eine Lohnerhöhung der Einführung einer Betriebspension vorziehen würde (die neuen Reformvorstellungen der Bundesregierung waren zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht bekannt). Gleichzeitig empfinden die Unternehmen die Kosten einer Betriebspension als zu hoch und wenig kalkulierbar. Offenbar sind die Such- und Anlernkosten für qualifiziertes Personal derzeit noch so niedrig, dass zusätzliche Kosten der Mitarbeiterbindung keine Effizienzsteigerung ermöglichen.

---

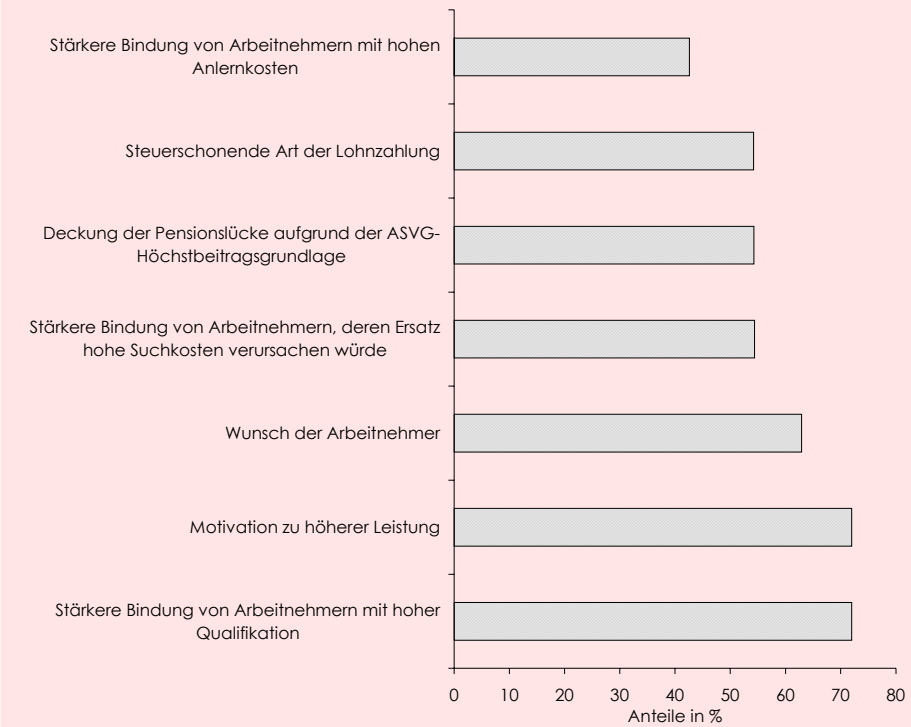
**Bindung an das Unternehmen bedeutendstes Motiv für Gewährung einer Betriebspension**

---

**Kosten der Betriebspension als zu hoch eingeschätzt**

---

Abbildung 1: Motive für die Einrichtung einer betrieblichen Altersvorsorge



Q: WIFO-Erhebung. Nur Antworten von Unternehmen mit einer betrieblichen Altersvorsorge (Mehrfachantworten möglich).

Für etwa ein Viertel der befragten Unternehmen spricht die hohe Fluktuation der Arbeitnehmer gegen die Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge. Betriebe, für die der häufige Wechsel des Mitarbeiterbestands keine Probleme verursacht, dürften auch in Zukunft wenig Interesse an Entlohnungsformen mit stärkerer Bindungswirkung haben.

### Betriebspension und Mitarbeitervorsorge in Wechselbeziehung

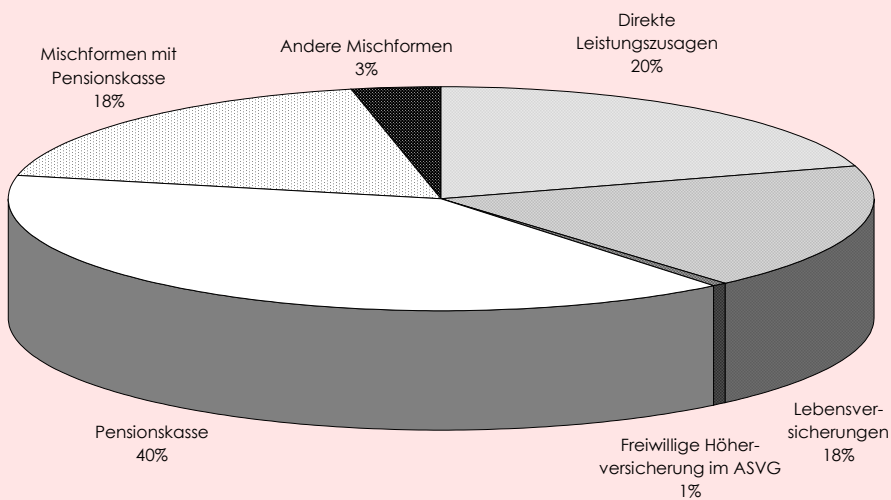
Die betriebliche Altersvorsorge steht mit der Mitarbeitervorsorge ("Abfertigung Neu") in einer Wechselbeziehung. Falls das in der Mitarbeitervorsorge angesammelte Kapital freiwillig in eine Rente umgewandelt wird, verringert sich die Pensionslücke (der Unterschied zwischen dem letzten Erwerbseinkommen und dem ersten Pensionseinkommen im Ruhestand). Dadurch sinkt das Bedürfnis der Arbeitnehmer nach anderen altersbezogenen Einkommensquellen. Für die Unternehmen ist praktisch ein Teil der Lohnnebenkosten für eine Art der betrieblichen Altersvorsorge gewidmet. Dadurch besteht ein geringerer Anreiz für den Ausbau freiwilliger Betriebspensionen. Andererseits entfällt mit der alten Abfertigungsregelung das wichtigste Instrument zur stärkeren Bindung von Arbeitnehmern an den Betrieb: der von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängige Abfertigungsanspruch. Angesichts der aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwartenden Verknappung von Arbeitskräften müssen daher alternative bindende Entlohnungsformen, z. B. Betriebspensionen, in Zukunft stärker angewandt werden.

### Vier Finanzierungsformen für Betriebspensionen

In Österreich sind vier Durchführungswege zur Finanzierung von Betriebspensionen vorgesehen: die Direkte Leistungszusage, die Gruppenlebensversicherung, seit 1991 die Pensionskassen und schließlich die freiwillige Höherversicherung im Rahmen des ASVG. Letztere wird nur von einer Minderheit der Unternehmen, meist in Verbindung mit einer anderen Finanzierungsart, verwendet. Im Vergleich mit der letzten WIFO-Erhebung für das Jahr 1993 verwendete 2000 ein wesentlich größerer Teil der befragten Unternehmen (über 50%) eine Pensionskasse zur Abwicklung der betrieblichen Altersvorsorge. Direkte Leistungszusagen werden oft gemeinsam mit Pensionskassen

angewandt. Direkte Leistungszusagen und Lebensversicherungen sind etwa gleich häufig (Abbildung 2).

Abbildung 2: Verteilung der Betriebe nach Finanzierungsart der Betriebspension



Q: WIFO-Erhebung. Zahl der Unternehmen: 148.

Ein großer Teil der antwortenden Unternehmen hat das Betriebspensionssystem nach 1995 eingerichtet. Unter den Betrieben mit jüngeren Vorsorgesystemen ist der Anteil der Direkten Leistungszusagen etwas niedriger (28,1%) als unter den Unternehmen mit alten Systemen (36,4%). Diese Verlagerung erfolgte vor allem zugunsten des Anteils von Gruppenlebensversicherungen. Unter den Unternehmen mit etablierter betrieblicher Altersvorsorge verwenden 16,4% eine Lebensversicherung, in der Gruppe mit jungem Betriebspensionssystem hingegen 36%. Die Pensionskassen konnten ihren Marktanteil auf hohem Niveau ausweiten: von 54,5% auf 60,7%.

Der Aufwand im Zusammenhang mit betrieblichen Pensionsversprechen beträgt unter den befragten Unternehmen insgesamt 93 Mio. €. Der größte Anteil davon wird über Pensionskassen abgewickelt, wesentlich geringere Beträge in Form Direkter Leistungszusagen. Dabei steht die Vorsorge für künftige Verpflichtungen gegenüber den laufenden Zahlungen im Vordergrund. Beiträge für Lebensversicherungen sind im Vergleich zum getätigten Aufwand von geringer Bedeutung: Nur etwa 6% der Altersvorsorgeausgaben werden in der Stichprobe über diesen Durchführungsweg abgewickelt. Die Höherversicherung im Rahmen des ASVG hat vernachlässigbar geringes Gewicht (Übersicht 1).

Der durchschnittliche Pensionsaufwand muss – je nach Finanzierungsart – in Relation zu unterschiedlichen Personengruppen gesetzt werden. In der Direkten Leistungszusage betreffen die Aufwendungen sowohl die Anwartschaftsberechtigten als auch die aktuellen Pensionsempfänger. Deshalb wird der Saldo aus dem laufenden Aufwand für Pensionen, den Dotierungen für Pensionsrückstellungen und der Auflösung von Rückstellungen auf die Zahl der Anwartschaftsberechtigten und der Pensionsempfänger bezogen. Die anderen Finanzierungsverfahren kennen durchwegs nur Beitragszahlungen für Anwartschaftsberechtigte, weil die Pensionszahlung durch den Finanzintermediär bzw. die Sozialversicherung erfolgt. Aus diesem Grund kann kein durchschnittlicher Aufwand pro Kopf über alle Finanzierungsarten ausgerechnet werden.

**Überraschend viele neue Betriebspensionssysteme eingerichtet**

**Pensionskassen verwalten bereits das größte Beitragsvolumen**

Übersicht 1: Aufwand für Betriebspensionen in der WIFO-Erhebung nach Durchführungswegen und Beschäftigtengrößenklassen 2000

	Bis 49 Beschäftigte	50 bis 99 Beschäftigte	100 bis 499 Beschäftigte	500 bis 999 Beschäftigte Mio. €	Über 999 Beschäftigte	Insgesamt
<i>Aufwand</i>						
Zahlungen für Direkte Leistungszusagen aus dem laufenden Ertrag	0,02	0,73	4,46	1,67	2,55	9,42
Dotierung der Pensionsrückstellung	0,44	0,14	5,35	1,04	10,34	17,30
Auflösung der Pensionsrückstellung	–	0,18	1,10	0,34	1,25	2,87
Beiträge für Lebensversicherungen	1,35	0,02	0,59	0,84	3,02	5,82
Beiträge an Pensionskassen	10,33	0,31	6,72	5,94	33,70	56,99
Beiträge zur freiwilligen Höherversicherung im ASVG	–	0,01	0,02	–	0,52	0,56
<b>Insgesamt</b>	<b>12,14</b>	<b>1,02</b>	<b>16,03</b>	<b>9,15</b>	<b>48,89</b>	<b>87,22</b>
Durchschnittlicher Pensionsaufwand je Anwartschaftsberechtigten bzw. Pensionsempfänger in € <sup>1)</sup>						
Direkte Leistungszusagen <sup>2)</sup>	8.636	6.673	17.195	16.683	157	13.007
Lebensversicherungen <sup>3)</sup>	3.181	267	1.844	5.842	–	3.170
Pensionskassen <sup>3)4)</sup>	1.387	3.977	1.315	–	956	980

Q: WIFO-Erhebung. – 1) Ohne Unternehmen mit gemischten Finanzierungsformen. – 2) Aufwand je Anwartschaftsberechtigten und Pensionsempfänger pro Jahr. – 3) Aufwand je Anwartschaftsberechtigten pro Jahr. – 4) Korrigiert um offensichtliche Übertragungen gemäß § 48 PKG.

**Höchste Durchschnittspensionen über Direkte Leistungszusagen ausgezahlt**

Am höchsten ist der Aufwand je Leistungsberechtigten im System der Direkten Leistungszusage. Unternehmen mit diesem Durchführungsweg gaben 2000 durchschnittlich 13.000 € je Anwartschaftsberechtigten bzw. Pensionisten aus; überdurchschnittlich ist dieser Betrag vor allem in mittelgroßen Betrieben. Trotz des geringen Gesamtaufwands ist der durchschnittliche Beitrag je Anwartschaftsberechtigten für Lebensversicherungen (3.170 €) deutlich höher als für Pensionskassen (980 €). Der Unterschied entsteht dadurch, dass Betriebspensionssysteme in Unternehmen mit einer Pensionskassenlösung meist alle Arbeitnehmer umfassen, während in der Direkten Leistungszusage und in der Lebensversicherung überwiegend eine Einschränkung auf das Leitungspersonal vorgenommen wird. Weiters sind in der Gruppenlebensversicherung in unbekanntem Ausmaß Rückdeckungsversicherungen der Pensionsrückstellung enthalten.

**Handelsrechtliche Pensionsrückstellungen im Durchschnitt 2,9 Mio. €**

Die Angaben über den Bestand an handelsrechtlichen Rückstellungen für Pensionen summieren sich in der WIFO-Erhebung insgesamt auf rund 200 Mio. €. Etwas mehr als ein Drittel davon entfällt auf Großbetriebe. Die durchschnittliche Rückstellung je Betrieb beträgt etwa 2,9 Mio. € mit deutlichen Unterschieden zwischen Klein- und Großbetrieben. Die Rückstellungsbildung ist aber auch innerhalb der Betriebsgrößenklassen sehr verschieden, sodass eine große Streuung unter den Unternehmen besteht.

Die Eigenschaften des für die Betriebspension gewählten Finanzierungssystems werden von den befragten Unternehmen durchwegs positiv beurteilt. Einheitlich positiv wird die Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen eingeschätzt. Dem System der Direkten Leistungszusagen messen die Betriebe die höchste Bindungswirkung zu. Die Übersichtlichkeit der Gestaltungsmöglichkeiten wird für Direkte Leistungszusagen und Lebensversicherungen hervorgehoben; Pensionskassen schneiden in dieser Hinsicht deutlich schlechter ab. Die Direkten Leistungszusagen gelten hinsichtlich der freien Vertragsgestaltung als vorteilhaft, während Lebensversicherungen besonders im Hinblick auf die Besteuerung attraktiv erscheinen. Die am stärksten positiv eingeschätzte Eigenschaft von Pensionskassensystemen ist die Möglichkeit der Mitarbeiterbeteiligung an den Beitragszahlungen.

Die Ergebnisse der WIFO-Erhebung zur Verbreitung von Betriebspensionen in Österreich können durch einige veröffentlichte Daten – z. B. die Bilanzen der publikationspflichtigen Kapitalgesellschaften, die BACH-Datenbank der OeNB, den Einkommensbericht des Rechnungshofes, die Veröffentlichungen der Oesterreichischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht Österreich über Finanzintermediäre – ergänzt und zu einer Hochrechnung für die Gesamtwirtschaft Österreichs verbunden werden. Die WIFO-Befragung der Pensionskassen liefert ebenfalls einen wichtigen Beitrag für die Hochrechnung.

Insgesamt boten demnach 2000 etwa 31.000 Betriebe ihrer Belegschaft eine betriebliche Altersvorsorge an. Das entsprach annähernd 13% aller in Österreich tätigen Betriebe. Besonders weit verbreitet sind Betriebspensionen in der Kredit- und Versicherungswirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung. In der Finanzwirtschaft sehen einige Kollektivverträge und branchenweit gültige Vereinbarungen Betriebspensionen vor; im öffentlichen Sektor brachte die Reform des Dienstrechtes für Verwaltungsbedienstete die Zusage einer Betriebspension mit sich. Besonders gering ist die Verbreitung betrieblicher Altersvorsorgeeinrichtungen unter den Unternehmen zur Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, im Gaststätten- und Beherbergungswesen sowie in der Bauwirtschaft.

Etwa 430.000 unselbständig Beschäftigte hatten im Jahr 2000 eine Anwartschaft auf eine Betriebspension; das entsprach 16% der unselbständig Erwerbstätigen bzw. 12% der Erwerbspersonen. Die Vergabe von Anwartschaften ist in den großen Unternehmen überproportional häufig. In der Energie- und Wasserversorgung und mit geringem Abstand im Kredit- und Versicherungswesen, dem Bergbau und dem Realitätenwesen bzw. der Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen gibt es überdurchschnittlich viele Anwartschaftsberechtigte. In den Wirtschaftsbereichen Gaststätten- und Beherbergungswesen, Bildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen bzw. in der Bauwirtschaft sind Anwartschaften vergleichsweise selten.

Die Bezieher einer Betriebspension erhalten die Pensionsleistung – je nach Finanzierungsart – direkt vom Unternehmen, von einem Finanzintermediär oder auch direkt von der Pensionsversicherung. Insgesamt bezogen 103.000 Personen Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge (2000); das entsprach 11,5% der Bezieher einer Alterspension in den Pensionsversicherungsanstalten der Unselbständigen.

Der Aufwand für Beitragszahlungen an Finanzdienstleister und die Nettodotierung der Pensionsrückstellung betragen 2000 insgesamt etwa 745 Mio. € oder 0,9% der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Leistungen für Pensionisten, d. h. die Zahlungen aus Direkten Leistungszusagen, Pensionskassen, Gruppenlebensversicherungen und der Höherversicherung im ASVG machten 1.216 Mio. € aus. Im Verhältnis zum Aufwand für Alterspensionen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen sind das 11%. Zur Deckung Direkter Leistungszusagen dienten 7,65 Mrd. € an Pensionsrückstellungen (ohne die Pensionsrückstellung der Oesterreichischen Nationalbank).

Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge nahm seit der letzten WIFO-Hochrechnung für das Jahr 1996<sup>1)</sup> stark zu. Dazu trug die Umstellung des Dienstrechtes für Vertragsbedienstete des Bundes bei. Immer stärker stellen nun auch Länder und Gemeinden ihr Dienstrecht um. Die öffentlichen Rechtsträger verwenden zur Finanzierung Pensionskassen. Damit entwickeln sich die Pensionskassen zur dominierenden Finanzierungsform für die betriebliche Altersvorsorge. Das gilt in Bezug auf die Zahl der Anwartschaftsberechtigten und das Beitragsvolumen, nicht aber gemessen an der Zahl der Betriebe mit betrieblichem Altersvorsorgesystem – kleinere

## Hochrechnung für die Gesamtwirtschaft

**Insgesamt bieten 2000 etwa 13% der Betriebe betriebliche Altersvorsorge an**

**16% der unselbständig Erwerbstätigen sind anwartschaftsberechtigt**

**Bereits 103.000 Pensionsbezieher**

**0,9% der Lohnsumme werden für künftige Betriebspensionen ausgegeben**

**Verbreitung seit der WIFO-Hochrechnung für das Jahr 1996 gestiegen**

<sup>1)</sup> Url, Th., "Die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in Österreich 1996", WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(11), S. 695.

Unternehmen schließen häufig Gruppenlebensversicherungen ab, und mittlere Unternehmen gewähren bevorzugt Direkte Leistungszusagen. Die Pensionskassen bieten eine für mittlere und große Unternehmen einfache und vorteilhafte Verwaltungsstruktur.

Die Verteilung zwischen den Finanzierungsarten für Leistungen ist durch die Behändigkeit des Systemwandels geprägt: Viele bestehende Pensionen werden im alten System weiter verwaltet und nicht auf einen neuen Durchführungsweg umgestellt. Deshalb ist der Anteil von Betrieben mit einer Mischung von Durchführungswegen groß.

---

### **Betriebe mit Reformplänen bevorzugen Pensionskassen**

Der überwiegende Teil (knapp 60%) der Unternehmen, die die Einführung einer Betriebspension oder die Ausweitung eines bestehenden Systems planen, wird eine Pensionskasse als Finanzierungsart wählen. Unternehmen mit gemischten Finanzierungsformen nennen drei Motive: Erstens wird die Umstellung der Finanzierungsart durch Altbestände erschwert, die zumindest teilweise im alten System fortgeführt werden; zweitens kann mit den Mischformen eine Schichtung der betrieblichen Altersvorsorge erreicht werden (Kreis der Anspruchsberechtigten, Rentenhöhe), und drittens können stärkere Akzente zur Betriebsbindung gesetzt werden.

---

### **Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik**

Mittelfristig hängt die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge vor allem von vier treibenden Kräften ab:

- Die Geschwindigkeit, mit der in der öffentlichen Verwaltung der Personalstand umgewälzt wird, bestimmt, wie rasch weitere Arbeitnehmer eine Anwartschaftsberechtigung erhalten. In diesem Bereich ist auch die Geschwindigkeit, mit der das Dienstrecht öffentlicher Körperschaften umgestellt wird, von Bedeutung.
- Zwischen Mitarbeitervorsorge und betrieblicher Altersvorsorge besteht eine vielschichtige Wechselbeziehung, deren Nettoergebnis im Vorhinein nicht abgeschätzt werden kann.
- Gegen Mitte des Jahrzehnts setzt ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ein, sodass mittelfristig mit einer Verknappung des qualifizierten Arbeitskräfteangebotes zu rechnen ist. Die betriebliche Altersvorsorge kann unter diesen Bedingungen vermehrt als finanzieller Anreiz zur Bindung von Mitarbeitern eingesetzt werden.
- Die in der Regierungserklärung angekündigte Pensionsreform verursacht für alle Pensionsversicherten mit ungleichmäßigem Lebensverlauf oder langen Ausbildungs- bzw. Karenzzeiten deutliche Leistungseinbußen.

Zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Ruhestand sieht das Regierungsprogramm eine weitergehende Forcierung der betrieblichen und individuellen Altersvorsorge vor. Konkrete Schritte sind nicht angeführt. Im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge bestehen die gesetzlichen und praktischen Voraussetzungen für ein kostengünstiges und steuerlich attraktives kapitalgedecktes Altersvorsorgesystem. Die Verwaltungskosten sind vergleichsweise niedrig. Die Beitragszahlungen des Arbeitgebers sind vollständig nachgelagert besteuert, d. h. die Besteuerung setzt erst mit der Auszahlung ein. Allerdings steht diese Möglichkeit nur einem Teil der Erwerbstätigen offen. Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge müssen daher entweder den Verbreitungsgrad erhöhen oder so allgemein gültig formuliert sein, dass auch Formen der individuellen Altersvorsorge einbezogen werden können.

Zur Ausweitung der Verbreitung müsste das Betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz dahingehend reformiert werden, dass eine verpflichtende Verrentung des Kapitalbestands zum Pensionsantritt erfolgt. Dadurch käme der Mitarbeitervorsorge ein echter Betriebspensionscharakter zu. Eine Alternative dazu wäre die Steigerung der Beitragszahlung durch die zusätzliche Förderung der Eigenbeiträge der Anwartschaftsberechtigten. Zur Zeit sind die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer aus dem versteuerten Einkommen zu tätigen oder im Rahmen eines der geförderten Instrumente für die individuelle Altersvorsorge (Sonderausgaben entsprechend § 18 EStG, Pensionszusatzversicherung usw.) abzuwickeln. Die seit Jänner 2003 mögliche prä-

*Die Ausweitung der Versorgung mit Betriebspensionen erfordert eine Reform der Mitarbeitervorsorge oder die Erleichterung individueller Beitragszahlungen in das Betriebspensionssystem.*

miengeförderte Zukunftsvorsorge ist schwer in die bestehende betriebliche Altersvorsorge einzugliedern. Direkte Leistungszusagen kennen keine Beiträge des Anwartschaftsberechtigten, und die einschränkenden Veranlagungsvorschriften der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge lassen eine Integration der Eigenbeiträge in die bestehenden Veranlagungskreise von Pensionskassen und Gruppenlebensversicherungen nicht zu.

Grundsätzlich sollte die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge unabhängig vom Durchführungsweg und damit dem Anbieter erfolgen, und die Belastung der öffentlichen Haushalte aus der Förderung sollte nicht in der Zukunft anfallen, sondern möglichst zum Zeitpunkt der Vorsorgemaßnahme. Die Förderung sollte auf bestehende Systeme ebenso wie auf neue Systeme anwendbar sein. Dieser Anspruch bewirkt eine Senkung der Verwaltungs- und Vertriebskosten für Vorsorgewillige.

Die prämiengeförderte Zukunftsvorsorge ist in dieser Hinsicht ein Rückschritt gegenüber den Vorgängermodellen, weil sie wegen der eigenständigen Veranlagungsvorschriften mit keinem der vorher entwickelten Fördermodelle kompatibel ist. Sie erfordert zumindest die Einrichtung eines neuen, parallel zu führenden Veranlagungskreises und die Übertragung des bisher angesammelten Kapitals dorthin. Dadurch entstehen letztlich zusätzliche Kosten für Vorsorgewillige. Die Abschaffung der eigenständigen Veranlagungsvorschriften für die prämiengeförderte Zukunftsvorsorge wäre ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Anreize zu Eigenbeiträgen der Anwartschaftsberechtigten in die betriebliche Altersvorsorge.

Bevor eine Ausweitung der Subvention freiwilliger Altersvorsorgemaßnahmen in Betracht gezogen wird, sollte ein wichtiges Informationsdefizit auf Seiten der Pensionsversicherten beseitigt werden: Wegen der Komplexität der Pensionsberechnung ist den wenigsten Pensionsversicherten bewusst, wie hoch die zu erwartende Pensionsleistung aus der öffentlichen Altersvorsorge sein wird. Aus dieser Unsicherheit heraus ist eine optimale einzelwirtschaftliche Sparentscheidung kaum möglich, vielmehr werden Unter- bzw. Überversorgung die Regel sein. Das Abweichen vom optimalen Sparniveau hat auch volkswirtschaftlich bedeutende Nebeneffekte. Daher erscheint eine Offenlegung der öffentlichen Pensionsleistung an die Pensionsversicherten aus derzeitiger Sicht vordringlich. Erst die richtige Information und das Bewusstsein über das Ausmaß des Einkommensentfalls im Ruhestand ermöglichen es den Pensionsversicherten, geeignete Schritte zur Eigenvorsorge zu unternehmen.

---

**Prämiengeförderte  
Zukunftsvorsorge  
verursacht durch  
starre Bedingungen  
höhere  
Verwaltungskosten**

---



---

**Verbesserte  
Information über  
erwartete Pensions-  
leistung aus dem  
öffentlichen System  
vorrangig**

---

#### *Firm Pension Schemes in Austria — Summary*

Compared to Europe in general, firm pension schemes are a relatively rare phenomenon in Austria. Whereas on a European average, every second worker is included in a form of firm pension scheme, in Austria only one in six dependently employed workers can lay claims on a company pension. The WIFO study of schemes offered by participants of the regular WIFO business and investment surveys found that those companies that offer a pension scheme emphasise chiefly three motifs: improving the commitment of highly qualified employees, offering an incentive for better performance and meeting the desire of employees for a supplementary pension.

Altogether, some 31,200 companies (or 13 percent of Austrian enterprises) offered their staff an employee pension scheme in 2000. In the same year, about 430,000 dependently employed persons (or 16 percent of all dependently employed) had acquired a claim for a company pension, and 103,000 persons (or 11.5 percent of all old-age pensioners) received benefits from an employee pension scheme. In 2000, expenditure for contributions and net allocations to provisions was about € 745 million or 0.9 percent of the total wage bill. Benefits to retirees, i.e., payments from direct pension commitments, pension funds, group life insurance schemes and voluntary supplementary insurance within the public social security system, made up € 1,216 million, or 11 percent of the expenditure for old-age pensions paid by the government pension schemes for dependently employed. The stock of provisions to cover direct pension commitments made up € 7.65 billion.

The incidence of employee pension schemes has surged since the last WIFO survey of 1996. A change in the employment law for government employees of non-civil-servant status helped drive a development that is now spreading to provincial and local government levels. At federal level, a pension fund is used to finance occupational pensions.

ISBN 3-901400-55-9

• Distributed by  
Statistics Austria •  
2002 • € 40

November 2002 •  
€ 29,00 • Download  
€ 18,00 •

November 2002 •  
173 Seiten • € 30,00,  
Download kostenlos

Dezember 2002 •  
49 Seiten • 40,00 €,  
Download 32,00 €

Dezember 2002

Dezember 2002 •  
180 Seiten • 50,00 €  
• Download: 40,00 €

Februar 2003 •  
64 Seiten • 47,00 €

März 2003 •  
105 Seiten • 40,00 €  
• Download 32,00 €

März 2003 •  
140 Seiten • 80,00 €  
• Download 64,00 €

April 2003 •  
70 Seiten • 40,00 € •  
Download 32,00 €

### **A Tourism Satellite Account for Austria. The Economics, Methodology and Results 1999-2003**

*Statistics Austria, WIFO*

### **SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 2001-2002 (Annual Contribution of the Austrian Institute of Economic Research for SOPEMI)**

*Gudrun Biffi*

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23121](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23121)

### **Economic Modelling of Sustainable Structures in Private Consumption. An Analysis of Heating and Transport**

*Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger*

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23171](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23171)

### **Längerfristige Entwicklung der Steuern und Abgaben in Österreich**

*Gerhard Lehner*

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23179](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23179)

### **54th Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2003-2003**

*Summary Report (246 Seiten, 740 €, Download 590 €) • Country Reports (477 Seiten, 960 €, Download 770 €) • Länderbericht Österreich – Summary: Overview of European Construction Markets (57 Seiten, 200 €, Download 160 €)*

### **Nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen. Institutionelle und ökonomische Voraussetzungen**

*Wilfried Puwein (Projektleitung), Daniela Kletzan, Angela Köppl, Thomas Url*

[http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23371](http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23371)

### **WIIW-WIFO Database. Foreign Direct Investment in CEECs and the Former Soviet Union with Special Attention to Austrian FDI Activities**

*Gábor Hunya (WIIW), Jan Stankovsky (WIFO)*

[http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23518](http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23518)

### **Aufgabenorientierter Finanzausgleich**

*Gerhard Lehner*

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23647](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23647)

### **Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich**

*Thomas Url*

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23649](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23649)

### **Entkopplung der Direktzahlungen. Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft**

*Franz Sinabell, Erwin Schmid*

[http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23706](http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706)